



68. Sitzung

Mittwoch, 15. Dezember 2010

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Ausscheiden von Abgeordneten
(Linda Heitmann GAL und Jenny
Weggen GAL)
Wiederaufnahme der
Abgeordnetenmandate
(Christa Goetsch GAL und Dr. Till
Steffen GAL)
Änderung und Ergänzung
der **Tagesordnung**

4223

Antrag der Fraktion der CDU:

**Vorzeitige Beendigung der
Wahlperiode**
– Drs 19/8013 (Neufassung) –

4223

mit

Antrag der Fraktionen der GAL und
SPD:

**Vorzeitige Beendigung der
Wahlperiode**
– Drs 19/8023 –

4223

Jens Kerstan GAL 4223
Frank Schira CDU 4225
Michael Neumann SPD 4227, 4239
Dora Heyenn DIE LINKE 4230
Christoph Ahlhaus, Erster Bürger-
meister 4231
Antje Möller GAL 4236
Hans-Detlef Roock CDU 4238
Christiane Schneider DIE LINKE 4241

Beschlüsse 4242

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Zukunftsfähiges Hamburg ge-
stalten – Weichen stellen für
das Bürgerticket**
– Drs 19/8073 –

4242

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 4242, 4247
Claudia Folkers CDU 4244
Dr. Peter Tschentscher SPD 4246
Martina Gregersen GAL 4246

Beschluss 4248

Antrag der Fraktionen der CDU und
GAL:

**Gebührenordnung sozial ange-
messenen gestalten**
– Drs 19/8070 –

4248

Klaus-Peter Hesse CDU 4248
Dr. Monika Schaal SPD 4248
Horst Becker GAL 4249
Elisabeth Baum DIE LINKE 4250
Ian Karan, Senator 4250

Beschluss 4250

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksachen 19/6963 (Neuf.):

Ian Karan, Senator

4262

Beschluss

4263

Leerstand bekämpfen – Änderung des Wohnraumschutzgesetzes (Antrag der Fraktion der SPD)

und 19/7061: Stadtentwicklung mit Weitsicht: Wohnungsleerstand sinnvoll und beschleunigt beseitigen (Antrag der Fraktionen der CDU und GAL)

– Drs 19/7876 –

4250

Andy Grote SPD

4250

Hans-Detlef Roock CDU

4251

Horst Becker GAL

4253

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

4253

Beschlüsse

4254

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses zum Thema:

Winterdienst (Selbstbefassungsangelegenheit)

– Drs 19/7990 –

4254

dazu

Antrag der Fraktion der CDU:

Einsatz von Tausalzen und tausalzhaltigen Mitteln bei besonderen Gefahrenlagen zulassen

– Drs 19/8176 –

4254

Jörn Frommann CDU

4254

Ole Thorben Buschhüter SPD

4255

Martina Gregersen GAL

4256

Norbert Hackbusch DIE LINKE

4257

Dr. Natalie Hochheim CDU

4257

Beschlüsse

4258

Senatsmitteilung:

Neuorganisation der Organisationsstrukturen im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

– Drs 19/8032 –

4259

Elke Badde SPD

4259

Hjalmar Stemmann CDU

4260

Antje Möller GAL

4260

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE

4261

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Der Präsident des Senats hat mir mit Schreiben vom 29. November 2010 mitgeteilt, dass er mit Ablauf des 29. November 2010 die Zweite Bürgermeisterin, Frau Christa Goetsch, sowie die Senatoren Frau Anja Hajduk und Herrn Dr. Till Steffen gemäß Artikel 34 Absatz 2 Satz 1 der Hamburgischen Verfassung entlassen hat. Frau Goetsch und Herr Dr. Steffen sind damit nach Wiederaufnahme ihrer Mandate ab 30. November 2010 Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft geworden. Frau Goetsch und Herr Dr. Steffen, ich begrüße Sie beide recht herzlich in unserer Mitte.

(Vereinzelter Beifall bei allen Fraktionen)

Ausscheiden mussten dafür die Abgeordneten Linda Heitmann und Jenny Weggen, die beide seit dem 28. Mai 2008 diesem Hause angehörten. Frau Heitmann hat schwerpunktmäßig im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie im Eingabenausschuss mitgearbeitet. Frau Weggen war Mitglied im Umweltausschuss und seit September 2008 dessen Vorsitzende. Darüber hinaus war sie als ständige Vertreterin im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie im Wissenschaftsausschuss tätig. Im Namen der Hamburgischen Bürgerschaft danke ich Frau Heitmann und Frau Weggen für die von ihnen geleistete Arbeit und wünsche beiden weiterhin viel Erfolg und alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Mit einem weiteren Schreiben hat mir der Präsident des Senats am 29. November 2010 mitgeteilt, dass Herr Senator Carsten Frigge gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Hamburgischen Verfassung mit Ablauf des 30. November 2010 aus dem Senat ausscheide.

Meine Damen und Herren! Jetzt kommen wir zur Tagesordnung. Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 8 und 68 getauscht werden sollen. Die ursprünglich für heute vorgesehene Debatte zum Tagesordnungspunkt 8 findet dann morgen als vierte Debatte statt. Die ursprünglich für morgen geplante Debatte zu Tagesordnungspunkt 68 wird bereits heute als dritter Debattenpunkt aufgerufen.

Des Weiteren haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um zwei weitere Punkte ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei zum einen um den Bericht des Rechts- und Gleichstellungsausschusses aus Drucksache 19/8161, zum anderen um den interfraktionellen Antrag aus Drucksache 19/8179. Beide Drucksachen haben Sie inzwischen erhalten, sie wurden als Tagesord-

nungspunkte 55a und 81 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Wir beginnen nun mit den Debatten. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 63 mit 66, Drucksachen 19/8013 und 19/8023, Anträge der CDU-Fraktion sowie der Fraktionen von GAL und SPD: Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode
– Drs 19/8013 (Neufassung) –]**

**[Antrag der Fraktionen der GAL und SPD:
Vorzeitige Beendigung der Wahlperiode
– Drs 19/8023 –]**

Ich stelle fest, dass beide Anträge mit den nach Artikel 11 Absatz 1 Satz 2 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Quoren gestellt und allen Abgeordneten und dem Senat fristgerecht mitgeteilt worden sind.

Wird nun das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Herr Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die GAL-Fraktion beantragt heute zusammen mit anderen Fraktionen das vorzeitige Ende der Wahlperiode, um den Weg für vorgezogene Neuwahlen frei zu machen. Hamburg braucht in schwierigen Zeiten einen verlässlich arbeitenden Senat mit einem klaren Kurs, der das Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger hat, um notwendige Entscheidungen für Hamburgs Zukunft treffen und auch durchsetzen zu können.

(*Rolf Harlinghausen* CDU: Den haben wir jetzt!)

Wir Grüne mussten nach drei Monaten feststellen, dass der Neustart der schwarz-grünen Koalition nach dem Rücktritt des Präsidenten des Senats, Ole von Beust, nicht gelungen ist. Die vertrauensvolle und verlässliche Zusammenarbeit, die für ein gutes Regierungshandeln im Sinne der Bürgerinnen und Bürger notwendig ist, war nicht mehr gegeben. Der neue Bürgermeister hat eine personelle Fehlentscheidung nach der anderen getroffen, mit dramatischen Auswirkungen auf die Qualität des Regierungshandelns.

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Das ist richtig!)

Die neue CDU-Parteiführung und der neue Bürgermeister hatten sich innerlich bereits von wesentlichen Inhalten und Projekten der schwarz-grünen Koalition verabschiedet. Als zwangsläufige Folge aus diesen Veränderungen hat der schwarz-grüne Senat seit dem Sommer Hamburg nicht mehr gut regiert und zunehmend das Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger verloren. Vor diesem Hintergrund haben wir Grünen uns entschieden, die schwarz-grüne Koalition hier in Hamburg zu

(Jens Kerstan)

beenden und die Entscheidung über den zukünftigen Kurs Hamburgs zurück an die Hamburgerinnen und Hamburger zu geben. Diese Entscheidung ist uns Grünen nicht leicht gefallen, aber für Hamburg ist es die richtige.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Damit haben wir die erste schwarz-grüne Koalition in Deutschland auf Länderebene beendet und daher gilt es auch, Bilanz zu ziehen. Sie, Herr Bürgermeister, haben im Nachhinein diese Koalition zu einem historischen Irrtum erklärt, weil Sie wesentliche Punkte der Koalitionsvereinbarung als aus CDU-Sicht falsch bezeichnet haben und wir praktisch jeden Tag erkennen müssen, dass das, was wir gemeinsam gestern vereinbart haben, heute für die CDU nicht mehr gelten soll.

Lassen Sie mich aus Sicht der Grünen sagen, dass sich für uns eine Bilanz der schwarz-grünen Koalition in Hamburg anders darstellt, Herr Bürgermeister. Es war ein neues Bündnis, das auch ein Wagnis war, ein Bündnis, das über traditionelle Lager hinaus versucht hat, einen gemeinsamen Kurs zu finden. Das war ein Wagnis und es war nicht klar, ob es gelingen würde. Es gab aber auch viele Wünsche und Erwartungen an eine solche Koalition. Die von manchen befürchteten Gladiatorkämpfe von zwei Partnern, die nicht zusammenpassen, sind ausgeblieben. Im Gegenteil, der schwarz-grüne Senat hat zwei Jahre lang diese Stadt gut und verlässlich regiert und wir haben damit bewiesen, dass in Deutschland ein schwarz-grünes Bündnis funktionieren kann. Daran haben wir Grünen keine Abstriche zu machen.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, war alles super!)

Das ist eine Leistung dieser schwarz-grünen Koalition, die bleiben wird, und darauf sind wir Grünen in Hamburg stolz.

(Beifall bei der GAL)

Aber auch über diese parteipolitischen Erwägungen hinaus hat die Koalition gute und richtige Entscheidungen für Hamburg getroffen: auch ohne Primarschule das modernste Schulsystem Deutschlands, eine soziale Stadtteilentwicklung, die sich vorrangig darum kümmert, dass Stadtteile nicht länger von der günstigen Entwicklung dieser Stadt abgekoppelt werden, wegweisende Entscheidungen im Klimaschutz und die Entscheidung Hamburgs, sich als Umwelthauptstadt Europas zu bewerben. Diese Koalition hatte allerdings auch die Kraft, Niederlagen zu verkraften und wegzustecken und trotzdem weiterzuarbeiten, was man bei der gerade für uns Grüne schmerzhaften Niederlage hinsichtlich der Genehmigung des Kraftwerks Moorburg gesehen hat und auch beim verlorenen Volksentscheid zur Primarschule. Aber eines ist vielleicht sogar noch wichtiger: Diese schwarz-grüne Koalition hat Hamburg in schwierigen Zeiten gut durch die schwerste Wirtschafts- und Finanz-

krise in Jahrzehnten geführt. Es wurden schwierige Entscheidungen gemeinsam getroffen, Konjunkturprogramme gemeinsam beschlossen, um den Absturz der Wirtschaft zu verhindern, Hapag-Lloyd zu retten und ein Rettungskonzept für die HSH Nordbank auf die Beine zu stellen, eine umstrittene Entscheidung, die auch in der Bevölkerung erklärt werden musste, aber die dennoch eine richtige war. All dieses waren gute Entscheidungen, die eines belegt haben: Schwarz-Grün hat diese Stadt in schwierigen Zeiten gut regiert. Auch darauf sind wir Grünen stolz und daran gibt es nichts zu schmälern, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und bei *Robert Heinemann* und *Dr. A. W. Heinrich Langhein*, beide CDU)

Aber dass ein solches schwarz-grünes Bündnis kein Selbstläufer ist und einen hohen persönlichen Einsatz der Führungsspitze erfordert, das hat sich nach dem Wechsel an der Spitze des Senats und auch an der Spitze der CDU-Parteiführung gezeigt. Wir müssen praktisch täglich erleben, dass gemeinsame Entscheidungen, die gestern getroffen wurden, jetzt nicht mehr gelten.

Herr Bürgermeister, Sie haben als Bürgermeister in dieser Stadt eine wichtige Stellung. Sie können jedes Verfahren an sich ziehen, haben Aktenvorlage und Rechte zu jedem einzelnen Punkt. Sie haben eine Richtlinienkompetenz für eigentlich alle Projekte in dieser Stadt. Wie erklären Sie es, Herr Bürgermeister, dass Sie an einem Dienstag im Senat die Entscheidung getroffen haben, die nächsten Millionen für die Planung der Stadtbahn in Hamburg freizugeben und eine Trasse festzulegen, und eine Woche später dann erklärt haben, dass das eine falsche Entscheidung war, die Sie schon immer für falsch gehalten haben und die Sie nur aus Gründen der Koalitionsrason getroffen haben?

(*Marino Freistedt* CDU: Was war denn am Wochenende?)

Da stellt sich doch wirklich die Frage, welche Auffassung der Pflichterfüllung Sie als Bürgermeister eigentlich haben. Ich fühle mich an eine Aussage des ehemaligen Präsidenten der Bundesrepublik, Richard von Weizsäcker, erinnert, der einmal ausgeführt hat, es erfülle ihn mit großer Besorgnis, dass unser Parteiensystem manchmal einen Typ von Politiker in Verantwortung bringt, der ein Spezialist darin ist, den politischen Gegner zu bekämpfen und alles zu tun, um an die Macht zu kommen, aber wenn er dann die Macht errungen hat, mit dieser Macht nicht viel anzufangen weiß, weil das anscheinend zweitrangig ist.

(Zurufe von der CDU)

Wenn ich mir Ihre Handlungsweisen der letzten Wochen ansehe, Herr Bürgermeister, dann haben Sie diese Einschätzung bestätigt. Wie anders kann

(Jens Kerstan)

man Ihr Handeln denn erklären, als dass es machtversessen und gleichzeitig pflichtvergessen war.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Insofern fühlen wir uns nachträglich darin bestätigt, dass es richtig war, diese Koalition zu beenden und Ihnen mit diesem Amtsverständnis nicht noch einen weiteren Tag länger als nötig die Verantwortung an der Spitze dieser Stadt zu geben. Darum ist es auch richtig, dass jetzt die Entscheidung zurück an die Bürgerinnen und Bürger gegangen ist, die Zukunft Hamburgs auf einen neuen Pfad zu setzen.

(*Egbert von Frankenberg CDU*: Das ist aber wirklich eine schwache Begründung, die Sie da liefern!)

Für uns Grüne ist in der Zwischenzeit eines aber immer noch entscheidend. Wir stehen zu den wichtigsten Projekten, die wir gemeinsam vereinbart haben. Wir stehen auch weiterhin dazu, dass diese Stadt in schwierigen Zeiten, nachdem Hamburg Hunderte von Millionen Euro in die Hand genommen hat, um die Wirtschaft dieser Stadt vor dem Absturz und Tausende von Menschen vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren, trotz Neuwahlen auf einem finanziellen Konsolidierungskurs bleiben muss. Vor diesem Hintergrund wundert es mich auch, dass ein Bürgermeister der CDU mit einem Finanzsenator, der noch bis vor wenigen Wochen ein strukturelles finanzielles Defizit dieser Stadt, das sich über Jahrzehnte angehäuft hatte, in zwei Jahren aufgelöst hat, nun auf einmal Einsparprojekte in Höhe von 160 Millionen Euro über Nacht einfach so vom Tisch nimmt.

Meine Damen und Herren! Man kann darüber streiten, ob es die richtigen Maßnahmen waren, ob die Kompromisse, die wir dort gefunden hatten, die richtigen waren. Aber so einfach kann man es sich nicht machen. Hamburg wird weiterhin finanzielle Konsolidierung leisten müssen, wir Grünen stehen auch weiterhin dazu und deshalb werden wir bis zum 20. Februar alle Entscheidungen, die wir noch vor dem Bruch der Koalition gemeinsam im Haushaltsausschuss getroffen haben, auch gemeinsam weiterhin vertreten aus Verantwortung für die Zukunft Hamburgs und auch aus Verantwortung für die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen. Auch das scheint uns jetzt im Nachhinein zu unterscheiden.

(Beifall bei der GAL)

Natürlich wird das jetzt ein wichtiger Punkt in der Auseinandersetzung sein, wenn es darum geht, wie der zukünftige Kurs dieser Stadt aussehen soll. Wir Grünen schauen auf zweieinhalb Jahre Regierungszeit zurück, die nicht einfach und ein Wagnis waren, aber in denen diese Stadt mit großem Einsatz gut und richtig regiert wurde. Wir Grünen haben in der Sekunde, als deutlich wurde, dass der

Neustart der Koalition nicht gelungen ist, die Kraft aufgebracht und den Entschluss gefasst, nicht länger an den Sesseln zu kleben, sondern den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidung zurückzugeben, und darum liegen jetzt entscheidungsreiche Wochen vor uns. Wir Grünen können mit ruhigem Gewissen und mit Stolz auf unsere Leistung der letzten zweieinhalb Jahre zurückblicken und gehen beruhigt in die Wahlauseinandersetzungen um die Zukunft dieser Stadt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL – *Egbert von Frankenberg CDU*: Das war aber ganz schwach, eine schwache Rede!)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Schira.

Frank Schira CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kerstan, diese Stunden der Trennung könnte man auch als Szenen einer Ehe beschreiben, aber ich möchte mich jetzt nicht abarbeiten an der Zusammenarbeit oder an Ihnen. Ich finde es aber schon wichtig, einmal auszusprechen, dass der Stil Ihres Abschiedes sehr grenzwertig war. Wenn Sie das Bedürfnis gehabt hätten, ernsthaft mit uns zu sprechen und zu sagen, dass wir jetzt eine Situation haben, in der es nicht mehr weitergeht, dann hätten Sie jederzeit mich und den Bürgermeister sowieso ansprechen können und das auch verpflichtend tun müssen, um die Dinge zu diskutieren – wir wären sicherlich zu Schlüssen gekommen, die wir dann auch gezogen haben –, anstatt dem Bürgermeister per Telefon so mir nichts, dir nichts mitzuteilen, die Koalition sei zu Ende, und dann auch weiter kein Gespräch mehr zu suchen. Wir wären Ihnen nicht mehr nachgelaufen, das ist auch klar, aber das fällt schon ein wenig auf Sie zurück.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen persönlich aufpassen in Zukunft, dass Sie sich nicht so eine Art Zockerimage zulegen; aber das ist Ihre Sache.

Ich werde gleich natürlich etwas zu unserer Zusammenarbeit und auch zur Zusammenarbeit von Schwarz-Grün sagen, die ich in einigen Passagen Ihrer Rede unterschreiben kann, aber die Begründung, die Sie im Nachhinein geliefert haben – es waren verschiedenste Begründungsstränge –, ist nicht wirklich schlüssig. Sie haben eine Pressekonferenz gegeben und in der Nachbearbeitung noch einmal Hintergrundgespräche mit Journalisten gesucht, weil es offenbar nicht gelungen war, die Trifftigkeit Ihrer Gründe zu vermitteln. Darüber habe ich auch abenteuerliche Dinge gehört; zumindest haben Sie versucht, die Begründung noch einmal nachzubessern. Ich jedenfalls komme zu dem Schluss, dass sie weiterhin nicht ganz stichhaltig ist, aber ich möchte mich nicht an Ihnen abarbeiten.

(Frank Schira)

Wir als CDU haben heute auch den Antrag auf Auflösung gestellt. Sie ist unausweichlich und richtig; der Souverän soll jetzt entscheiden, wie es in unserer Stadt weitergeht. Man muss allerdings auch sehen, dass Sie als Grüne und wir als CDU vor fast drei Jahren beschlossen haben, es miteinander zu versuchen, und mit einer Rieseneuphorie aufgebrochen sind. In der Mitte der Koalition haben wir festgestellt, dass doch alles nicht so einfach ist. Sie müssen natürlich auch sehen – das ganze Parlament hat es gesehen –, dass wir als CDU insbesondere beim Thema Schulpolitik unsere Verantwortung gegenüber dem, was wir in den Koalitionsvertrag geschrieben hatten, akzeptiert haben, was uns unglaubliche Kämpfe mit unserer eigenen Basis und unserer eigenen Klientel eingebracht hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das waren doch einstimmige Beschlüsse, oder?)

– Ja, Herr Dr. Dressel, so ist es.

Das war nicht einfach für uns und in dieser schwierigen Situation sind wir auch nicht von der Fahne gegangen. Wenn man sich im Nachhinein das Ergebnis des Volksentscheides anschaut – aber so ist es immer im Nachhinein mit der vergossenen Milch –, wäre es tatsächlich besser gewesen, wenn Sie als GAL mit dem starken Hinweis auf die Primarschule daraus die Konsequenzen gezogen hätten. Wir haben natürlich den Vertrag in der Koalition schweren Herzens akzeptiert und dafür intern auch genug Prügel bekommen

(Zurufe von der GAL und der SPD)

und dann hat das gesamte Parlament eine Niederlage vor dem Volk erlitten. Das wäre tatsächlich der Punkt gewesen – so ist heute meine Position, aber im Nachhinein ist man immer klüger –, an dem wir uns auch die politische Neulegitimation hätten holen müssen. Damals haben Sie trotz dieser schweren Niederlage, die wir natürlich insgesamt als Koalition erlitten haben, wenige Wochen später gemeinsam mit Unterstützung von zwei Stimmen aus der Opposition Christoph Ahlhaus zum Bürgermeister gewählt. Wenn es für Sie einen Grund zum Ausstieg gegeben hätte, dann wäre es tatsächlich die Niederlage in Sachen Schulpolitik gewesen. Das müssen wir als CDU auch selbstkritisch anerkennen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Im Rückblick auf die Koalition haben wir tatsächlich einiges in dieser ganz neuen Konstellation miteinander geschafft. Vor allen Dingen – das muss ich für mich sagen, aber ich glaube, das gilt für alle meiner Kolleginnen und Kollegen und auch für die große Mehrheit Ihrer Bürgerschaftsabgeordneten – haben wir in dieser Art der Zusammenarbeit viel voneinander gelernt. Tatsächlich ist dieses alte Blockdenken abgebaut worden. Auf der Fachsprecherebene und

auch auf der Fraktionsvorsitzendenebene haben wir uns in der Regel gut verstanden. Natürlich gab es auch Punkte, wo es sehr geholpert hat. Aber zur Normalität in der Koalition gehört doch dazu, wenn wir hier einen Neuwahlantrag stellen, dass wir auch über die positiven Dinge sprechen müssen. Da sollte man sich nicht schämen und ich sage als Christdemokrat voller Stolz, dass wir auch viele Punkte der Zusammenarbeit hatten, wo wir miteinander Hamburg meines Erachtens gut vorangebracht haben.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt haben alle Parteien die Chance zu zeigen, wofür sie stehen. Wir werden die Zeit nutzen und das tun wir auch als CDU mit Selbstbewusstsein. Ich weiß, dass die Umfragewerte für die CDU ausbaufähig sind. Seit einiger Zeit darf sich auch die SPD wieder freuen, aber in einigen Wochen – wie es aussieht am 20. Februar, wenn wir es so beschließen – kann es auch wieder anders sein. Die Umfragen sind nicht das Entscheidende, sondern das Votum der Wähler und Wählerinnen. Wir als CDU werden die Menschen daran erinnern, wie Hamburg vor 2001 ausgesehen hat.

(Ingo Egloff SPD: Ausgezeichnet, Herr Kollege!)

Ich bin sicher, dass sich viele noch an diese Zustände erinnern, an ein Hamburg, in dem Wachstum nur mit Schulden funktioniert hat, an hohe Arbeitslosigkeit und vor allen Dingen an eine hohe Kriminalität. Ich glaube ganz gewiss, dass die Menschen sich diesen Zustand nicht zurückwünschen.

(Beifall bei der CDU)

In den gemeinsamen Jahren mit der GAL, Herr Kerstan hat es auch gesagt, haben wir in der größten finanz- und wirtschaftspolitischen Krise der Bundesrepublik erfolgreich einen klaren Kurs für diese Stadt bestimmt.

Wir haben 15 000 neue Kita-Plätze geschaffen, die Qualität der Kindertagesbetreuung erheblich verbessert und damit die Chancen für die kleinsten Hamburger und die Situation der Familien enorm gestärkt.

(Beifall bei der CDU)

Auch das Zweisäulenmodell Stadtteilschule und Gymnasium, das als Grundidee von der CDU gekommen ist, haben wir eingeführt. Wir wollen, dass alle Kinder ihre Chancen auf Bildung und Erfolg haben, unabhängig von ihrer Herkunft.

Wir haben die Kriminalität um 25 Prozent gesenkt. Im vergangenen Jahr wurden 80 000 Straftaten weniger verübt als 2001. Wir haben Hamburg belebt und gestärkt und wir haben solide und gleichzeitig kreativ für unsere Stadt gearbeitet. Hamburg ist zu einer zukunftsfähigen Metropole geworden

(Frank Schira)

und zu einer Stadt, die kraftvoll geworden ist und selbst schwerste Zeiten unbeschadet überstanden hat. Unser Handeln bestimmt ein starkes Grundvertrauen in die eigenverantwortliche wirtschaftliche Existenz und in das verantwortliche unternehmerische Handeln, insbesondere in den Mittelstand. Wir haben Innovationen gefördert, damit wir mit technologischen Spitzenprodukten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben.

Das Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie, ein oft von uns zitierter Satz, ist weiterhin, Herr Grote, ein großes Zukunftsthema, das wir gemeinsam nach vorne gebracht haben. Das Konzept zum Klimaschutz, die Förderung von erneuerbaren Energien, Projekte wie IBA und der Sprung über die Elbe sind überzeugend und setzen Maßstäbe.

(Beifall bei der CDU)

Hamburg hat sich in den vergangenen neun Jahren sehr positiv entwickelt. Unsere Stadt ist nach 2001 aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht. Die politischen Fragen und Themen werden sich durch die Neuwahl aber nicht ändern. Sie bleiben gleich, wer auch immer die Regierung stellt, und es kommt darauf an, mit welchem Geist und welchen Grundsätzen sie dann angegangen und gelöst werden. Wir stehen jetzt vor Neuwahlen in unserer Stadt. Lassen Sie uns in diesem demokratischen Wettbewerb hart, aber auch fair miteinander umgehen. Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger jetzt von uns erwarten. – Vielen Dank.

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beenden heute mit unserem Beschluss die Wahlperiode. Wir verkürzen die Laufzeit und das ist zumindest für mich jetzt schon das zweite Mal, dass ich als Abgeordneter eine solche Entscheidung treffen muss. Wir haben in Hamburg schon häufiger solche Entscheidungen treffen müssen. Trotzdem sind Neuwahlen sicherlich keine Normalität, sie dürfen es auch nicht sein, sondern Neuwahlen sind der Ausweg aus einer vertrackten Situation. Neuwahlen sind Ausdruck und auch Folge einer Krise und das gilt gerade für diesen heutigen Tag. Diese Neuwahlen sind notwendig, weil dieser Senat gescheitert ist.

(Beifall bei der SPD)

Am Anfang der Entwicklung dieser Krise, die heute zu Neuwahlen führen wird, stand eben – es wurde heute schon mehrfach beschworen – eine Koalition von Schwarz und Grün, die scheinbar alle politischen und ideologischen Gegensätze überbrückt hatte; so zumindest das Gemälde, das uns die Koalitionäre damals malen wollten. Und manch einer hat den Pinsel offensichtlich noch nicht zur Seite

gelegt und malt heute noch weiter an diesem Gemälde. In Wahrheit aber haben Schwarz und Grün diese Gegensätze, die in Teilen harte Konflikte sind und die auch nicht immer überbrückbar sind, sondern die entschieden werden müssen, mit für die Steuerzahler durchaus teuren Kompromissen kaschiert. Im Grunde haben sie mit Geld versucht, die Widersprüche zu heilen, und auch daran ist diese Koalition heute gescheitert.

(Beifall bei der SPD)

Spätestens als die ambitionierte Schulreform im Volksentscheid durchfiel und seit die Haushaltslage eben diese Spendierhosen nicht mehr zuließ, als keine weiteren teuren Kompromisse zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler möglich waren, brach auch die Koalition Stück für Stück auseinander. Herr Schira hat es selbst eingeräumt, bereits nach dem Volksentscheid wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, Neuwahlen anzusetzen. Eine späte Einsicht, aber Sie haben es verstanden, Herr Schira.

Das Scheitern dieser schwarz-grünen Koalition empfinden die Hamburgerinnen und Hamburger als eine Art Befreiung. Wenn man die Rede von Herrn Schira gehört hat, kann man – mir geht es jedenfalls so – die Entscheidung der GAL verstehen.

(Zurufe von der CDU)

Die Menschen in Hamburg nehmen das Ende von Schwarz-Grün und die anstehenden Neuwahlen als eine Chance wahr, als eine Chance, wieder stabile Verhältnisse im Parlament und vor allem im Senat herzustellen, eine Chance für eine neue Politik, nicht über die Vergangenheit zu sprechen, sondern darüber, wie wir Hamburg in Zukunft solidarisch gestalten wollen. Für uns als Parteien gilt es vor allen Dingen, den Blick nicht nur auf die eigene Wählerschaft zu richten, sondern ganz Hamburg im Blick zu haben, denn wir tragen Verantwortung für ganz Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb entscheidet Hamburg auch am 20. Februar, wer hier im Parlament unter welchen Konstellationen die Mehrheit stellt, und es entscheidet vor allen Dingen auch darüber, wer in Hamburg als Erster Bürgermeister in Zukunft die Verantwortung trägt, Verantwortung eben für Verlässlichkeit, Vertrauen und exakt dafür, was Hamburg braucht. Darum geht es; es geht am 20. Februar um die Frage von Verlässlichkeit, von Vertrauen und Verantwortung.

(Zurufe von der CDU)

Unser Angebot ist stark, klar und glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts gibt es bei vielen Hamburgerinnen und Hamburgern ei-

(Michael Neumann)

ne tiefe Verunsicherung darüber, was Parteien vor einer Wahl alles versprechen und welche Aussagen sie dann zugunsten von Bündnissen nach einer Wahl schnell einkassieren.

Wir Hamburger Sozialdemokraten haben vor der letzten Bürgerschaftswahl zum Thema Bündnisse sehr eindeutige Aussagen gemacht – Michael Neumann war da völlig klar –; die haben wir auch eingehalten und, lieber Herr Kerstan, das wird auch nach dieser Wahl so sein.

(Zurufe von der CDU)

Uns geht es in den nächsten Wochen also darum, nicht allen alles zu versprechen, nur weil man die Hoffnung hat, einen Wahlsieg zu erringen, sondern darum, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, die notwendigen Lösungen für die Probleme unserer Stadt zu erarbeiten und Lösungsmöglichkeiten vorzustellen. Das bedeutet aus meiner und aus unserer Sicht vor allen Dingen, das Problem der Haushaltslage zu lösen, die keinen weiteren Spielraum für Wahlgeschenke zulässt. Ich bin dem Rechnungshof sehr dankbar dafür, dass er zu diesem Thema das Notwendige gesagt hat. Und wir müssen, und das steht für uns im Mittelpunkt, das Problem der sozialen Spaltung endlich lösen, die in den letzten zehn Jahren in Hamburg immer tiefer geworden ist. Die Unterschiede sind immer größer geworden und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese Stadt wieder zusammenwächst.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn und Kersten Artus, beide DIE LINKE)

Das kann und darf aber kein Widerspruch sein. Der solide Haushalt auf der einen Seite und die Bekämpfung der sozialen Spaltung unserer Stadt auf der anderen sind zwei Seiten derselben Medaille, die sich gegenseitig bedingen, denn ohne solide Finanzen wird sich die soziale Spaltung immer weiter vertiefen, weil der Stadt die notwendigen Haushaltsmittel zum Gegensteuern fehlen. Deshalb legen wir heute vor dem Parlament und auch im Wahlkampf ein Bekenntnis zum starken und handlungsfähigen Staat ab, denn nur die Starken können sich einen schwachen Staat leisten. Das gilt in der Bildungs- und Sozialpolitik in gleichem Maße wie in der Innen- und Rechtspolitik. Wir stehen für den starken und für den handlungsfähigen Staat.

(Beifall bei der SPD und Zurufe von der CDU)

Trotz des Ehrgeizes im Wahlkampf sollten wir alle gemeinsam dafür kämpfen, dass das verlorene Vertrauen in die Hamburger Politik zurückgewonnen wird. Der angerichtete Schaden ist groß, aber das gilt eben nicht nur für die CDU und Teile der GAL, sondern für alle Parteien. Deshalb sollten wir in den Debatten des Wahlkampfes die richtige Tonlage finden, den Versuchungen widerstehen und den Menschen wirklich reinen Wein einschen-

ken. Man muss den Mut haben, die Wahrheit zu sagen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Na, dann mal los!)

auch wenn sie manche nicht hören möchten. Deshalb noch einmal unser Grundsatz: Wir versprechen nicht, was wir am Ende nicht halten können. Damit sind Sie gescheitert. Den Fehler werden wir nicht noch einmal machen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich auch, dass diese Zeit ohne einen wirklichen Senat, ohne eine wirklich verlässliche Mehrheit im Parlament keine Zeit des "Wünsch Dir was" mit wechselnden Mehrheiten sein darf. Wir werden uns nicht der Versuchung hingeben, politischem Klamauk zu folgen,

(Frank Schira CDU: Haben wir auch nie gemacht!)

sondern wir werden Kurs halten und den Grundsatz vor der Wahl genauso hochhalten wie nach der Wahl, dass nur das getan und beschlossen wird, was auch finanzierbar ist.

Manch einer meint in diesen Tagen – wenn man sich das so anschaut, vielleicht zu Recht –, man sollte noch einmal schnell den Bürgermeister abwählen und durch einen neuen ersetzen. Dafür gibt es zumindest rechnerisch in diesem Haus eine Mehrheit.

(Frank Schira CDU: Dann mach' es doch!)

Aber wir Sozialdemokraten wollen auch in dieser Frage keine Spielchen. Das ist eine Entscheidung, die die Wählerinnen und Wähler zu treffen haben. Und mit unserer heutigen Entscheidung, die Legislaturperiode zu verkürzen, legen wir genau diese Entscheidung in die Hände der Hamburgerinnen und Hamburger und da gehört sie hin, nicht in dieses Haus.

(Beifall bei der SPD)

Genauso mag es rechnerische, politisch begründete und gewiss auch emotionale Mehrheiten für Einzelentscheidungen geben. Es gibt aber keine Mehrheit in diesem Haus für eine solide Finanzierung. Und Politik ohne Planung und ohne solide Finanzierung, das haben wir doch in den letzten Jahren mit den CDU-geführten Senaten erlebt, ist Murks. Daraus haben wir die Lehre gezogen, dass wir die Fehler der CDU nicht wiederholen dürfen. Es muss eine klare Ansage geben, dass Politik ohne eine seriöse Planung und ohne verlässliche Finanzierung mit uns Sozialdemokraten in Hamburg nicht zu machen ist. Wir stehen auch in dieser Frage für Verlässlichkeit, Vertrauen und Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Die Beendigung der Legislaturperiode ist auch eine Gelegenheit, kurz auf die Regierungszeit der

(Michael Neumann)

CDU zurückzublicken. Wie sieht die Bilanz nach zehn Jahren mit CDU-Senaten aus? Ich mache es kurz, Sie müssen nicht in Sorge verfallen. Ich bin der festen Überzeugung – vielleicht auch gemeinsam mit dem einen oder anderen Finanzpolitiker der CDU, zumindest waren sie früher dieser Überzeugung –, dass der Haushalt die sauberste Grundlage für eine solche politische Bilanz ist. Schauen wir uns die Verschuldung unserer Stadt an: Sie ist von 18 auf 24 Milliarden Euro gestiegen und soll, wenn es nach der Planung der CDU ginge, bis 2014 auf 27 Milliarden Euro ansteigen; und dazu haben Sie noch Tafelsilber im Wert von 4 Milliarden Euro verkauft. Die Eröffnungsbilanz, die uns Herr Goldberg immer als das "Wahrheitsfindungsinstrument" verkauft hat, an dem man am besten erkennen könne, wie erfolgreich eine Regierung sei, nannte 2006 ein Vermögen von 4 Milliarden Euro. Heute steht dort eine rote Null. Eine bessere Bilanz über das Versagen der Hamburger Finanzpolitik kann man nicht finden als Ihre eigene.

(Beifall bei der SPD – *Rolf Harlinghausen CDU*: Die rote Null steht da vorne!)

Nehmen wir das für die Menschen so wichtige und drängende Problem des Wohnungsbaus. Sie haben Wohnungsbauoffensiven gestartet, eine jagte die andere, die meisten sind steckengeblieben, wenn sie überhaupt losgegangen sind. Wenn wir uns allein die Zahl der Sozialwohnungen in Hamburg anschauen, hatten wir im Jahr 2000 fast 156 000 und im Jahr 2012 werden es faktisch keine 90 000 mehr sein. Dabei ist ein hoher Bestand an Sozialwohnungen nicht nur hilfreich für diejenigen, die selbst in einer Sozialwohnung wohnen können, sondern ein hoher Bestand an Sozialwohnungen drückt auf alle Mieten und senkt damit den Mietenspiegel für alle Hamburgerinnen und Hamburger. Und das Ergebnis Ihrer Politik, von zehn Jahren Stillstand im Wohnungsbau, sind die hohen Mieten. Diese hohen Mieten sind nicht vom Himmel gefallen, sondern gehen auf Ihr Versagen zurück.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man jetzt diese fast zehn Jahre Revue passieren lässt, dann stellt man fest, dass Ihre Bilanz mit Ronald Barnabas Schill begann, einem Tabubruch aus Machtkalkül, und bemerkenswerterweise auch mit einem Machtkalkül endet, denn dass Herr Scheuerl jetzt auf CDU-Ticket kandidiert, unterstreicht noch stärker die Beliebtheit der Hamburger CDU.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: Lächerlich!)

Herr Schira, Sie haben in der Debatte, aber auch in vielen Pressegesprächen, den Vorwurf erhoben, die GAL habe aus reinem Machtkalkül die Koalition brechen lassen.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Hat sie auch!)

Ich kann nur sagen, da haben sich die beiden richtigen Partner getroffen. Ein Kurswechsel in einer speziellen Frage ist sicherlich okay und auch nachvollziehbar. Wer aber wie die Hamburger CDU ständig den Kurs wechselt und ständig Zickzack fährt, wer im Grunde im Kreis fährt, macht deutlich: Sie haben jede Orientierung verloren, Sie haben keine Orientierung für sich und Sie haben vor allen Dingen keine Orientierung für Hamburg und deshalb ist Ihre Bilanz niederschmetternd.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch Stichworte nennen, gerade aus der Zeit der absoluten Mehrheit: Feuerbergstraße, Kusch, LBK-Verkauf und am Ende die desaströse Haushaltslage, die uns für die nächsten Jahrzehnte eng einschnüren wird. Die CDU hat dafür gesorgt, dass Hamburg praktisch pleite ist. Über die Rolle des Senats bei den Themen HSH Nordbank und Elbphilharmonie werden wir sicherlich noch im Januar und Februar hier beraten, wenn die Untersuchungsausschüsse ihre Zwischenberichte vorgelegt haben. Aber Sie können sicher sein, das verspreche ich Ihnen, dass Sie mit Ende der Legislaturperiode der Verantwortung, was diese beiden Desaster angeht, nicht enthoben sind. Wir werden auch in der neuen Legislaturperiode unsere Aufklärungsarbeit fortsetzen. Herr Stuth, Sie haben bis März noch ein bisschen Zeit, darüber zu grübeln, was genau die Gründe dafür waren, dass Herr von Beust Sie entlassen hat. Wenn es Ihnen nicht einfällt, bin ich sicher, Herr Schön und Herr von Beust können sich daran erinnern. Wir werden beiden die Möglichkeit geben, das noch einmal öffentlich zu machen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Wolfgang Beuß CDU*: Unverschämtheit!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten stimmen heute mit der GAL, mit der Linkspartei und ich hoffe, auch mit der CDU,

(*Frank Schira CDU*: Wir haben den Antrag eingebracht! – *Wolfgang Beuß CDU*: Wahrnehmungsstörungen!)

für das Ende der laufenden Legislaturperiode und damit auch für Neuwahlen. Wir sind uns damit im Parlament, so hoffe ich, einig. Hamburg braucht einen Wechsel, der nicht durch teure Versprechungen an jeden einzelnen und an jede Gruppe erkaufte wird. Hamburg braucht einen Wechsel, der nicht alles rückgängig machen kann, aber endlich auch nach vorne schaut und sich nicht nur in der Vergangenheit sonnt. Und Hamburg braucht einen Wechsel zu Verlässlichkeit, Vertrauen und Verantwortung in der Regierungspolitik. Dazu sind wir bereit. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft wird heute mit den Stimmen von CDU, SPD, GAL und der LINKEN vorzeitige Neuwahlen beschließen. Die Reden, die wir eben gehört haben, zeigen: Wir sind bereits mitten im Wahlkampf.

(Ingo Egloff SPD: Das ist bei Ihnen ja nicht so!)

Nach zweieinhalb Jahren hat der CDU/GAL-Senat abgewirtschaftet und ist vorzeitig geplatzt. Die soziale Spaltung in dieser Stadt hat sich dramatisch verschärft. Von einer positiven Bilanz kann deshalb, Herr Kerstan, überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Der Bruch der Koalition war immer eine Frage der Zeit. Politisch bedeutete sie die Quadratur des Kreises, das haben schon viele versucht zu beweisen. Es funktioniert nicht

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Fantasielos, Frau Heyenn!)

und es ist auch genauso gekommen. Wenn man die Menschen in dieser Stadt fragt, was eigentlich von Schwarz-Grün übriggeblieben ist, dann kommen die zu einem anderen Ergebnis als Sie, Herr Kerstan. Dann bleiben zwei Stichworte übrig: Das Kohlekraftwerk Moorburg und die 500 roten Stadträder und das war es.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Die sammelt Herr Ahlhaus auch wieder ein!)

– Die wird Herr Ahlhaus wahrscheinlich morgen auch wieder einsammeln, genau, die Meinung habe ich auch schon gehört.

(Zurufe von der CDU)

– Wenn Sie Ihre Zwiegespräche beendet haben, dann mache ich weiter.

Ansonsten hat sich der schwarz-grüne Senat durch Ankündigungen hervorgetan, die entweder nicht ernst gemeint waren, die nicht umgesetzt wurden oder die auf Druck der Bevölkerung wieder zurückgenommen werden mussten. Die Reichensteuer und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes wurden als Ideen kurz vorgetragen, aber ohne jede Ernsthaftigkeit. Ole von Beust verließ die Regierung und es folgte Rücktritt auf Rücktritt. Und was danach folgte, war auch nicht besonders erhellend. Der amtierende Bürgermeister läuft jetzt durch die Stadt und spielt den Weihnachtsmann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Er glaubt ja auch an den Weihnachtsmann!)

Alle Sparvorschläge der schwarz-grünen Koalition hat er eingesammelt und verspricht jetzt allen, zum Beispiel der DEHOGA, den Beamten, den Kita-Eltern und anderen, dass die CDU viele Wahlschenke für sie bereithält. Plötzlich ist Geld genug da. Glaubwürdig ist das nicht. Das glaubt Ihnen keiner, das zeigen die Umfragen. Und da hilft es auch nicht, den zum Retter der CDU erkorenen Herrn Scheuerl jetzt nach vorne auf die Liste zu setzen, der hat nämlich selbst Glaubwürdigkeitsprobleme, und das massiv.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Andreas Dressel und Dr. Martin Schäfer, beide SPD)

Der jetzige Senat hat weder eine Mehrheit im Parlament

(Viviane Spethmann CDU: Das wissen wir doch!)

noch in der Bevölkerung.

– Wenn Sie das wissen, dann müssten Sie sich eigentlich ein bisschen anders verhalten. Angesichts von Neuwahlen sollte die Legislative in dieser Situation eine besondere Zurückhaltung üben, zum Beispiel im Bundesrat. Da müssten Sie sich zurückhalten und können nicht einfach so tun, als seien Sie von der Bevölkerung mit absoluter Mehrheit gewählt und könnten einfach für etwas stimmen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Dieses Parlament ist gewählt! Ein Blick auf die Verfassung hilft dabei!)

Genau das macht dieser CDU-Minderheitensenat. Jetzt, so heißt es, wird der grüne Ballast über Bord geworfen und es gibt CDU pur. Dafür haben Sie keinen Wählerauftrag, meine Damen und Herren von der CDU. CDU pur will niemand in dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der GAL)

Das Problem, Herr Neumann, ist nicht durch Zeitablauf zu regeln. Das Problem ist, dass dieser Senat sich Entscheidungen anmaßt, für die er keinen Auftrag hat. Das ist gefährlich, weil sich die Übergangszeit eben nicht auf ein Geplänkel von Verzweifeln reduziert, die nicht wissen, ob sie wieder in die nächste Regierung kommen – und das ist für die CDU offenkundig das größte Drama, dass sie in die Opposition muss.

*(Frank Schira CDU: Woher wissen Sie das?
– Wolfgang Beuß CDU: Nun warten Sie mal ab!)*

Dass Sie als Bürgermeister – Herr Kerstan hat schon darauf hingewiesen – innerhalb von einer Woche zunächst die Planungen für die Stadtbahn verteidigen und sie dann wieder einsammeln, dafür haben Sie keinen Auftrag.

(Dora Heyenn)

Nach dem Volksentscheid wurde in vielen Sitzungen – ich glaube, es waren sechs – von allen Fraktionen, der Initiative und den Kammern eine Schulgesetznovelle erarbeitet, die im Parlament eingebracht und beschlossen wurde. Was gilt, ist der Buchstabe des Gesetzes, und der ist nicht CDU pur. Sie haben kein Recht, es so zu interpretieren. Nach Paragraph 14 des Schulgesetzes sind Schulversuche möglich. Jetzt haben sieben Schulen Anträge gestellt, die sorgfältig geprüft werden müssen.

(Wolfgang Beuß CDU: Werden sie auch!)

Sie dürfen nicht abgelehnt werden, weil es so schön in den christdemokratischen Wahlkampf passt. Die Schulen haben große Unterstützung in der Stadt, auch von uns, und eine Tabula rasa à la Scheuerl wird nicht hingenommen werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben nach dem Volksentscheid darum gerungen, dass die Schullaufbahnpflicht einen möglichen Schulabschluss prognostiziert, dass aber auf keinen Fall, weder in schriftlicher noch in mündlicher Form, von den Lehrern gesagt werden soll, auf welche Schulform die Schüler nach der vierten Klasse gehen sollen. Es ist ausdrücklich beschlossen worden, dass die Begriffe Gymnasium oder Stadtteilschule dort nicht auftauchen sollen. Darüber will dieser Endzeitsenat sich jetzt einfach hinwegsetzen und das Gegenteil von dem praktizieren, was im Parlament beschlossen wurde. Auch dazu haben Sie kein Recht.

(Beifall bei der LINKEN – Robert Heinemann CDU: Sie wollen das Gesetz brechen!)

Auch in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sollen Fakten geschaffen werden und die erinnern fatal an den Vorbescheid eines Ole von Beust im November 2007, nämlich an Vattenfall. Damals legte der CDU-Bürgermeister die Grundlage dafür, dass der folgende schwarz-grüne Senat keinen Weg sah, das Kohlekraftwerk Moorburg abzulehnen. Jetzt steht die Rekommunalisierung der Netze für Strom, Gas und Fernwärme an. Die Entscheidung fällt in der nächsten Legislaturperiode. Eine Volksinitiative dazu war erfolgreich. Und was macht dieser Senat auf den letzten Metern seiner Amtszeit? Er will vor Gericht gehen und die Initiative "Unser Hamburg – unser Netz" für verfassungswidrig erklären lassen. Das geht auf keinen Fall.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist seine Pflicht sogar!)

Vattenfall weigert sich, die erforderlichen Informationen über den Zustand und das Ausmaß der Netze herauszugeben, damit eine Rekommunalisierung zumindest geprüft werden kann. Dazu ist der Konzern laut Endschaffungsklauseln der Konzessionsverträge verpflichtet und jetzt bekommt Vattenfall

Schützenhilfe von der Senatorin Gundelach. Die Behörde will diese Klauseln jetzt so ändern, dass die Auskunftspflicht verweigert werden kann.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist ja abenteuerlich! Das ist ja erschreckend!)

Das kennen wir schon von der vorzeitigen Vergabe der Gaskonzession an E.ON im Jahr 2007; es wiederholt sich alles. Diese Politik der verbrannten Erde, liebe CDU-Mitglieder, ist zutiefst antidemokratisch

(Robert Heinemann CDU: Die Einzige, die hier antidemokratisch ist, sind Sie!)

und es wird allerhöchste Zeit, dass es Neuwahlen gibt.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nach der letzten Bürgerschaftswahl im Februar 2008 haben alle in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen den Auftrag bekommen, das Wahlergebnis für ganze vier Jahre umzusetzen. Mit der heutigen Debatte müssen wir bilanzieren, dass dies nicht gelungen ist. Das liegt nicht am Parlament oder der Opposition, sondern daran, dass die nach der Bürgerschaftswahl gebildete Koalition einseitig aufgekündigt worden ist. Es ist in der Tat müßig, darüber zu diskutieren, warum das so ist, wer wie viel Schuld daran hat oder welche äußeren Einflüsse dazu geführt haben. Unser parlamentarisches System garantiert, dass politische Entscheidungen demokratisch legitimiert zustande kommen. Wenn es keine parlamentarische Mehrheit mehr gibt, muss der Wähler das Wort haben. Das ist folgerichtig und alternativlos.

Richtig ist aber auch, dass zur Stabilität und zum Erfolg demokratischer Ordnung immer auch gehören muss, dass Politik lernfähig bleibt, also Kritik offen und produktiv verarbeitet und dabei in Verantwortung für das Gemeinwesen handelt. Insofern ist der Umgang mit Kritik immer auch eine Gradwanderung. Entsteht der Eindruck, die gewählten Volksvertreter stellen sich aus der Verantwortung, dann verspielen sie das Vertrauen, das die Menschen bei der letzten Wahl in sie gesetzt hatten. Vielleicht mehr als anderswo erwartet man bei uns in Deutschland, dass Regierungen in Bund und Ländern eine komplette Legislaturperiode durchhalten, auch wenn es schwierig wird

(Beifall bei der CDU)

und auch wenn es Diskussionen gibt, die nicht jedem gefallen können. Meistens haben sie das auch getan. Unter anderem dieser Beständigkeit

(Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus)

haben wir es zu verdanken, dass sich in Deutschland seit 1949 auf allen föderalen Ebenen eine stabile freiheitlich-demokratische Gesellschaft entwickeln konnte. Ich glaube schon, dass ungeachtet berechtigter Kritik, die man am Regierungshandeln immer haben kann, niemand fehlerfrei ist und jeder Koalitionsbruch in unserem Land zu etwas mehr Politikverdrossenheit führt. Das gilt natürlich auch für Hamburg und jeder, der selbstkritisch bilanziert, welchen Anteil er daran hat, muss das schade und bedauerlich finden.

(Beifall bei der CDU)

Durch jedes vorzeitige Ende einer Legislaturperiode geht ein Stück Stabilität des Regierens verloren, eine Stabilität, die für eine Demokratie unverzichtbar und die Voraussetzung dafür ist, dass ihre Institutionen dauerhaft Bestand haben.

Herr Kerstan, Sie haben in Ihrer Rede bilanziert, dass die schwarz-grüne Koalition in Hamburg über zweieinhalb Jahre – ich zitiere – "gut und verlässlich" regiert hat. Es gibt viele gemeinsame Erfolge, ich stimme dem unumwunden zu und habe das mitnichten in den vergangenen zweieinhalb Wochen infrage gestellt. Diese Koalition war etwas ganz Besonderes. Beide Seiten haben es sich – und ich weiß auch aus meiner Zeit als Innensenator, wovon ich spreche – nicht leicht gemacht, haben in vielen Gesprächen und Diskussionen um einen gemeinsamen Weg gerungen, um unterschiedliche, auch gesellschaftspolitisch unterschiedliche Positionen zueinander zu bringen. Und das ist gerade dann eine besondere politische Leistung, wenn die Positionen vor der Wahl teilweise sehr unterschiedlich waren und auch die gesellschaftlichen Gruppen, die hinter so einer Koalition stehen, zu vielen entscheidenden Fragen sehr unterschiedliche Auffassungen haben. Dass dies über zweieinhalb Jahre gut gelungen ist und nicht zu einem für die Stadt schädlichen Stillstand geführt hat, sondern dass wir durchaus konstruktiv viele Dinge gemeinsam auf den Weg gebracht haben und sehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen stabil vertreten konnten und zu Kompromissen gebracht haben, das müssen wir bei aller Kritik, die natürlich nach dem Auseinanderbrechen der Koalition zu Recht von der Opposition kommt, sehr positiv bilanzieren dürfen. Frau Möller sieht mich gerade an – wir wissen doch, was wir gerade auch im innenpolitischen Bereich erreicht haben.

(Antje Möller GAL: Das stimmt!)

Da habe ich auch persönlich viel gelernt und das ist etwas, was der Politik und ich glaube auch der Stadt gut getan hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deswegen sage ich ganz klar bei allen Unterschieden und auch bei allen unterschiedlichen Bewertungen über das Ende dieser Zusammenarbeit: Der Geist in dieser Koalition,

(Michael Neumann SPD: Zieht ihr euren Antrag auf Neuwahlen zurück?)

der von hoher Verlässlichkeit geprägt war und davon, dass schwierigen Themen nicht ausgewichen wurde, war gut für uns alle; er war gut für die beteiligten politisch Handelnden und er war gut für diese Stadt.

Mir wird nun in verschiedenen Reden und auch manchmal in der Öffentlichkeit vorgeworfen, es sei der Gipfel der Unglaubwürdigkeit, wenn man in der einen Woche das sagt – Stadtbahn – und in der nächsten Woche schon wieder etwas anderes. Es ist in der Tat schwierig vermittelbar, wenn man unter unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen auch unterschiedliche Auffassungen äußert. Aber eines ist auch klar: Eine Koalition ist immer das Finden von Kompromissen.

(Viviane Spethmann CDU: Genau!)

Gerade die Schulpolitik hat wie kaum ein anderes Thema deutlich gezeigt: Die CDU ist mit anderen Vorstellungen von Schulpolitik in den letzten Wahlkampf gegangen. Sie hat vor der Wahl 2008 eine deutlich andere Schulpolitik, eine durchaus erfolgreiche Schulpolitik gemacht

(Ingo Egloff SPD: Mit 30 Kindern in der Klasse!)

und hat dann im Rahmen von Koalitionsverhandlungen gesagt, wir müssen Kompromisse eingehen und an dieser Stelle machen wir auch einen Kompromiss, der nicht dem entspricht, was vor der Wahl gesagt worden ist. Heute sage ich, das war ein Fehler. Und ich finde schon, dass es auch Politikern gut ansteht, Fehler zuzugeben und sich nicht in irgendwelchen rhetorischen Phrasen zu ereifern.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man feststellt, dass etwas falsch war, dann muss man es den Menschen auch sagen und dann muss man Fehler auch einräumen. Genau darum geht es.

(Michael Neumann SPD: Bei der Stadtbahn auch?)

– Bei der Stadtbahn auch.

(Michael Neumann SPD: Innerhalb von sieben Tagen?)

Bei der Stadtbahn geht es um etwas ganz anderes und das wissen Sie auch, Herr Neumann. Hier geht es nicht um das Verkehrsmittel Stadtbahn. Das stand übrigens auch vor der Wahl im CDU-Programm und das Verkehrsmittel Stadtbahn habe ich immer verteidigt. Was ich nicht verteidigt habe, sondern was Teil eines Koalitionskompromisses war, war die Trassenführung. Ich habe mich hinter diesen Kompromiss gestellt, weil ich immer die Meinung vertreten habe, pacta sunt servanda, man kann nicht bei einzelnen Teilen einer Zusammen-

(Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus)

arbeit ausscheren, nur weil sie einem hinterher nicht mehr gefallen; da muss man dazu stehen.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für die konkrete Trassenführung. Man muss schon unterscheiden. Wenn man das Ganze differenziert betrachtet, ist klar, dass die CDU – und auch ich persönlich – nach wie vor zum Verkehrsmittel Stadtbahn steht, aber nicht auf einer Trasse gegen die Bürger und solange die Finanzierung nicht gesichert ist, sondern auf einer Trasse mit den Bürgern, die man mit den Bürgern gemeinsam erarbeiten muss.

(*Michael Neumann SPD*: Das haben Sie in sieben Tagen gemerkt?)

– Nein, Herr Neumann, aber Sie wissen ganz genau, dass man unter unterschiedlichen politischen Konstellationen Kompromisse machen muss. Da lachen Sie, aber was haben Sie in Koalitionen alles gemacht?

(Heiterkeit bei der CDU)

Koalition ist Kompromiss. Und Sie wollen jetzt eine rot-grüne Koalition eingehen. Denken Sie das mal durch. Starke Sprüche in Richtung der Grünen reichen nicht. Wenn es wirklich dazu kommen sollte, werden Sie Ihr grünes Wunder erleben, das kann ich Ihnen nur sagen.

(Heiterkeit bei der CDU und Beifall bei der CDU und der GAL)

Das meine ich ganz ernst.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dass unser ehemaliger Koalitionspartner mit großer Beharrlichkeit auf seinen Themen besteht,

(*Frank Schira CDU*: Das stimmt!)

das zeichnet ihn doch aus. Gerade das ist etwas, das Menschen von Politik erwarten. Deswegen ist das auch nicht mein Punkt, den ich an grüner Politik oder an grüner Zusammenarbeit zu kritisieren habe, sondern es gab unterschiedliche Auffassungen, wir haben hart gerungen und manche Kröte musste der eine schlucken und manche Kröte musste der andere schlucken. Aber dass man die Kröten dann nicht mehr schluckt, wenn die Geschäftsgrundlage für das Krötenschlucken entfallen ist, das ist doch klar, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU – *Jens Kerstan GAL*: Wir haben nie über die Trasse gestritten, Herr Ahlhaus!)

Herr Kerstan, wenn Sie mir das vorwerfen, dann stellen Sie sich doch nur mal vor, wir hätten jetzt ein umgekehrtes Verhältnis und wir wären ausgeschieden und Sie würden nun irgendwie noch allein weiterregieren – das ist eine rein hypothetische Annahme.

(Heiterkeit bei der CDU)

Mich würde schon interessieren, was dann beispielsweise aus der Reiterstaffel und dem Polizeiorchester werden würde.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie sehen, auch bei allen politischen Unterschieden ist so eine Debatte nützlich. Und da finde ich es ein bisschen schade, Herr Neumann, dass Sie zwar gesagt haben, Sie wollten die Würde der Bürgerschaft nicht dadurch in irgendeiner Weise beschädigen, dass Sie hier Wahlkampf machen. Aber Sie haben doch ein bisschen Wahlkampf gemacht und gesagt, Sie treten klar vor den Wähler. In Sachen Klarheit von Inhalten der SPD haben Sie im Wahlkampf noch einiges nachzuholen. Aber das soll nicht meine Sorge sein.

Herr Kerstan, ich finde es nicht in Ordnung, wenn Sie mir heute vorwerfen, es hätte – ich zitiere sinngemäß – an einem persönlichen Einsatz der Senatsspitze für diese Koalition gemangelt.

Wir müssen das nicht coram publico ausdiskutieren. Da Sie das Gespräch nicht mehr gesucht haben, werden wir es auch nicht untereinander diskutieren, aber meine Bitte an Sie ist, einmal in sich zu gehen und ernsthaft zu überlegen, ob die Person Christoph Ahlhaus – als Bürgermeister und auch als Innensenator – es wirklich an persönlichem Einsatz für diese Koalition hat fehlen lassen. Mit Blick in eine bestimmte Richtung erinnere ich an Telefonate sonntagnachmittags, abends, morgens, wann immer irgendwelche Probleme anstanden, bei denen ich nicht den Hörer beiseite gelegt oder nicht zurückgerufen habe, sondern sehr wohl Ansprechpartner war. Insofern ist dieser Vorwurf bei allen politischen Differenzen nicht gerechtfertigt und ich weise ihn mit Nachdruck zurück.

(Beifall bei der CDU)

Wenn heute von grüner Seite kritisiert wird, man habe Entscheidungen, die man vor der Wahl deutlich als Programm formuliert hat, nach der Wahl aber nicht getroffen, so kann ich nur sagen, dass man vielleicht gegen die eigene Überzeugung Kompromisse geschlossen hat, also eine Fähigkeit bewiesen hat, die man in der Politik immer haben muss. Die Zeit absoluter Mehrheiten in diesem Land ist vorbei, womit sich alle anfreunden müssen, und nun ist Kompromissbereitschaft, auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, gefragt. Wenn diese Kompromissbereitschaft später in fehlendes Rückgrat und Machtversessenheit umgedeutet wird, dann finde ich es sehr seltsam, diesen Vorwurf gerade von denen zu hören, die von der Kompromissbereitschaft ziemlich profitiert haben.

(Beifall bei der CDU)

Bei allen Erfolgen und bei aller konstruktiven Zusammenarbeit in dieser Koalition kam das Ende für mich doch ziemlich überraschend und – Herr Ker-

(Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus)

stan, auch das möchte ich jetzt noch einmal sagen, da wir uns heute das erste Mal seit der letzten Bürgerschaftssitzung sehen – die fehlende Kommunikation, vor allem angesichts dessen, was wir vorher an gemeinsamer Kommunikation erarbeitet hatten, war für mich als Politiker schlichtweg auch menschlich enttäuschend.

(Beifall bei der CDU)

Aber es geht um Verantwortung für diese Stadt und nicht um Sich-gerne-Mögen oder Liebhaben. Ob als Innensenator oder als Bürgermeister, so habe ich persönlich die Zusammenarbeit mit meinen jeweiligen Gesprächspartnern der GAL bis zum letzten Tag unserer Zusammenarbeit mitunter als zwar mühsam, aber immer als konstruktiv, sachorientiert, verlässlich und vertrauensvoll erlebt, bis es zum Koalitionsbruch kam, der, liebe Frau Goetsch, per 20 Sekunden-Telefonat vonstatten ging. Umso mehr war ich darüber verwundert, dass sich die GAL, die sich immer gerne in der Verantwortung für diese Stadt und die Probleme der Menschen dieser Stadt sieht, in einer Phase größter finanz- und haushaltspolitischer Herausforderung für Neuwahlen ausgesprochen und damit automatisch eine Phase des politischen Stillstands veranlasst hat.

Herr Neumann, Sie sagen, Sie würden diese Phase jetzt nicht für irgendwelche Spielchen nutzen, zum Beispiel, um den Bürgermeister abzuwählen oder Ähnliches. Für eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit müsste man sich erst einmal auf eine inhaltliche Linie in diesem Dreierbündnis verständigen, was, um es einmal ganz vorsichtig auszudrücken, vielleicht nicht gerade der einfachste, gleichwohl aber der richtige Weg ist. Zu diesem Thema haben Sie, Herr Neumann, bereits Briefe geschrieben. Ich verspreche Ihnen und der Hamburger Öffentlichkeit, dass auch wir diese Zeit nicht für irgendwelche parteipolitischen Spielchen nutzen werden, aber – das gehört zur Verantwortung dazu – auch nicht die Hände in den Schoß legen und nichts tun, sondern diese Stadt solide und in Verantwortung vor dem bevorstehenden Wählerwillen verwalten und so weit es geht, ohne parlamentarische Mehrheit regieren, aber immer in Respekt vor dem Wählerwillen, den die Bürgerinnen und Bürger am 20. Februar äußern werden.

(Beifall bei der CDU – Uwe Grund SPD: Wenn nicht, kriegen wir euch an den Mors!)

Verantwortungsvolle Politik heißt auch in Zeiten des Wahlkampfs, die Sparbeiträge nicht nur zu beschließen, lieber Herr Kerstan, sondern sie auch gegen die Kritik der Betroffenen zu verteidigen und umzusetzen.

Natürlich kommen auch die Konsolidierungsmaßnahmen wieder auf den Prüfstand, – damit sind wir beim nächsten Kritikpunkt, den Sie mir entgegenhalten –, und zwar nicht automatisch, weil Wahl-

kampf ist, sondern dann, wenn es die finanzielle Lage erlaubt. Das sind keine populistischen Wahlgeschenke und unglaublichen Drehs, sondern seriöse Haushaltspolitik und nachhaltiges Controlling politischer Entscheidungen.

(Beifall bei der CDU – Jens Kerstan GAL: Das wussten wir doch vorher!)

– Nichts anderes haben Sie doch auch schon angekündigt. Herr Kerstan, Sie wissen sehr wohl, was wir hierzu vereinbart haben; also da wollen wir einmal ganz vorsichtig sein.

(Karin Timmermann SPD: Erzählen Sie doch mal!)

– Ich erzähle es doch gerade.

Wenn die Mai-Steuerschätzung das hält, wovon wir heute ausgehen, und die Einnahmen tatsächlich wieder in erfreulichen Größenordnungen sprudeln, dann liegt es in der Verantwortung der Politik, noch einmal genau zu hinterfragen, ob all das, was wir den Bürgern aufgrund der haushaltspolitischen Lage zumuten müssen, ihnen auch wirklich zumuten können. Zuerst muss man gerade da, wo es den Menschen besonders weh tut, nämlich bei der Streichung beziehungsweise der Kürzung des Weihnachtsgeldes und der Erhöhung der Kita-Gebühren, ganz genau hinschauen. Aber das verspreche ich nicht aus wahltaktischen Gründen, sondern ich sage, diese Zumutungen müssen den Menschen erspart bleiben, sofern es die haushaltspolitische Lage erlaubt, und laut Mai-Steuerschätzung tut sie das wahrscheinlich.

(Christiane Blömeke GAL: Und die Schuldentilgung?)

– In Sachen Schuldentilgung sprechen Sie mir aus dem Herzen.

Eine unserer letzten strittigen Diskussionen, Herr Kerstan, führten wir darüber, wie wir mit der Schuldenbremse umgehen sollten. Ich darf Sie daran erinnern, wer auf der Seite derjenigen war, die gesagt haben, wir müssten mit der Schuldenbremse so umgehen, dass wir unserer haushaltspolitischen Verantwortung gerecht werden, anstatt vorschnell Wahlgeschenke zu machen.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen haben wir nach der November-Steuerschätzung nicht einfach das Geld, das viel mehr als erwartet war, für schöne Dinge ausgegeben, um in der Beliebtheitskala der Bürgerinnen und Bürger aufzurücken. Mit diesen Geldern, so haben wir gemeinsam beschlossen, tilgen wir die Schulden. Wenn wir allerdings im kommenden Mai wider Erwarten noch einmal mehr Geld bekommen, dann sollten wir genau überlegen, wie man diejenigen, denen man mit den Sparmaßnahmen viele Sorgen

(Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus)

bereitet, etwas entlasten kann. Das ist kein Populismus, das ist politische Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Herr Neumann, selbstverständlich ist es Ihr gutes Recht, nach neun Jahren Opposition zu sagen, es sei alles Murks gewesen, was die CDU gemacht hat, vor allem in der Haushalts- und Finanzpolitik. Aber die Menschen dieser Stadt wissen, auch wenn sie möglicherweise über manches enttäuscht sind, dass die CDU Hamburg nicht nur, aber auch erfolgreich durch die größte globale Wirtschafts- und Finanzkrise der Nachkriegszeit geführt hat, auch aufgrund vieler gemeinsamer Beschlüsse, die wir sehr erfolgreich in der schwarz-grünen Koalition getroffen haben.

Wenn Sie sich die Gesamtbilanz ansehen, anstatt sich auf irgendwelche Details zu stürzen, wie es die Sozialdemokraten in den letzten Jahren gerne getan haben, dann können auch Sie, Herr Dressel, zum Beispiel hinsichtlich der Kriminalstatistik feststellen, dass wir 80 000 Straftaten weniger haben als 2001 unter Rot-Grün. Sie haben sich immer nur irgendeinen abenteuerlichen Sachverhalt herausgesucht, um an ihm Streit zu entzünden; das hat nichts mit seriöser Oppositionsarbeit zu tun. Seriöse Oppositionsarbeit heißt nämlich unter anderem, die Erfolge des politischen Mitbewerbers anzuerkennen, was ich durchaus mache. Sie haben in diesem Punkt etwas Nachholbedarf, denn die neun Jahre waren sehr erfolgreich für diese Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Oder wollen Sie bestreiten, dass in der Hitliste der Städte mit der höchsten Kriminalität der Wechsel von damals Platz eins auf heute Platz neun kein Erfolg der Senatspolitik in den vergangenen neun Jahren ist?

(Beifall bei der CDU)

Wollen Sie ernsthaft bestreiten, dass es kein Erfolg dieser Senatspolitik ist, dass die Zeiten eines miserablen Kitaplatzangebots und der Bevormundung der Eltern durch den Staat vorbei sind?

(Dirk Kienscherf SPD: Dafür sind Sie doch nicht verantwortlich!)

Auch das müssen Sie sich anhören: Mit knapp 70 000 Kindern sind heute 40 Prozent mehr in der Kitabetreuung als noch vor neun Jahren. Ich finde schon, dass das ein Erfolg ist.

(Beifall bei der CDU)

Gerade an einem Tag wie heute, an dem alle vier Fraktionen gemeinsam einen Antrag beschließen werden, ist es an der Zeit, auch gemeinsam zu überlegen, wo man gemeinsame Erfolge Hamburgs anerkennen kann. Das tut der Stadt gut und Sie können doch wirklich den Stolz darüber mit nach außen tragen und nicht bestreiten, dass Hamburg die beste Kinderbetreuung von allen al-

ten Bundesländern hat. Ich sage nicht, dass das der alleinige Erfolg der CDU ist,

(Dirk Kienscherf SPD: Was heißt hier nur?)

aber die CDU hat die politischen Rahmenbedingungen dafür gesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiteres Thema, das für die Menschen dieser Stadt und auch für viele Abgeordnete hier im Hause von besonderer Bedeutung ist, zumal es auch ein emotionales Thema ist, ist der Hamburger Hafen, den wiederum die CDU in den letzten Jahren zu einem konkurrenzfähigen Containerhafen entwickelt hat.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Ingo Egloff SPD: Was ist denn mit der Fahrrinnenanpassung?)

– Herr Egloff, machen Sie sich doch einmal die Mühe und sehen Sie sich die aktuellen Zahlen an. Die Chancen für unseren Hafen sind besser denn je.

(Ingo Egloff SPD: Sie haben verdammtes Glück gehabt, dass das nicht weiter an die Wand gefahren worden ist!)

In den ersten neun Monaten 2010 zeigt die Wachstumskurve wieder deutlich nach oben. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen wir beim Seegüterumschlag ein Plus von 8 Prozent; das können Sie nicht wegdreden.

(Wolfgang Rose SPD: Trotz der CDU!)

– Es ist natürlich ziemlich billig, als Oppositionspolitiker zu unseren Erfolgen zu sagen, man hätte sie trotz der CDU erreicht. Da muss Ihnen schon ein bisschen mehr einfallen, Herr Rose.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Was ist mit der Fahrrinnenanpassung?)

– Herr Egloff spricht gerade die Fahrrinnenanpassung an.

(Ingo Egloff SPD: Da sind Sie ganz erfolgreich seit 2001!)

Wir zumindest wissen, wie wichtig die Fahrrinnenanpassung für diese Stadt ist, und wir wissen auch, dass wir außerhalb der Grenzen Hamburgs einige Hindernisse zu überwinden haben. Aber glauben Sie im Ernst, wir würden diese Hindernisse besser überwinden, indem wir uns bei diesem Thema gegenseitig vor versammelter Weltöffentlichkeit beschimpfen? Gerade wenn es um unseren Hafen als Herzstück der Hamburger Wirtschaftskraft geht, muss die Politik in Hamburg zusammenstehen und der Bund den Hafen endlich als nationale Aufgabe verstehen. Darum, Herr Egloff, müssen wir gemeinsam kämpfen und die Dinge nicht im Streit zerreden.

(Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus)

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Arno Münster SPD*)

An so einem Tag, an dem wir gemeinsam sagen

(*Dirk Kienscherf SPD*: Hier ist nicht mehr mit gemeinsam!)

– dann machen Sie es getrennt, wir machen es jedenfalls –,

(Beifall bei der CDU)

der Wähler müsse wieder ran, weil etwas nicht richtig gelaufen ist, können Sie nicht behaupten, Sie hätten damit nichts zu tun, die anderen seien daran schuld gewesen. Aber an einem solchen Tag erwarten die Wählerinnen und Wähler nicht kleinteiliges Parteiengezänk, sondern dass die Politik insgesamt zusammensteht, um diese Stadt voranzubringen. Das ist auch Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Am 20. Februar jedenfalls werden die Wählerinnen und Wähler das Wort haben.

(Beifall bei *Uwe Grund SPD*)

Mit den heutigen Anträgen ziehen wir einen Schlusstrich unter diese Legislaturperiode und ermöglichen den Hamburgerinnen und Hamburgern, für klare Verhältnisse zu sorgen und wieder handlungsfähige Mehrheiten zu schaffen. Wie auch immer die Wahl ausgehen mag, mein Ziel ist, dass sich Hamburg genauso dynamisch weiterentwickelt wie in den letzten neun Jahren.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wir hoffen, anders!)

Dann müssen wir uns um die Zukunft unserer Stadt keine Sorgen machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mit dem Wahlkampf kommt natürlich die Zeit der politischen Auseinandersetzungen. Das gehört dazu, das ist in Ordnung. Aber angesichts der großen Herausforderungen muss ebenso klar sein, dass wir diese Stadt am besten voranbringen, wenn wir Dinge, von deren Wichtigkeit und Richtigkeit wir alle überzeugt sind, gemeinsam befördern und nicht kleinteilig Streit suchen und produzieren, obwohl es dafür eigentlich keinen Grund gibt. Es gibt genug Themen, bei denen wir unterschiedlicher Auffassung sind und über die wir streiten müssen. Aber bei den großen wichtigen Themen für diese Stadt müssen wir Politiker jenseits aller Scharmützel die Kraft und den Mut aufbringen, zusammenzustehen und dem Wählerauftrag dadurch gerecht zu werden, indem wir die Probleme anpacken und sie gemeinsam lösen. Gesunder Menschenverstand muss Vorrang vor politischen Ideologien haben.

(Beifall bei der CDU)

Unabhängig davon, wie diese Wahl ausgehen wird, erwarten die Menschen, dass sich die Politik danach zusammenfindet und die Probleme angeht.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Genug zu tun gibt's ja!)

Die CDU wird sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Wir stehen zu unserer Verantwortung, und zwar auch dann, wenn es Schwierigkeiten gibt, und auch dann, wenn Kritik an uns geübt wird; das ist unsere Linie. Auch ich persönlich werde mich der Verantwortung in den kommenden Wochen nicht entziehen. Ich werde sie aber im Respekt vor dem Wähler ausüben. Insofern ziehen wir alle gemeinsam in einen Wahlkampf, der die inhaltlichen Unterschiede deutlich machen wird, der aber am Ende – das wäre meine Bitte an alle, die in dieser Stadt politisch arbeiten – den Menschen dieser Stadt ein Stück weit Politikverdrossenheit nehmen könnte, indem wir ihnen zeigen, dass wir gemeinsam Verantwortung für diese Stadt übernehmen können, jeder in seiner Rolle, jeder an seinem Platz, aber gemeinsam für Hamburg. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Möller.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn in einem Parlament eine oder mehrere oder alle Fraktionen einen Antrag auf vorzeitige Beendigung der Wahlperiode stellen, dann ist das Ultima Ratio. Es führt aber, in diesem Fall in Hamburg, mitnichten zu Politikverdrossenheit, sondern zu einer viel einfacheren Reaktion, nämlich dass die Stadt erleichtert ist.

(*Hans Lafrenz CDU*: Das sehen aber nur Sie so!)

Die Stadt ist erleichtert, dass wir diese Regierungskoalition beendet haben.

(Beifall bei der GAL)

Herr Bürgermeister, ich habe mich über den ersten Teil Ihrer Rede gefreut, weil es dann doch auch eine politische Einschätzung zu der Situation, die sich seit dem Sommer in dieser Stadt entwickelt hat, gegeben hat. Diese politische Einschätzung hat mir bei Ihrer Rede, Herr Schira, gefehlt, denn wir reden nicht über Befindlichkeiten, sondern über politische Verlässlichkeit. Natürlich menschelt es in einer Koalition, was ich nicht für dramatisch, sondern sogar für ganz hilfreich halte. Aber es muss politisch vorangehen und es ging politisch nicht mehr voran.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Da gehören immer zwei zu, Frau Möller!)

– Ganz richtig, da gehören zwei dazu.

(Antje Möller)

(Wolfgang Beuß CDU: Sie sitzen im Bremserhäuschen!)

– Nein, wir sitzen nicht im Bremserhäuschen.

Ihr Bürgermeister hat gesagt, wir hätten von Ihrer großen Kompromissbereitschaft profitiert. Ausgangssituation war – ich sage das einmal ganz vorsichtig –, dass Sie mit sehr wenig eigenen Projekten in diese Koalition und diese Koalitionsverhandlungen gegangen sind. In den ersten zweieinhalb Jahren mussten wir ständig nachsteuern, das Selbstverständnis als schwarz-grüne Koalition immer wieder hinterfragen und weiterentwickeln, und zwar nicht, weil wir in den ersten zweieinhalb Jahren schlechte politische Arbeit geleistet haben. An dieser Stelle teile ich die Einschätzung der SPD und auch die der LINKEN überhaupt nicht.

(Ingo Egloff SPD: Das wundert mich nicht!)

Personen haben diese Koalition getragen und Personen hatten auch die politischen Ideen und die politische Durchsetzungskraft, sie umzusetzen.

Nun hat Herr Schira gesagt, es wäre vielleicht schon im Sommer, nach dem verlorenen Volksentscheid, richtig gewesen, die Koalition zu beenden. Wir haben aber gesagt, es gäbe noch genug Projekte, die zu Ende entwickelt werden müssten.

(Wolfgang Beuß CDU: Die gibt's auch jetzt noch!)

– Ja, die gibt es auch jetzt noch.

Aber ich stelle mir natürlich die Frage, was wohl von einer kompletten schwarz-grünen Legislaturperiode übrig bleiben würde. Würden Sie dann in den Wahlkampf gehen und alles das wieder aufschnüren, was Sie jetzt schon aufschnüren, oder etwa noch mehr Projekte? Diese Vorstellung finde ich im Übrigen noch dramatischer.

Ich finde es auch dramatisch, Herr Bürgermeister, wenn Sie erklären, dass Sie zum Beispiel die Stadtbahn oder bestimmte haushaltspolitische Entscheidungen nun wieder zurücknehmen würden und im Gegenzug fragen, was eigentlich die grüne Regierung an Projekten zurückgenommen hätte, und dann das fast schon lustige Beispiel Reiterstaffel und Polizeiorchester anführen.

(Barbara Ahrons CDU: Das war ein Scherz!)

Es tut mir leid, aber dieses Beispiel zeigt, wie wenig ernsthaft Sie meinen, was Sie sagen.

(Beifall bei der GAL)

Es zeigt auch, dass Sie nicht verstanden haben, welche Zäsur es seit dem Sommer in dieser Stadt und in unserer politischen Arbeit gegeben hat. Sie betreiben eine interessante Selbstdarstellung, wenn Sie uns immer wieder vorhalten, wir hätten nie etwas gesagt. Wir haben Stunden um Stunden mit Gesprächen verbracht. Sie haben Entscheidun-

gen vertagt und ausgesessen oder sie gar nicht mehr thematisiert.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist die Unwahrheit!)

Wir können die Debatte weiterführen. Es geht weder um Legenden noch um Ärger oder Betroffenheit und Bedauern.

(Viviane Spethmann CDU: Das verärgert einen richtig!)

– ich kann verstehen, dass Sie das verärgert –, sondern es geht um Politik.

(Wolfgang Beuß CDU: Das ist nachkarten!)

und darum, dass die politische Arbeit in dieser Regierungskoalition nicht mehr stattgefunden hat.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Wir haben uns doch für Sie zurückgenommen!)

– Wenn Sie sagen, Sie haben sich für uns zurückgenommen, Herr Warnholz, dann kann ich nur noch einmal wiederholen, dass es auf Ihrer Seite an eigenen politischen Projekten mangelte.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Das ist ein Skandal! – Ingo Egloff SPD: Das ist wie bei einer Ehescheidung! Rosenkrieg!)

Es bleibt uns also die Erkenntnis, dass es den neuen Senatsmitgliedern angesichts der neuen thematischen Herausforderungen, die sich aufgrund von Bundesentscheidungen, aber auch aufgrund der Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren, ergeben haben, an Verlässlichkeit in der politischen Arbeit mangelte. Im Übrigen gab es, Herr Neumann, nicht, weil konsolidiert werden musste, ein Problem, sondern weil die Vereinbarungen, die wir in diesen Konsolidierungsverhandlungen getroffen hatten, schlicht und einfach nicht eingehalten und umgesetzt worden sind.

Vielleicht sollten wir tatsächlich nahtlos in den Wahlkampf übergehen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das machen Sie doch schon!)

weil dann deutlich wird, dass wir mitnichten den einfachen Weg in Richtung eines anderen Koalitionspartners suchen. Die inhaltliche Auseinandersetzung, die seit Herrn Neumanns Beitrag von eben im Raum steht, wird sicherlich noch schärfer als die Diskussionen, die wir mit der CDU geführt hatten.

(Wolfgang Beuß CDU: Das kennen Sie noch! Kröten schlucken! Die zeigen ihnen schon, wo der Hammer hängt!)

Das Entscheidende ist, dass die Verlässlichkeit der politischen Weiterarbeit nicht mehr zu sehen war. Das sehe ich doch auch an dem, was Sie jetzt betreiben. Wo bleibt denn Ihre politische Linie? Wo wollen Sie denn hin und warum gehen Sie zurück

(Antje Möller)

hinter all das, was wir längst auf den Weg gebracht haben? Sie selbst zerstören doch die Bilanz von zweieinhalb Jahren Schwarz-Grün und auch das, was Sie vielleicht auch mit anderen Personen, aber vor allem gemeinsam mit uns, durchaus an politischer Arbeit in dieser Stadt geleistet haben.

Herr Bürgermeister, ein Satz vielleicht noch zum Schluss.

(Wolfgang Beuß CDU: Es reicht, Frau Möller, mit schmutzige Wäsche waschen!)

– Nein, ich wasche keine schmutzige Wäsche. Ich komme auch ohne Unterstützung der CDU zu Wort.

Vielleicht hat auch die Tatsache, dass Sie nicht der alleinige Entscheider für die CDU in dieser Koalition waren, für eine Zäsur in der Koalition gesorgt. Möglicherweise hätte sonst die eine oder andere Entscheidung noch getroffen werden können.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde jetzt nicht anfangen, mit der GAL in einen Rosenkrieg zu treten. Ich möchte vielmehr auf Herrn Neumann antworten. Herr Neumann, Sie haben vorhin angesprochen, dass es darum ginge, die richtige Tonlage hier im Hause zu finden. Der Bürgermeister hat sie gefunden, Sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Sie treten hier mit einer unbeschreiblichen Arroganz auf, die seinesgleichen sucht.

(Ingo Egloff SPD: Ihresgleichen! Es heißt, die Arroganz!)

Ich kann dazu nur sagen: Hochmut kommt vor dem Fall. Umfrageergebnisse sind das eine, Wahlergebnisse sind etwas anderes und entscheidend. Sie wollten über die Vergangenheit nicht reden, aber Sie haben es dennoch mit einem groben Rundumschlag getan und deshalb werde ich auch darauf antworten. Wir lassen uns unsere Erfolgsbilanz der letzten Jahre von Ihnen nicht schlechtreden.

(Beifall bei der CDU)

Wo standen wir denn 2001, bevor wir die Regierung übernommen haben?

(Wilfried Buss SPD: Am Abgrund!)

Vor einem Schuldenberg von weit über 20 Milliarden Euro, den uns der SPD-geführte Senat hinterlassen hat; das war bestimmt keine Glanzleistung. Es war ebenfalls keine Glanzleistung und verantwortungslos, uns in vielen Bereichen, wie Instand-

haltung Schulbau, Instandhaltung Straßenbau, einen Investitionsstau von Hunderten von Millionen Euro

(Michael Neumann SPD: Milliarden!)

zu hinterlassen und damit auch die Nachfolgesenate zu belasten.

(Beifall bei der CDU)

Ganz sicher haben wir mit dem Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" 2001 eine Aufbruchstimmung in dieser Stadt erzeugt, die beispiellos ist und Hamburg weltweit bekannt gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Fragen Sie doch die anderen Ministerpräsidenten in den anderen Bundesländern,

(Michael Neumann SPD: Da ist keiner mehr, die sind alle weg!)

Niedersachsen und Schleswig-Holstein kennt im Ausland so gut wie keiner. Aber wenn Sie sagen, Niedersachsen liegt im Süden von Hamburg und Schleswig-Holstein im Norden, dann kommt das große Aha-Erlebnis, denn Hamburg kennt im Ausland mittlerweile so gut wie jeder. Das war nicht immer so. Wie Ihr Alt-Kanzler Schmidt sagte, war Hamburg damals eine schlafende Schöne, und ich sage wiederholt in diesem Hause: Wir haben sie wach geküsst.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Was war denn, meine Damen und Herren von der SPD, vor 2001 im Bereich der Inneren Sicherheit los, als Ihr Spitzenkandidat Verantwortung für die Stadt hatte? Hamburg war Verbrecherhauptstadt in unserer Republik, das wurde vom Bürgermeister auch noch einmal dargestellt. Es gab eine offene Drogenszene am Hauptbahnhof und im Schanzenviertel, das waren unerträgliche Zustände. Jeder Hamburger und jeder Besucher wandte sich mit Grauen ab; diese Zustände wünscht sich doch keiner in dieser Stadt zurück.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme noch einmal auf die weltweit größte Wirtschafts- und Finanzkrise zu sprechen. Wir haben sie in unserer Stadt gemeistert. Wir haben die wegbrechende Konjunktur mit Programmen der Stadt und des Bundes stabilisiert. Wir haben das Unternehmen Hapag-Lloyd mit immerhin 5000 Mitarbeitern gerettet. Das Unternehmen schreibt heute wieder schwarze Zahlen. Das sind doch Erfolge, die Sie gar nicht wegleugnen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme nun zu einem besonderen Thema, zur Neuausrichtung der HSH Nordbank.

(Zurufe von der SPD – Dr. Andreas Dressel SPD: Eine Erfolgsgeschichte des Senats!)

(Hans-Detlef Roock)

– Da haben Sie recht, Herr Dressel, die Bank ist auf einem guten Wege und liegt weit vor ihren Sollzahlen.

Wenn ich mich richtig erinnere, hat sich damals Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Neumann, den Gesprächen zur Rettung der HSH Nordbank verweigert.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

Das ist für einen Vorsitzenden der größten Oppositionspartei ein Armutszeugnis und verantwortungslos. Sie reden von Verantwortung, Herr Neumann, Vertrauen und Verlässlichkeit. Da haben Sie wirklich ein Glaubwürdigkeitsproblem, denn in einer großen Krisenlage einer Stadt – ich erinnere an die 65 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung –, bei der im ganzen norddeutschen Raum drohten, die Lichter auszugehen, da ducken Sie sich als Fraktionsvorsitzender weg.

(Ingo Egloff SPD: Was reden Sie eigentlich für einen Unsinn?)

Das kann so nicht richtig sein.

(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Wo waren Sie eigentlich?)

Es ist eine Erfolgsgeschichte, dass wir heute nach der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Situation sind, dass die Konjunktur insbesondere in Hamburg wieder gefestigt ist und sich dynamisch fortentwickelt. Die Arbeitsmarktzahlen sind gut und wir haben seit vielen Jahren die niedrigsten Arbeitslosenzahlen, insbesondere auch im Bereich der Langzeitarbeitslosen. Insofern kann sich unsere Erfolgsbilanz im Gegensatz zu den Zeiten unter einer SPD-Führung in dieser Stadt durchaus sehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

– Vielen Dank. Ich wünsche noch eine fröhliche Debatte, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Neumann.

Michael Neumann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man fragt sich bei diesem Debattenverlauf und den intellektuellen Höhenflügen, die gemacht wurden,

(Marino Freistedt CDU: Nicht von allen!)

ob es überhaupt noch Sinn macht, diese Debatte fortzusetzen. Herr Beuß, das ist Ihr Stichwort als Lehrer, Intellektualität.

Der Bürgermeister hat davon gesprochen, dass wir Verantwortung für die Stadt tragen.

(Viviane Spethmann CDU: Werden Sie mal konkret!)

Das nehme ich gern auf. Verantwortung für die Stadt haben wir gerade in der Opposition bewiesen. Wir hätten es uns bei der Frage von Hapag-Lloyd sehr leicht machen können, aber wir haben es nicht getan, sondern Verantwortung übernommen und der Erfolg von Hapag-Lloyd gibt uns recht, wir haben die richtige Entscheidung getroffen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt auch für die HSH Nordbank, Herr Roock. Es ist schon richtig, dass Sie vielleicht von den Gesprächen nichts wissen, denn Sie waren nicht beteiligt. Dafür wird es vielleicht auch einen Grund geben. Aber wir haben mit Herrn Schira darüber gesprochen, wir haben auch mit Kollegen von der GAL darüber gesprochen. Es war ein gemeinsamer Beschluss, die Unternehmen, die leider von der HSH Nordbank abhängig sind, nicht ins Bodenlose fallen zu lassen, sondern wir haben auch in diesem Fall die Verantwortung als Opposition wahrgenommen. Deshalb sage ich auch an dieser Stelle, dass man sich in Hamburg, wenn es darauf ankommt, auch auf die Sozialdemokratie in der Opposition verlassen kann. Wir machen es uns nicht einfach und kneifen, wir stehen zu unserer Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Ich selbst habe Gott sei Dank die Erfahrung des Koalitionsbruchs bisher noch nicht machen müssen,

(Wolfgang Beuß CDU: Das kommt noch!)

vielleicht auch nicht machen dürfen. Der Bürgermeister sprach noch von dem grünen Wunder, darauf bin ich gespannt. Allerdings kann ich auch nachvollziehen, dass es da erheblichen Gesprächsbedarf gibt. Aber all das, was Sie untereinander zwischenmenschlich zu besprechen haben, machen Sie doch am besten über Weihnachten an den Feiertagen. Ich glaube, das Parlament ist für eine solche Debatte nicht der richtige Ort, in das Seelenleben der CDU Einblick zu gewähren, denn wir wollen frohe Weihnachten und keine sorgenvollen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie davon sprechen, Herr Bürgermeister, dass Sie uns die Kooperation bei dem dringenden und für Hamburg überlebenswichtigen Thema Fahrrinnenanpassung anbieten, dann sage ich Ihnen, auch im Namen von Olaf Scholz, dass wir Ihr Kooperationsangebot auch nach dem 20. Februar gern annehmen. Nehmen Sie Einfluss auf die CDU-Landesregierung in Niedersachsen und nehmen Sie Einfluss darauf, dass dort nicht anlässlich der Kommunalwahlen die Fahrrinnenanpassung zum Spielball wird. Das nehmen wir gern an, das Angebot ist vorhin ausgesprochen worden, wir schlagen ein, zum Hafen stehen wir gemeinsam.

(Michael Neumann)

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU:*
Mit den Grünen!)

Sie haben eine abenteuerliche Rosinenpickerei in der Innenpolitik angesprochen.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Ja, ist so!)

Erklären Sie das einmal den Menschen, die morgens aus ihrem Haus kommen und sehen, dass ihr Auto abgefuckt wurde. Erzählen Sie das den Menschen, den Eltern, den Freunden der Jugendlichen, die beispielsweise in der S-Bahn und U-Bahn Opfer von Gewaltkriminalität geworden sind. Wenn das aus Ihrer Sicht Rosinenpickerei ist, dann lässt es auch tief in Ihre Verantwortungslosigkeit blicken.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt, den Sie angesprochen haben, ist die Versorgung unserer Kinder in Hamburg mit Kindertagesstätten. Ich weiß es nicht genau, sind Sie gerade frisch in die Bürgerschaft gewählt worden oder waren Sie zu dem Zeitpunkt noch gar nicht in Hamburg, aber es war eine Volksinitiative, die übrigens wesentlich auch von Olaf Scholz angeschoben worden ist. Er war eine der Vertrauenspersonen, die dafür gesorgt haben, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz in Hamburg überhaupt umgesetzt wurde.

(Zurufe von der CDU)

Sie mussten mit über 100 000 Unterschriften gezwungen werden, diesen Rechtsanspruch überhaupt zu erwirken. Dann haben wir ihn im Parlament gemeinsam beschlossen. Es war nicht die Entscheidung der CDU, im Gegenteil, es waren die Menschen, die sich diesen Rechtsanspruch in Hamburg erkämpfen mussten gegen Ihren Widerstand.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben davon gesprochen, dass Sie die Hände nicht in den Schoß legen und weiter regieren wollen. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, Sie können und sollten all das tun, was zum Funktionieren der Stadt notwendig ist. Wenn es Situationen gibt, bei denen Gefahr im Verzuge ist, werden wir jederzeit bereit sein, Sie in dem, was notwendig ist, zu unterstützen. Aber dass Sie durch Zentralisierung und durch Abbau von sozialen Leistungen in den Bezirken versuchen, bereits vor der Wahl unumkehrbare Fakten zu schaffen, das geht nicht.

(*Viviane Spethmann CDU:* Glauben Sie doch nicht alles, was in der Zeitung steht!)

Deshalb noch einmal deutlich meine Erwartungshaltung, all das, was vielleicht der eine oder andere übermotivierter Beamte in die Bezirke hinein sendet, zu stoppen. Schaffen Sie keine Fakten mehr vor dem 20. Februar.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben von Controlling und erwarteten Steuereinnahmen gesprochen. Dabei mussten sogar Sie selbst bis über beide Ohren grinsen bei dem Ausdruck, dass dies kein Wahlgeschenk sei. Herr Ahlhaus, ich glaube, es ist ein Fehler, jetzt den Menschen Hoffnungen zu machen, die unter Umständen nicht erfüllt werden können.

(Zurufe von der CDU)

Es schadet im Übrigen auch Ihrer persönlichen Glaubwürdigkeit, wenn Sie noch vor Wochen gemeinsam mit der GAL Kürzungsvorschläge und Konsolidierungsvorschläge vorgelegt haben und dann im Angesicht des Wahltermins davon abrücken. Das ist genau das Gegenteil von verlässlicher Politik, es ist das Gegenteil von Berechenbarkeit und es ist das Gegenteil von einem Verhalten, das wir von einem Hamburger Bürgermeister erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt noch ein Stichwort zum von Ihnen zitierten gesunden Menschenverstand. Natürlich besteht demokratische Politik aus Kompromissen, aber aus Kompromissen, die auch als solche benannt werden. Sie haben bemerkenswerterweise viele Kompromisse, die Sie heute als grüne Kröten bezeichnet haben, nie als Kompromisse bezeichnet, sondern immer als ureigene Überzeugung der Hamburger CDU.

(*Frank Schira CDU:* Ich nie!)

Sie haben eine Woche vorher noch gesagt, die Stadtbahn werde kommen, gegen den Bürgerwiderstand, mit der fehlenden Finanzierung und mit der Trassenführung.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Das stimmt doch gar nicht, Herr Neumann!)

Aber nach einer Woche machen Sie eine Rolle rückwärts und behaupten exakt das Gegenteil. Dass die Menschen dort Zweifel an Ihrer persönlichen Glaubwürdigkeit haben, ist doch wohl nachvollziehbar. Deshalb war es entlarvend, was Sie gesagt haben, nämlich dass es Kompromisse gebe in einer Koalition, dass man regieren wolle und man dann auch Kröten schlucken müsse. Das ist der Konstruktionsfehler dieser Koalition gewesen. Es ging Ihnen nicht um das Wohl und das Beste für unsere Stadt. Es ging Ihnen nicht darum, gute Lösungen für Hamburg zu finden, sondern es ging Ihnen darum, gute Lösungen für diese Koalition zu finden, und das ist grundfalsch.

(Beifall bei *Karin Timmermann SPD*)

Wir brauchen einen Senat und eine Koalition, die die besten Lösungen für Hamburg anstreben und nicht für die Parteien, die Funktionäre und die Hinterzimmer. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Die spannende Frage ist – darüber hat bisher keiner geredet –, ob die gegenwärtige Situation, die Auflösung des schwarz-grünen Bündnisses, als Chance wahrgenommen wird, als Chance, nicht für irgendeine Mehrheits- oder Koalitionskonstellation, für irgendein Farbenspiel, sondern für eine neue, eine andere, eine soziale und zukunftsfähige Politik, für einen Kurswechsel nach zehn Jahren CDU-geführter Regierungen. Aber von einer Aufbruchstimmung, wie man sie vielleicht erwarten könnte, kann leider überhaupt keine Rede sein, weder bei der SPD noch bei der GAL.

Die GAL tut mir fast schon leid. Herr Kerstan, Sie haben eine Rede gehalten, in der Sie sagten, Sie hätten eigentlich immer recht gehabt während der zweieinhalb Jahre der Koalition und auch bei deren Auflösung. Dann waren Sie entweder zweieinhalb Jahre naiv oder beschönigen im Nachhinein die Lage, was ich verstehen kann, was mir aber eher leid tut. Die schwarz-grünen Blümenträume sind nicht erst seit drei Wochen ausgeträumt, sie sind schon lange verwelkt. Sie haben im Sommer noch einmal versucht, sich Mut zu machen. Sie haben damals auf einem Landesparteitag noch einmal Vorhaben formuliert. Vom unumkehrbaren Baubeginn der Stadtbahn war die Rede, vom Ausbau von Fahrradstreifen und Fahrradrouten, von der Stärkung des Bildungsortes Kita, von der längst überfälligen Verfassungsreform des Polizeirechts und so weiter.

Sehr wenige Vorhaben waren damals noch ehrgeizig formuliert, im Ganzen hatten Sie schon gewaltig zurückgesteckt. Dann sind Sie ausgestiegen aus der Koalition, ohne die inhaltlichen Bruchstellen deutlich zu machen, und damit leider auch ohne Signal für politische Weichenstellungen. Inhaltliche Impulse gehen von Ihnen im Moment nicht aus, und schon gar nicht für einen Politikwechsel. Das ist das große Problem der Art und Weise, wie Sie die Koalition aufgelöst haben, und das ist leider auch das Problem Ihrer heutigen Reden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zur SPD. Herr Scholz hat es leider ausdrücklich abgelehnt, diesen Zwischenzeitraum zwischen dem Zerfall von Schwarz-Grün und der Bildung eines neuen Senats frühestens im März für Weichenstellungen zu nutzen. Ich zitiere jetzt Herrn Scholz. Er sagte am vergangenen Wochenende in der "Bild am Sonntag" – Herr Neumann, Sie haben es heute ausdrücklich bestätigt –:

"Es gibt doch schon jetzt eine rot-rot-grüne Mehrheit in der Bürgerschaft. Die SPD könnte also jetzt schon Herrn Ahlhaus abwählen

und mit einem SPD-Bürgermeister in den Wahlkampf ziehen. Das machen wir aber nicht, weil wir – wie bei der vergangenen Wahl – eine Koalition mit der Partei DIE LINKE ausgeschlossen haben."

– Zitatende.

Wohlgemerkt, hier geht es überhaupt nicht um eine Koalition. Hier geht es darum zu verhindern, dass der Minderheitssenat weiter abholt und schweren Schaden in Hamburg anrichtet. Hier geht es darum, Zeichen zu setzen, sich auf einige wenige, sachliche, aber richtungsweisende Punkte zu verständigen.

(Stephan Müller CDU: Wie kann man sich nur so anbiedern!)

Aber stattdessen begnügen Sie sich damit, die Füße stillzuhalten, wie die Journalistenrunde sonntagabends bei Hamburg 1 nun schon mehrfach geunkt hat, weil Ihnen das angesichts des jämmerlichen Zustands der CDU für einen Wahlsieg vermutlich reicht. So besteht jedoch die reale Gefahr, dass drei Monate verstreichen, ohne dass irgendetwas passiert, außer dass die CDU handeln kann, wie ihr der Sinn steht.

Sie, die SPD, machen das aus parteipolitischen Kalkül. Vielleicht geht diese Rechnung auf, aber letztlich wird das die Politikverdrossenheit stärken, weil wieder einmal Politiker handeln wie Parteitaktiker, also nach sehr engen Gesichtspunkten.

(Karin Timmermann SPD: Nach welchen machen Sie das denn?)

– Nach sachlichen.

Aber das Problem ist vermutlich größer. In all den Äußerungen von Olaf Scholz seit dem 28. November lässt sich nicht ein einziger, konkreter Anhaltspunkt finden, wie die SPD die großen Probleme dieser Stadt zu lösen gedenkt,

(Beifall bei der LINKEN und der CDU – Klaus-Peter Hesse CDU: Das bleibt auch so, Frau Schneider, da müssen Sie noch lange warten!)

wie sie vor allem die soziale Spaltung bekämpfen will und wie der Tatsache zukünftig Rechnung getragen wird, dass frühkindliche Bildung in wachsendem Umfang eine öffentliche Aufgabe ist. Das heißt nämlich, dass als erster Schritt sofort die unselige Kita-Gebührenerhöhung rückgängig gemacht werden muss.

Man müsste auch wissen, wie es die SPD denn jetzt genau hält mit der Rekommunalisierung der Netze und damit mit der grundlegenden Frage, wie sich die Stadt mit ihren auf das Gemeinwohl verpflichteten Unternehmen strategisch aufstellt. Es gibt vage Ankündigungen, es wird auf zukünftige Zeiten verwiesen, auf Eventualitäten und Möglichkeiten, aber es gibt nichts Konkretes.

(Christiane Schneider)

Herr Neumann, weil Sie dies eben so formuliert haben, werde ich noch etwas sagen, was ich vielleicht sonst nicht erwähnt hätte, nämlich die Sprache vom starken Staat auch in der Innenpolitik. Mich schaudert es bei dem Ausdruck vom starken Staat in der Innenpolitik.

(Zurufe von der CDU)

Die einzige greifbare Aussage, die ich von Herrn Scholz gefunden habe, ist, dass er sich des Kurswechsels zu einer stark repressiven Innenpolitik rühmt,

(Wolfgang Beuß CDU: Hey!)

den er 2001 als Innensenator durchgesetzt hat nach dem Abgang von Herrn Wrocklage. Viele haben den Brechmitteleinsatz und seine tödliche Folge für einen jungen Mann, für Achidi John, nicht vergessen, aber das Sicherheitsproblem einer modernen Metropole wird man nicht lösen durch eine vorrangig an Repression und nicht an den Grund- und Bürgerrechten orientierten Innenpolitik und die Desintegrationserscheinungen schon gar nicht. Auch und nicht zuletzt auf diesem Feld ist ein Kurswechsel nötig und keine Fortsetzung der Innenpolitik der letzten zehn Jahre,

(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)

wie sie vor allem und bis heute durch Schill geprägt wurde.

Natürlich gibt es bei der SPD andere Ansätze und es gäbe durchaus Schnittmengen, die wir jetzt realisieren könnten,

(Wolfgang Beuß CDU: Ah, anbieten!)

wenigstens das eine oder andere, wie wir das in den vergangenen Monaten auch manchmal in der Opposition getan haben. Aber das müssen Sie unter sich ausmachen.

(Wolfgang Beuß CDU: Ja, genau!)

Wir können keinen Grund erkennen, die Parlamentsarbeit bis mindestens März einzustellen, wie es die gegenwärtige Tendenz ist. Unser Angebot, die vor uns liegenden Wochen für keineswegs fantastische, sonder längst überfällige Bürgerschaftsentscheidungen zu nutzen, steht

(Wolfgang Beuß CDU: Studiengebühren, Sie wollen sich nur anbieten!)

und unsere Ankündigung, dass wir unsere Füße auf keinen Fall stillhalten, auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wir kommen zunächst zum gemeinsamen Antrag der GAL- und der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/8023.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich stelle fest, dass der Antrag die nach Artikel 11 Absatz 1 Satz 3 der Hamburgischen Verfassung erforderliche Zustimmung der Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl erhalten hat.

Mit der soeben erfolgten Annahme dieses Antrags hätte sich der Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/8013 in der Neufassung erledigt.

Wird dagegen Widerspruch erhoben? – Das sehe ich nicht. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft den Antrag aus der Drucksache 19/8013 in der Neufassung für erledigt erklärt hat.

Meine Damen und Herren! Ich stelle nun fest, dass die Bürgerschaft soeben die vorzeitige Beendigung der 19. Wahlperiode beschlossen hat.

Mir ist hierzu eben ein Schreiben des Ersten Bürgermeisters zugegangen. Es hat folgenden Wortlaut:

"Der Senat beschließt nach Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft über die vorzeitige Beendigung der Wahlperiode gemäß Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg den 20. Februar 2011 als Wahltag für die Neuwahlen."

Wir kommen nun zu Punkt 71 der heutigen Tagesordnung, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/8073: Zukunftsfähiges Hamburg gestalten – Weichen stellen für das Bürgerticket.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Zukunftsfähiges Hamburg gestalten – Weichen
stellen für das Bürgerticket
– Drs 19/8073 –]**

Es wäre sehr nett, wenn zumindest ein paar Mitglieder des Hauses drinnen bleiben würden. Wird das Wort gewünscht? – Herr Bischoff, bitte.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Ich habe es eben mit dem Appell sehr ernst gemeint. Die Bürgerschaft hat sich in der ersten Debatte aufgelöst, das heißt aber nicht, dass nun alle Mitglieder das Haus verlassen sollten. Deshalb wäre es nett, wenn Sie jetzt Herrn Bischoff zuhören würden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Immer wieder gerne!)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist in den vorher-

(Dr. Joachim Bischoff)

rigen Diskussionsrunden viel von der Zukunftsfähigkeit der Stadt die Rede gewesen und auch

davon, die Füße oder den Kopf bis März stillzuhalten, um dann die Entscheidungen weiterzuentwickeln. Sie haben eben von Frau Schneider gehört, dass wir diese Haltung nicht gut finden, und zwar deshalb, weil es eine Reihe von Bereichen gibt, bei denen auch in diesem Zwischenzeitraum Lösungen weiterentwickelt werden können und damit die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt vorangebracht werden kann. Wir sehen – das werden wir auch in den nächsten Bürgerschaftsdebatten vorstellen – vor allen Dingen drei bis vier Bereiche.

Es geht einmal um den öffentlichen Personennahverkehr, hierzu hatten wir heute wiederholt das Beispiel der Stadtbahn. Dann geht es um den Komplex Wohnen, bei dem eigentlich alle Parteien der Meinung sein müssten, dass wir dort einen großen Handlungsbedarf haben. Dann geht es um die Frage von Bildung. Auch hier hat sich – neben den Kita-Gebühren auch bei den Universitäten – abgezeichnet, dass wir durchaus bestimmte Veränderungen gemeinsam auf den Weg bringen können oder zumindest so weit vorbereiten können, dass ab März alles beschleunigter gehen kann. Es geht auch um den Komplex Energieversorgung und Rekommunalisierung.

Das sind aus unserer Sicht Bereiche, bei denen wir es nicht in Ordnung fänden, wenn wir die Arbeit gleichsam einstellen.

(Antje Möller GAL: Das ist doch aber nicht der Antrag!)

– Der Antrag heißt: Zukunftsfähiges Hamburg gestalten.

Jetzt spreche ich für den ersten Bereich, nämlich den ÖPNV. Auch wenn Sie es nicht gewohnt sind, müssen Sie es schon einmal aushalten, dass man versucht, ein Thema einzuordnen. Dies ist kein Hobby der LINKEN, sondern wir verweisen auf eine Studie "Zukunftsfähiges Hamburg", die von den außerparlamentarischen Bewegungen, BUND und anderen, in dieser Stadt vorangebracht worden ist. Wir sehen hier einen Zusammenhang, der auch von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der GAL, in der letzten Zeit sehr zu unserem Bedauern entwickelt wurde, nämlich eine Preiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr, die weit über das Inflationsniveau hinausgeht und ausdrücklich auch konzipiert ist als Beitrag zur Stärkung der öffentlichen Finanzen.

Diese Politik, die Sie gemacht haben, ordnet sich aus unserer Sicht in einen Test des ÖPNV ein, der bei 93 Anbietern des Nahverkehrs in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt worden ist. In diesem Testbericht kommen die Tester zu der Schlussfolgerung, dass die Preistreiberei der öffentlichen Verkehrsmittel eine neue Dimension angenommen habe. Bei vielen Anbietern gehörten

jährliche, deutlich über der Inflationsrate liegende Preiserhöhungen schon zum Ritual.

Frau Möller, dass dieses Ritual jährlicher Preiserhöhungen weit über die Inflationsgrenzen hinausgeht, steht nicht nur für uns, den BUND oder das Wuppertaler Institut, sondern auch für alle, die sich mit dem ÖPNV auseinandersetzen, im eklatanten Widerspruch zu dem gern betonten politischen Willen, die Bürger und Bürgerinnen zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier ist die Frage, ob dies nicht noch bearbeitet werden kann im Zwischenzeitraum bis zur Neuwahl. Wir sind dann auch recht defensiv. Es geht eben nicht nur um die Erhöhung der Kita-Gebühren oder um Kürzungen von Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst,

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

sondern es geht auch um die Frage, ob denn eigentlich diese konkrete Form der Preiserhöhung Bestand haben muss.

Wenn wir uns das anschauen, Herr Hesse – ich nehme an, dass Sie das auch wissen –, dann ist in diesem Test der Hamburger Verkehrsverbund ein besonderes Beispiel für mangelhafte Verkehrsführung im Nahverkehr. Das Netz sei altmodisch, hätte eine geringe Haltestellendichte und keine moderne Infrastruktur. In der Frage der Tarifgestaltung wird ausdrücklich festgehalten, dass der Hamburger Verkehrsverbund ein besonders deutliches Beispiel für schlechte und unübersichtliche Tarife und Tarifdarstellungen ist. Diese intransparente Darstellung ist nach Meinung der Tester so verwirrend, dass im Grunde überall nur ein Mangelhaft verbleibt.

Für uns stellt sich die Frage, ob Sie diese Situation nun als Zukunftsfähigkeit fortschreiben wollen? Auch weil es im Sinne einer Prüfung keine großen finanziellen Verpflichtungen bedeuten würde, könnte man jetzt überlegen, in diesem Bereich einen Kurs- oder Politikwechsel einzuleiten.

Der Antrag ist so gehalten, dass er an den Ausschuss überwiesen und dort gemeinsam mit dem Minderheitssenat geklärt werden kann, ob man einen Kurswechsel heraus der Preistreiberei herbeiführen kann.

(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE – Zuruf von Jörn Frommann CDU)

– Über den Bereich Wohnen werden wir gleich anschließend noch einmal reden, Herr Frommann, genauso wie über die anderen Themen.

Es geht hier um die Frage des Bürgertickets, die sich insbesondere an die Bewohner der benachteiligten Stadtteile richtet. Es ist entscheidend, ob man hier zu einer Lösung kommen kann.

(Dr. Joachim Bischoff)

Natürlich ist auch dem BUND und den anderen Beteiligten klar, dass die Zielvorstellung der Studie "Zukunftsfähiges Hamburg", ein Bürgerticket mit Nulltarif, ein Ziel in weiter Ferne ist. Aber die entscheidende Frage ist, ob man Möglichkeiten der Tarifgestaltung und -öffnung in kleineren Schritten entwickeln kann, sodass sich daraus wirklich eine Stärkung und bessere Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ergibt. Das müsste eigentlich auch Ihr Kernanliegen sein, Frau Möller, und sich nicht, was man als Kompromiss nachvollziehen kann, in eine absurde Logik der Preistreiberei hineinzusteigern. Unsere Bitte ist, dass wir das gemeinsam ein Stück voranbringen. Dann kann die neue Regierung – vielleicht in Aufbruchstimmung, die ich allerdings auch nicht sehe – das als eines ihrer ersten Projekte sofort in die Wirklichkeit umsetzen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Folkers.

Claudia Folkers CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Beim Zuhören dachte ich eben, das hat eigentlich mit dem Antrag nicht mehr viel zu tun. Aber ich muss mich auf Ihren Antrag beziehen, auch wenn Sie über etwas anderes gesprochen haben, denn der liegt zum Beschluss vor.

"Zukunftsfähiges Hamburg gestalten – Weichen stellen für das Bürgerticket" – das ist eine schöne Überschrift. Wie einfach wäre es doch, mit einem Freifahrschein im öffentlichen Nahverkehr die ökologischen und sozialen Probleme unserer Millionenstadt Hamburg zu beheben. Das macht uns dieser Antrag doch glauben; er verheißt soziale Gerechtigkeit, Teilhabe aller gesellschaftlichen Schichten am kulturellen und materiellen Leben unserer Stadt und gesundheits-, verkehrs- und klimapolitischen Fortschritt. Und all das soll laut Petition gemeinsam mit den beteiligten Akteuren – wen benennen Sie denn hier eigentlich, Herr Dr. Bischoff? – auf Umsetzung geprüft und innerhalb der noch laufenden Legislaturperiode mit einem Finanzierungskonzept vorgestellt werden. Bekanntlich ist dieser Zeitraum bis zum 20. Februar 2011 beschränkt. Ich habe wirklich selten eine derart unseriöse Forderung an ein beschlussfassendes Gremium gesehen.

(Beifall bei der CDU)

Rufen wir uns doch einmal die Ausgangslage dieser Studie in Erinnerung, auf die Sie sich beziehen. Ursprüngliche Grundlage dieses Antrags ist die 1996 erschienene Studie "Zukunftsfähiges Deutschland – Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung". Hierzu heißt es:

"Es bedarf eines neuen Gesellschaftsvertrags, der nicht nur das Verhältnis von Mensch zu Mensch, sondern auch das von Menschheit und Natur schützt. Die Menschenrechte wie auch die ökologischen Grenzen zu wahren, ist das Kernprogramm der Nachhaltigkeit."

Die Reaktionen von verschiedener Seite zeigten auch, dass Nachhaltigkeit nur im Dialog und Konsens gesellschaftspolitisch umsetzbar ist; wissenschaftliche Begründungen allein reichen nicht aus.

Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über die Zukunft unseres Landes in einer globalisierten Welt. Darum haben der BUND und die Entwicklungsorganisationen Evangelischer Entwicklungsdienst und Brot für die Welt eine Studie beim Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in Auftrag gegeben, die eine gesellschaftliche Debatte anstoßen soll. Denn wie heißt es dort so schön:

"Die fossil betriebenen Weisen der Bedürfnisbefriedigung, obwohl erlernt, sind in den Menschen auch körperlich-emotional verankert. Das liegt auf der Hand bei Erwartungen nach Beleuchtung und Hygiene, Heizung und Mobilität, ist aber auch wirksam bei Freuden des Alltags wie Shopping oder Restaurantbesuche."

Beim Weltwirtschaftsforum 2007 in Davos fasste Bundeskanzlerin Angela Merkel die neue Beunruhigung zusammen, indem sie sagte, der Klimawandel sei die größte Herausforderung der Menschheit. Als Forderung an den Einzelnen der Gesellschaft wird formuliert:

"Als Konsument, der sich gleichermaßen als Bürger versteht, wird er darauf schauen, dass sein Kaufakt sowohl zur Umweltentlastung als auch zur Solidarität mit Schlechtergestellten beiträgt. Wer überdies seinen Kopf über der Warenschwemme halten möchte, wird die hohe Kunst der Einfachheit pflegen, ansonsten zerfasert sein Leben. Sparsam im Haben, aber großzügig im Sein, so lautet die Devise der Zukunftsfähigkeit für einen selbst wie für die Gesellschaft."

(Beifall bei der CDU)

Soviel vorab zur kurzfristigen Steuerung der Nachhaltigkeitsstrategie für Hamburg. Dr. Jochen Menzel vom Zukunftsrat Hamburg formulierte treffend folgende Fragen: Was verspreche ich mir von einer Nachhaltigkeitsstrategie für Hamburg? Was soll die Strategie leisten? – ich zitiere –:

"Bewusstsein, Verständnis für 'Nachhaltigkeit' als umfassender Vision zur Zukunftssicherung, als modernes 'Gemeinwohl' und nicht als ein Partikularinteresse von Umweltpapstern. Es geht um den weiten Blick nach vorne, in die Zukunft, und zur Seite, in

(Claudia Folkers)

die Regionen, die unter unserem Lebensstil, Ressourcenverbrauch, Energieverschwendung, Klimagefährdung zu leiden haben."

Er stellt selbst die Frage, ob diese Wünsche und Hoffnungen auch realistisch sind.

Im November dieses Jahres erschien die vom renommierten Wuppertal Institut für Klima, Umwelt Energie erstellte Studie als eine erste Anwendung dort entwickelter Nachhaltigkeitsvisionen für eine Großstadt. Dazu heißt es:

"Was muss Hamburg tun, um zukunftsfähig zu sein? Das zu untersuchen war Aufgabe des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. In acht Kapiteln hat das Institut staatliches, wirtschaftliches und persönliches Handeln auf das Potenzial für eine zukunftsfähige Entwicklung hin untersucht."

Laut Studie beginnt Zukunftsfähigkeit mit der Veränderung des eigenen Lebensstils. Die Arbeitslosigkeit könne fast vollständig abgeschafft werden, wenn die viele Arbeit verteilt würde: "Kurze Vollzeit" wird das in der Studie genannt. Das Prinzip ist, der Einzelne arbeitet weniger Wochenstunden, Arbeit und Einkommen werden auf mehr Menschen verteilt. Die Menschen verzichten auf Entbehrliches, gewinnen mehr Zeit, Lebensqualität und Raum für Engagement. Die Formel der Experten ist "Sinnstiftung statt Burn-out". All das sind Inhalte der Studie. Im Klartext bedeutet das aber auch den Verzicht der zurzeit in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen tätigen Arbeitnehmer auf ihr jetziges Einkommen; dieses muss zukünftig verteilt werden.

Ihre Forderung nach einem Bürgerticket, einem Freifahrtschein für alle Hamburger Bürger im öffentlichen Nahverkehr, kann niemals unabhängig von einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung diskutiert werden. Bewusst verschweigen Sie alle weiteren Erfordernisse, welche in diesem Zusammenhang betrachtet werden müssen. Sie reduzieren diese wissenschaftliche Studie auf einzelne Forderungen und instrumentalisieren sie. Sie passen die Empfehlungen an. Abgeleitete oder übernommene Forderungen können jedoch nur im Zusammenhang der anderen relevanten Faktoren, die in der Studie benannt sind, formuliert werden.

Wie Sie das Bürgerticket – kommen wir zum Schluss noch einmal darauf zurück –, die kostenfreie Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, finanzieren wollen, das ist bei mir definitiv nicht angekommen.

(Beifall bei der CDU)

Wer soll denn mit den Kosten belastet werden? Allein der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte oder der Steuerzahler? Das wäre nur ein Teil der Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs. Die Teilhabe aller Bürger und Bürgerinnen am kulturellen, sozia-

len und wirtschaftlichen Leben unserer Stadt, auf die Sie als Zielsetzung in Ihrem Antrag verweisen, ist ein für alle erstrebenswertes Ziel. Selbstverständlich wird sich niemand, der Verantwortung übernehmen will, den Erkenntnissen verschließen, welche auch diese Studie detailliert dokumentiert. Verantwortung zu übernehmen heißt aber auch, ausgewogen zu handeln, ideologisch befreit den Menschen Teilhabe zu ermöglichen, ohne dabei wesentliche Bestandteile und somit Sicherungsmodule gesellschaftlicher und freiheitlicher Errungenschaften zu gefährden. Dies bedarf gewiss einer längeren Bearbeitungszeit als bis zum 20. Februar 2011.

(Beifall bei der CDU)

Gerne verweisen wir in diesem Zusammenhang noch auf eine weitere Studie, auf die Sie auch hingewiesen haben. Es ist erstaunlich, mit welchem Ohr man hört, mit welchem Auge man liest und was man aus solchen Studien entnimmt. Sie haben die Studie wahrscheinlich von hinten gelesen, Herr Dr. Bischoff. In dieser Studie, und zwar im ganzen ersten Abschnitt, auf allen ersten Seiten, die Sie geflissentlich überflogen haben müssen, wird vorrangig auf Hamburg verwiesen – ich zitiere –:

"Dass Öffentlicher Nahverkehr auch ökologisch günstig regional angeboten werden kann, zeigen vorbildlich Städte wie [...] Hamburg [...]. Sie sind ein Teil der Städte, die 14 % bis 33 % unter dem Durchschnittswert von 51,24 € pro Monatskarte liegen. Das ist eine bürgernahe regionale Förderung von ökologischem Verhalten."

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Es geht noch weiter, es geht auch in Deutschland günstig – ich zitiere –:

"Es handelt sich ausschließlich um Städte"

– man höre –,

"die in Bundesländern liegen, die entweder von der CDU oder CSU regiert werden."

(Wolfgang Beuß CDU: Hört, hört!)

Wochentickets:

"Doch es gibt auch günstige Anbieter von Wochenkarten beim Öffentlichen Nahverkehr. Beispiele hierfür sind: [...] Hamburg."

Kurzstrecke:

Der Durchschnittspreis der getesteten Städte beträgt 1,35 €, [...] Hamburg 1,30 €."

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das hat die CDU gemacht!)

Bei den Tickets vom Flughafen zum Hauptbahnhof liegt Hamburg mit minus 37 Prozent unter dem Preisdurchschnitt.

(Claudia Folkers)

Haltestellendichte pro 1000 Bewohner einer Stadt
– Zitat –:

"Am engmaschigsten und damit am vorbildlichsten ist die Haltestellendichte in folgenden Städten: [...] Hamburg."

Ihre Sorge, dass gerade Hamburg durch Preiserhöhungen im HVV-Bereich unsozial handelt, steht in keinem Verhältnis zur nachweislich günstigen Preisgestaltung des HVV.

(Beifall bei der CDU)

Richtig ist, dass benachteiligte Gesellschaftsgruppen Hilfe zur Mobilität benötigen, und richtig ist ferner, dass durch Nichtteilhabe am gesellschaftlichen Miteinander die Gefahr der Isolation und Ausgrenzung besteht. Hier gilt es, weiterhin Wege zur Förderung und Unterstützung zu finden und diese umzusetzen. Und wenn Sie die Studie "Zukunftsfähiges Hamburg" in Gänze verstanden hätten, wäre Ihnen aufgefallen, dass es sich um erste Visionen zur Umsetzung handelt. Es gibt dort kein festgeschriebenes Instrument, welches den gesellschaftlichen Wandel auch im ökologischen Sinn garantiert. Vielmehr benennt die Studie – ich erwähnte dies bereits – eine Voraussetzung für Nachhaltigkeit: Zukunftsfähigkeit beginnt laut Studie damit, seinen Lebensstil zu verändern. Um dieses zu erreichen, bedarf es gewiss einer wesentlich ernsthafteren Auseinandersetzung, als im Schnellschuss einen Freifahrschein für alle Hamburger im öffentlichen Nahverkehr zu fordern. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Tschentscher.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Hat er die Studie auch gelesen?)

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gar nicht gehaut, dass es um diese ganz großen Themen geht. Ich dachte, es geht um ein HVV-Ticket.

(Thilo Kleibauer CDU: Sie müssen sich schlau machen!)

Es sind kluge Dinge im Antrag formuliert. Die sozialen, gesundheitlichen und klimapolitischen Zusammenhänge des Verkehrs in einer zukunftsfähigen Stadt sind zu Recht angesprochen worden und bedenkenswert ist ein Bürgerticket allemal. Aber, Herr Bischoff, Sie sagen in Ihrem Antrag auch, man könne ein Bürgerticket über den Haushalt finanzieren. Derzeit können wir aus dem Haushalt nicht einmal mehr die Zinsen für die Schulden finanzieren, ohne neue Schulden zu machen. Wir haben 1,1 Milliarden Defizit nur im Betriebshaushalt, so hoch war das Defizit in Hamburg noch nie. Und wir reden bei diesem Antrag nicht über kleine

Summen. Wir haben das auf verschiedene Arten berechnet und kommen in jedem Fall auf dreistellige Millionenbeträge.

Nun sagen Sie auch nicht, das solle sofort kommen; das unterscheidet Sie ein bisschen von der CDU, die immer erst entschieden und dann hinterher nachgerechnet hat, wer ihre Leuchttürme bezahlen soll. Aber Sie wollen jetzt die Weichen stellen, das sagt schon die Überschrift, aber das sehen wir eben doch anders. Wir haben gerade das Ende der Wahlperiode beschlossen und Sie wollen jetzt Weichen stellen für neue Projekte; das passt aus unserer Sicht nicht zusammen. Am 20. Februar müssen erst einmal die Bürgerinnen und Bürger die Weichen neu stellen, weil wir eine neue politische Mehrheit brauchen für einen handlungsfähigen Senat, den wir nicht mehr haben. Sie sagen, man könne schon mal prüfen, das schade nicht. Aber wer soll in diesem Senat so eine Frage eigentlich noch prüfen? Ich könnte auf Anhieb gar nicht sagen, wer für die BSU überhaupt zuständig ist.

(Wolfgang Beuß CDU: Dann müssen Sie mal lesen!)

Frau Hajduk ist es nicht mehr, die ist schon nicht mehr da und macht Wahlkampf. Und wenn dort steht, der Senat wird ersucht, dann kann ich für meine Fraktion nur sagen: Wir wollen diesen Senat um gar nichts mehr ersuchen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Dann setzen, bitte!)

Es muss ein neuer Senat gewählt werden, der dann ab März 2011 die Weichen neu stellt, und zwar in der Verkehrs-, Finanz- und Sozialpolitik, denn dort ist einiges nachzuholen und in Ordnung zu bringen. Ich glaube, insoweit sind wir uns mittlerweile auch alle einig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bürgerticket ist eine wirklich tolle und ökologisch sehr sinnvolle Idee. Ich danke der LINKEN, dass sie sich die Mühe gemacht hat – wie auch einige andere –, diese gute Studie vom BUND und der Diakonie durchzuarbeiten und daraus einen Antrag zu formulieren. Es scheint eine Serie zu werden und es werden vielleicht demnächst noch mehr Anträge auf dieser Grundlage erarbeitet.

Leider sind die Forderungen aus Ihrem Antrag, so wie sie formuliert sind, momentan überhaupt nicht umsetzbar, denn Sie möchten in dieser Legislaturperiode zugleich die Prüfung über die Finanzierungsmöglichkeiten und -wege einleiten und auch

(Martina Gregersen)

noch das Ergebnis haben und umsetzen. Dazu ist die Zeit nach dem Beschluss in der vorigen Debatte zu knapp.

Sie fordern außerdem die Rücknahme der Fahrpreiserhöhung für 2011. Auch ich hätte lieber keine Fahrpreiserhöhung, das gebe ich offen zu, aber es würde den HVV sehr unattraktiv machen, wenn wir die Fahrpreise nicht erhöhen würden. Wir hätten nicht das Geld, überfüllte Busse durch zusätzlich eingesetzte zu entlasten, und wir hätten auch nicht die Möglichkeiten, den Busbetrieb in den Abendstunden – vielleicht sogar im attraktiven 10-Minuten-Takt – aufrechtzuerhalten. Und wer fährt gern mit einem HVV, der unattraktiv ist? Das wäre nicht gerade der Weisheit letzter Schluss.

Das Anliegen eines Bürgertickets wird nicht nur durch Sie oder durch die Studie in die Diskussion gebracht. Auch Kollegen in diversen Gemeinden und Kommunen Nordrhein-Westfalens sind an dieser Idee interessiert und haben sich das auf die Agenda geschrieben. Trotzdem sollte man das nicht so ad hoc einführen, wie Sie das jetzt noch für diese Legislaturperiode fordern, denn da müsste sich auch gesellschaftlich etwas ändern. Wir haben nicht nur durch Stuttgart 21 oder die Stadtbahnkritik gelernt, dass man den Bürger mitnehmen sollte, wenn man etwas verändern möchte. Von daher bedarf es eines Umbruchprozesses und wir müssen zunächst für Akzeptanz sorgen.

Auch wir Grünen treten schon seit vielen Jahren für eine gerechtere Kostenaufteilung im Verkehrsbereich ein. Die Zahlen der Studie belegen auf erschreckende Weise, wie viel Geld in die Straßensanierung fließt, und das zahlen alle Bürger, auch die, die gar kein Auto haben. Aber lassen Sie uns über Veränderungen nachdenken und lassen Sie uns dabei die Bürger mitnehmen, für Akzeptanz sorgen und dabei den Autofahrer nicht als Feind betrachten, sondern in die Diskussion mit einbeziehen. Es stellen sich mir in diesem Zusammenhang auch einige Fragen: Sollen zum Beispiel die Menschen, die als Pendler aus Norderstedt, Pinneberg, Lüneburg oder anderen Kommunen innerhalb des HVV nach Hamburg kommen, bezahlen? Wie gehen wir damit um? Oder wie verhält es sich mit Touristen, die unsere Stadt besuchen? Auch das alles wäre noch zu klären.

Das sind sehr interessante Fragen, aber das alles zu prüfen wäre im Zeitrahmen nicht möglich. Wir sollten die Studie und ihre Denkanstöße ernst nehmen und sie wohlwollend aufgreifen, aber in Ruhe. Keiner von uns behauptet, dass das Sozialticket oder die Rabattierung für Studenten- und Schülerkarten oder Seniorentickets der Weisheit letzter Schluss sind und man da nichts mehr verändern sollte. Aber man sollte das nicht über's Knie brechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Dora Heyenn*
DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff *DIE LINKE*:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! So einfach, wie Sie sich das machen, hätte ich mir das nicht vorgestellt. Sie erklären das alles zur Vision, müssen dann die Leute auch noch mitnehmen und beim individuellen Verhalten anfangen und damit haben wir das Ganze auf zehn Jahre vertragt. So kann man Anträge natürlich auch missverstehen. Ich habe eben auch noch einmal gesagt, dass es überhaupt nicht darum geht, dass wir das Bürgerticket jetzt einführen wollen, sondern es ärgert uns, dass hier immer gesagt wird, wir müssen zu einer anderen Entwicklungskonzeption für den ÖPNV kommen,

(Beifall bei der LINKEN)

und dass wir es mit einer unübersichtlichen Tarifstruktur und -darstellung zu tun haben. Die spannende Frage ist doch, welche Schritte denn unternommen werden können. Da überzeugt mich auch das Argument nicht, dass Hamburg, gemessen an anderen Städten, noch nicht einmal in allen Punkten als mangelhaft gesehen wird. Das würde ich immer einräumen, darum geht es nicht. Aber auch Hamburg bewegt sich in der Logik, dass die Fahrpreise immer schneller erhöht werden, und zwar über die Inflationsrate hinaus, und dass dies für bestimmte Bevölkerungskreise eine Einschränkung ihrer Möglichkeiten bedeutet. Da ist eben die spannende Frage, Herr Tschentscher, ob man nicht in der Tarifstruktur etwas entwickeln kann, wie es beispielsweise bei dem Sozialticket schon angedacht ist oder auch hinter der Idee des Familienpasses stand, der jetzt ausläuft. Um eine Prüfung dieser Frage geht es. Und wie in der Wohnungsfrage vermag ich auch beim ÖPNV nicht zu erkennen, dass das alles einen parteispezifischen Zuschnitt hat, sondern es geht um das Andenken von Lösungen und darum, ob wir in der nächsten Legislaturperiode bestimmte Punkte nach vorne bringen können.

Die Alternative kann doch nur sein – und wie ich gehört habe, sprechen wir uns alle dafür aus –, dass wir im Grunde die politische Debatte über Zukunftsprojekte in der nächsten Legislaturperiode einstellen. Dann sollte man aber konsequent sein und die Mehrheit des Hauses sollte beschließen, auch alle Ausschusssitzungen abzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer den Antrag der Fraktion *DIE LINKE* aus der Drucksache 19/8073 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen?

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

– Stimmenthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Punkt 68 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/8070, gemeinsamer Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Gebührenordnung sozial angemessen gestalten.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Gebührenordnung sozial angemessen gestalten**

– Drs 19/8070 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Hesse, bitte, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Schwarz-Grün wirkt oder muss man vielleicht sagen, wirkte – auf jeden Fall wirkt Schwarz-Grün noch mit diesem Antrag und darüber freue ich mich sehr. Dieser gemeinsame Antrag der Fraktionen von GAL und CDU fußt darauf, dass wir im Rahmen der Umsetzung einer EU-Dienstleistungsrichtlinie am 15. Dezember 2009 neue Gebühren in unserer Stadt beschlossen haben. Neue Gebühren sind nie eine Freude für diejenigen, die sie zu bezahlen haben, und deshalb müssen wir als Abgeordnete dieses Parlaments natürlich prüfen, ob die Gebühren angemessen sind, wie sie ankommen und welche Auswirkungen sie in unserer Stadt haben.

Bei dieser Gebührenerhöhung vom 15. Dezember 2009, die aufgrund dieser EU-Dienstleistungsrichtlinie entstanden ist, wurde mir als Wahlkreisabgeordnetem sehr schnell eine Problematik klar: Sie hat bewirkt, dass viele Straßenfeste, insbesondere nicht gewinnorientierte Stadtteulfeste, plötzlich mit Gebühren belegt werden, die von den Beteiligten nur schwer finanziert werden können. Und wenn nicht hier, wo denn sonst sollte man versuchen, solche Fehlentwicklungen zu verändern, zu stoppen und ins Positive zu verkehren.

Wir als Parlamentarier, und ich denke, da spreche ich für alle Fraktionen, wollen Politik für die Menschen vor Ort und im Sinne der Vielfalt vor Ort machen. Wir wollen Politik machen, die das Ehrenamt stärkt, insbesondere auch vor Ort, und – das ist heute auch schon mehrfach angeklungen – wir sollten Politik machen mit Verantwortung, nicht nur vor Ort, sondern für die Gesamtbevölkerung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Was heißt das? Das heißt, dass auch dieser Senat, der bis zum 20. Februar amtiert, heute Vormittag die Gebührenanpassungen 2011 für städtische Dienstleistungen bekannt gibt. Das ist bestimmt nichts, was man als Politiker und als Senat gerne bekannt gibt, aber das heißt Verantwortung für die Stadt zu übernehmen. Und es heißt für uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute Nachmittag in

diesem Parlament auch einmal zu sagen, wo man bei den Gebühren vielleicht etwas zurückdrehen sollte, und das können wir mit diesem Antrag. Insofern bitte ich Sie um Ihre Zustimmung, damit wir gerade diejenigen, die sich vor Ort regen und engagieren, unterstützen können und Gebühren wieder auf ein solches Maß zurückführen, dass viele Stadtteulfeste von Kirchen und Gemeinden und anderen Initiativen stattfinden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die ganze Zeit überlegt, warum dieses Thema eigentlich zur Debatte angemeldet wurde.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Jetzt wissen Sie es aber!)

– Ja, weil Sie eine Wahlkreisrede halten wollten, Herr Hesse. Sehen Sie mal zu, dass Sie das bei YouTube einstellen, sonst ist es leider verpufft.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das kann ich mir vorstellen, dass es diese Probleme bei Ihnen nicht gibt, weil Sie sich um Ihren Wahlkreis nicht kümmern!)

Also in der Sache ist es okay, Herr Hesse. Aber es geht hier darum, eine Sonderregelung zu finden für nicht gewinnorientierte Stadtteulfeste. Darüber stundenlang zu debattieren, finde ich etwas abartig.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie können auch nur ätzen!)

Es zeigt im Grunde genommen, wie groß die Not bei der CDU offensichtlich ist, noch Themen zu finden, die sie anmelden kann.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Carola Thimm* SPD)

Immerhin, Herr Hesse, war es der CDU-geführte Senat, der genau vor einem Jahr – morgen ist der Jahrestag dieser Verordnung – diese Gebührenordnung erlassen hat. Haben sich denn erst jetzt Beschwerden eingestellt und Verzerrungen ergeben? Wohl nicht, sondern das war wahrscheinlich schon etwas länger Thema und da gab es sicher andere Gründe. Oder es war so, dass Weihnachten immer so plötzlich kommt und CDU und GAL plötzlich feststellten, dass sie offensichtlich einen Fehler gemacht haben. Das ist nur noch peinlich und belegt ein weiteres Mal, wie schlecht diese Stadt regiert wird.

Die CDU ist gerade dabei, alles über Bord zu kippen,

(Dr. Monika Schaal)

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sie treiben die letzten Sozis raus!)

was sie in den letzten zweieinhalb Jahren gemeinsam mit der GAL beschlossen hat. Hier hätte der CDU-Senat etwas Positives bewirken können, ohne sich vorher noch großartig von der Ex-Koalition auffordern zu lassen. Um eine Verordnung zu erlassen, Herr Hesse, das wissen Sie natürlich auch, brauchen Sie keinen Parlamentsbeschluss, sondern das kann der Senat alleine, denn die Ermächtigungsgrundlage ist da. Und dann forscht man natürlich nach den Motiven. Eines haben wir schon gefunden, Herr Hesse brauchte eine Wahlkreisrede.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Was hat denn das mit meinem Wahlkreis zu tun?)

– Das haben Sie doch selber gesagt.

(Jörn Frommann CDU: Haben Sie den Antrag mal gelesen?)

– Das habe ich natürlich gelesen.

Das Zweite ist doch, dass dieser Antrag genau eine Woche, nachdem Herr Frigge gegangen ist, auf den Weg gebracht wurde.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Wegen dieses Antrags ist er zurückgetreten!)

Daraus kann ich doch nur schließen, dass Herr Frigge offensichtlich nicht bereit war, diese kleine Änderung der Gebührenordnung vorzunehmen. Er war offensichtlich nicht bereit, in einem Fall Tarife sozial angemessen zu gestalten, weil die Gebührenerhöhungen auch ein wesentlicher Teil der Konsolidierungspolitik waren, aber ich will fair bleiben.

(Wolfgang Beuß CDU: Nee, das können Sie gar nicht, Frau Schaal!)

Ich kann mir vorstellen, Herr Hesse, dass die Abgrenzung zwischen kommerziellen und nicht kommerziellen Veranstaltungen auch bei Trägern eine Gratwanderung sein kann. Was ist denn ein nicht gewinnorientiertes Fest? Sind es nur die Feste der Freiwilligen Feuerwehr oder die des Deutschen Roten Kreuzes, Herr Krüger? Oder ist es vielleicht die Niendorfer Zukunftsmeile, die von einer lokalen Organisation veranstaltet wurde? Oder ist ein Fest gewinnorientiert, wenn der Veranstalter insgesamt Gewinne macht oder wenn nur einzelne Buden oder Schausteller überhaupt Gewinne machen? Um das alles sauber auseinanderzuhalten, muss man zwischen sozialen Trägern und kommerziellen Anbietern nach genauen Kriterien ordnen oder Sie geben halt der Verwaltung einen gewissen Spielraum, damit dort entschieden werden kann.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Dann lehnen Sie den Antrag bestimmt ab, nicht wahr, Frau Schaal?)

Dann darf die Feuerwehr ihre Bratwurst nur wenig teurer als im Einkauf anbieten, während der kommerzielle Anbieter um ein Vielfaches teurer sein wird, wie das so üblich ist. Aber eines muss natürlich berücksichtigt werden: Es darf nicht dazu führen, dass einzelne kommerzielle Anbieter unter dem Deckmäntelchen der Sozialverträglichkeit und der Gemeinwohlorientierung hohe Gewinne machen, während andere ehrlich sind und dann draufzahlen. Ansonsten gibt es nichts Gutes, außer man tut es. Wir stimmen zu, aber die Debatte war überflüssig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dafür, dass es eine überflüssige Debatte war, Frau Dr. Schaal, haben Sie ziemlich lange geredet.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben diesen Antrag gemeinsam beschlossen, wir stehen auch weiter dahinter und vielleicht kommen noch ein paar andere dazu. Man wird sehen, wie sich das entwickelt.

Bei der Umsetzung dieser Dienstleistungsrichtlinie der EU – der Senat hat sie vor einem Jahr angepasst, das haben Sie richtig gesagt, Frau Dr. Schaal – haben wir alle nicht gemerkt, was damit passiert ist; das betrifft uns in Gänze. Keiner hat gewusst, dass das zu Schwierigkeiten für die Veranstalter von Stadtteilsten oder Nachbarschaftsfesten führt, die das ehrenamtlich organisieren und betreiben und nicht gewinnorientiert sind. Jetzt sind Beschwerden gekommen und man kann darüber auch einmal ein paar Worte verlieren, weil das wichtige Dinge in der Nachbarschaft sind, wenn ein Straßen-, Quartiers- oder Stadtteilsten veranstaltet wird. Wenn sich Bürger in ihrer Nachbarschaft und für ihre Nachbarschaft engagieren, hat das auch etwas mit dem positiven Zusammenleben und der Identitätsbildung und -stiftung in dieser Stadt zu tun. Insoweit würde ich das positiv hervorheben wollen. Jetzt sehen wir aber, dass möglicherweise einige Feste auf der Kippe stehen, weil das Geld, das man sonst an Gebühren gespart hat, dafür verwendet wurde, eine Bühne zu bauen, eine Lautsprecheranlage aufzustellen und eine Band spielen zu lassen. Wenn man dort durch einen Nachlass helfen kann, ein solches Fest zu verwirklichen, wenn wir also einen solchen Antrag befürworten und auf den Weg bringen, dann sind wir schon auf der richtigen Seite. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat nunmehr Frau Baum.

Elisabeth Baum DIE LINKE:* Sehr geehrter Herr Präsident, geehrte Abgeordnete! Ich sehe auch keinen Grund, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

(Wolfgang Beuß CDU: Setzen!)

Ich stimme aber auch Frau Dr. Schaal zu, dass es hier nicht viel zu debattieren gibt. Ich hätte mir nur etwas mehr Konkretisierung gewünscht, was Sie genau in diese Sonderregelung hineingepackt haben wollen und wie sie aussehen soll. Trotzdem ist dieses Gesuch richtig und wir begrüßen es, aber wir werden trotzdem kritisch hinschauen, was daraus wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Monika Schaal SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt der Wirtschaftssenator.

Senator Ian Karan: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses spezielle Ersuchen an den Senat kann ich nachvollziehen. Unsere Stadt ist geprägt von vielen ehrenamtlichen und sozialen Veranstaltungen, die das Miteinander vor Ort erst lebens- und liebenswert machen. Das gilt insbesondere für die zahlreichen gemeinnützigen Vereine und Organisationen mit ihren vielen Helfern in den Stadtteilen. Es gibt viele Gründe, warum Menschen sich freiwillig engagieren. Sie haben Freude an der Arbeit für eine gute Sache,

(Barbara Ahrons CDU: Genau!)

sie lernen neue Menschen kennen oder möchten gemeinsam mit anderen etwas bewegen, sei es bei den freiwilligen Feuerwehren, Kirchengemeinden oder Nachbarschaftsfesten. Die jüngst ins Leben gerufene Aktion des Kollegen Wersich "Nachbarschaft verbindet!" lebt von dem Engagement aller Hamburgerinnen und Hamburger.

(Beifall bei der CDU)

Alle Bürgerinnen und Bürger Hamburgs, aber auch Vereine, Verbände, Institutionen und Vertreter der Wirtschaft sind aufgerufen, sich hieran zu beteiligen. Der Fantasie und Kreativität der Akteure sind keine Grenzen gesetzt. Traditionelle Veranstaltungen wie Kinderfeste, Fußballturniere oder Flohmärkte sind genauso willkommen wie Vorlese-Happenings oder gemeinsame Kochabende.

Jetzt komme ich zu der Gebührensseite. Wenn bei Veranstaltungen auch alkoholische Getränke konsumiert werden sollen, löst das nach dem Gaststättenrecht ein kleines Prüfverfahren nach Paragraph 12 Gaststättengesetz, zum Beispiel sichere Zuwegungen, Toiletten et cetera, in den Bezirksämtern aus. Für den Verwaltungsaufwand fällt ei-

ne Gebühr an. Die seit dem 1. Januar 2010 ange-setzte Fixgebühr von 115 Euro wird teilweise kritisiert. Das kann ich in manchen Fällen gut verstehen, aber unsere Verwaltung kann auch nicht komplett kostenlos arbeiten.

Im Senat sind wir dabei, eine Veränderung für nichtkommerzielle Veranstaltungen herbeizuführen, und zwar in Richtung einer niedrigeren Rahmengebühr. So soll eine ausgewogene Balance für unsere sozialen oder ehrenamtlichen Veranstaltungen erzielt werden, mit der am Ende, wie ich hoffe, alle Beteiligten gut leben können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer dem gemeinsamen Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/8070 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe dann den Punkt 26 der Tagesordnung auf, Drucksache 19/7876, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Leerstand bekämpfen – Änderung des Wohnraumschutzgesetzes und Stadtentwicklung mit Weitsicht, Wohnungsleerstand sinnvoll und beschleunigt beseitigen.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksachen 19/6963 (Neuf.):

Leerstand bekämpfen – Änderung des Wohnraumschutzgesetzes (Antrag der Fraktion der SPD)

und 19/7061: Stadtentwicklung mit Weitsicht: Wohnungsleerstand sinnvoll und beschleunigt beseitigen (Antrag der Fraktionen der CDU und GAL)

– Drs 19/7876 –]

Das Wort hat Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen über das Thema Wohnungsleerstand, ein Thema, das in den vergangenen Wochen und Monaten die Menschen in Hamburg durchaus bewegt hat und geradezu zu einem Symbol für die verfehlte Wohnungspolitik dieses Senats geworden ist. Die CDU als scheidende Regierungspartei hat es in neun Jahren nicht zustande gebracht, auch nur eine nennenswerte oder gar erfolgreiche Initiative in der Wohnungspolitik an den Start zu bringen. Das Ergebnis auf dem Wohnungsmarkt in Bezug auf Mieten und die Frage des Angebots an bezahlbarem Wohnraum ist bekannt und das haben wir hier vielfach diskutiert.

(Andy Grote)

(Hans-Detlef Roock CDU: Sprechen Sie doch einmal zur Sache; dies ist doch die alte Platte!)

Dann kam der 15. September, die Regierungserklärung von Bürgermeister Ahlhaus. Da sollte nun alles anders und besser werden, Wohnungsbau sollte ein politischer Handlungsschwerpunkt des Bürgermeisters werden und – ich muss hier gar nicht wieder den Begriff der Chefsache bemühen – er wollte persönliche Zeichen setzen. Das war vor drei Monaten. Was ist passiert? Gar nichts, keine einzige Maßnahme, keine Initiative, kein Stück mehr Förderung des Wohnungsbaus.

(Viviane Spethmann CDU: Was wollen Sie denn anders machen?)

Nun haben wir den Koalitionsbruch und nun bekommen wir wieder eine neue Geschichte erzählt. In den zweieinhalb Jahren Koalition sei vieles falsch gelaufen, es habe Blockaden gegeben, gerade auch im Wohnungsbau, aber schuld sei nicht die CDU, sondern schuld sei natürlich die GAL und die GAL-geführte BSU. Das werde sich nun aber alles ändern, jetzt gebe es CDU in Reinkultur, nun würden die Hemmnisse alle abgebaut und es gehe richtig voran beim Wohnungsbau. Insofern wäre natürlich heute der richtige Zeitpunkt gewesen – wenn man schon wie vorhin eine Agenda oder eine programmatische Aufzählung von Themen vorbringt –, einmal zu sagen, was denn die konkreten Hemmnisse waren, die nun abgebaut werden. Was sind denn die konkreten Maßnahmen, die jetzt noch angeschoben werden, wo die CDU ganz alleine und in ganzer Kraft und Pracht regieren kann? Nichts ist benannt worden und die Wahrheit ist, dass es keine Wohnungsbaupolitik des Bürgermeisters Ahlhaus und der CDU gibt. Die hat es in den ganzen Jahren nicht gegeben, das ist alles leeres Gerede. CDU pur im Wohnungsbau bedeutet Stillstand und nichts anderes. Sämtliche Ankündigungen in dem Bereich aus den letzten Wochen und Monaten zeigen, dass dieses Politikfeld wie andere auch zum Spielball Ihres politischen Niedergangs geworden ist, und das ist eine Schande gerade bei diesem Thema.

(Beifall bei der SPD)

Dabei wäre konkret der Leerstand ein Thema gewesen, bei dem es durchaus die Chance gegeben hätte, entschlossen und schnell zu handeln. Die Vorschläge der Mieterorganisationen und die Gesetzesinitiative der SPD lagen auf dem Tisch. Stattdessen werden Sie uns aber gleich wieder erklären, Herr Roock, davon gehe ich fest aus, dass es eigentlich gar kein Problem gebe beim Wohnungsl Leerstand,

(Hans-Detlef Roock CDU: Richtig!)

dass es spekulativen Leerstand gar nicht gebe und falls es ihn doch gebe, man jedenfalls nichts mit den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen tun

könne. Tatsächlich haben wir einen erheblichen Missstand in dem Bereich. Wir haben vielfach Leerstand von Mietwohnungen trotz oder möglicherweise auch gerade aufgrund äußerster Wohnungsknappheit. Er tritt gerade in den Teilen der Stadt besonders auf, wo wir die größten Versorgungsprobleme haben. Die Meldungen der Mietervereine, was Leerstand angeht, haben drastisch zugenommen. Sie kennen alle die ausführlichen Medienberichte über Vermieter im Schanzenviertel und anderswo, die gleich zu Dutzenden Wohnungen über Monate, zum Teil über Jahre leer stehen lassen, und wir können feststellen, dass wir keine ausreichende Handhabe haben. Es gibt kaum erfolgreiche Fälle, in denen entsprechend vorgegangen wird, obwohl längerfristiger Leerstand eine Zweckentfremdung ist. All das ist in der Bevölkerung nicht mehr vermittelbar. Es gibt gerade zunehmenden Protest, der sich gegen das Thema Leerstand richtet. Es gibt ganze Internetportale, die sich unter der Überschrift Leerstandsmelder dieser Thematik widmen, und diese Eigeninitiative hat natürlich auch viel damit zu tun, dass dem Senat in diesem Bereich schlicht nichts mehr zuge-
traut wird, und das zu Recht.

Unsere Initiative zur Verschärfung des Wohnraumschutzgesetzes haben Sie abgelehnt; wir haben das im Ausschuss ausführlich diskutiert. Der GAL/CDU-Antrag ist punktuell durch Übernahme eines unserer Vorschläge etwas verbessert worden. Wir haben dem auch zugestimmt, das ist besser als nichts. Es geht natürlich bei Weitem nicht weit genug und ein Prüfauftrag ist auch völlig unzureichend, gerade jetzt, wo wir alle wissen, dass dieser Senat mit Sicherheit gar nichts mehr prüfen wird und auch insgesamt in der Wohnungspolitik nichts mehr bewegen wird.

Wir brauchen deshalb eine verlässliche, langfristig angelegte stabile Wohnungs- und Wohnungsbau-förderungspolitik mit klaren Prioritäten in Richtung bezahlbaren Wohnraum. Darauf wird es ankommen in der Regierungsarbeit des Senats nach dem 20. Februar und ich kann beim besten Willen nicht erkennen, welchen Beitrag die CDU dazu noch leisten könnte oder dazu bereit wäre. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Grote, im ersten Teil haben Sie nicht zur Sache gesprochen, sondern wiederum eine alte Platte aufgelegt. Ich habe in diesem Hause schon einmal gesagt, dass das größte Problem in der Wohnungsbaupolitik Sie sind. Hier fordern Sie mehr Wohnungen ein und vor Ort organisieren Sie die Widerstände gegen den Woh-

(Hans-Detlef Roock)

nungsbau. So kann man Wohnungsbaupolitik nicht glaubwürdig vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Nun zur Sache, Herr Grote. Wir haben am 20. Oktober Ihren und unseren Antrag im Stadtentwicklungsausschuss ausführlich beraten. Unser Antrag zielte darauf ab, darauf hinzuwirken, außerhalb einer Gesetzesänderung zu einer Verfahrensbeschleunigung bei der Abhilfe von Leerständen zu kommen. Sie versuchten, mit Ihrem Antrag – das haben Sie eben auch sehr schön erkannt – ein Problem aufzuzeigen, welches in dieser Form aber keines ist. Da Sie nun einmal den Wohnungsbau zu Ihrem Schwerpunktthema erklärt haben, wärmen Sie Ihre ähnlichen Initiativen von 2008 und 2009 noch einmal auf, die aber damals aus guten Gründen von uns abgelehnt worden sind.

(Zuruf von Andy Grote SPD)

Deswegen haben wir uns zunächst gefragt, was das eigentlich soll, denn durch permanente Wiederholung wird die Sache insgesamt nicht richtiger. Mit Ihrem Antrag warfen Sie im Hinblick auf Wohnungsleerstände zwei Fragen auf, erstens, ob das Hamburger Wohnraumschutzgesetz ausreichend angewandt wird, und zweitens, ob das Gesetz einer Verschärfung bedarf. Auf die Frage der Anwendung des Gesetzes sind Sie jedoch in Ihrem Antrag überhaupt nicht eingegangen.

(Andy Grote SPD: Das hätten Sie längst tun können!)

Ihr Antrag enthielt lediglich Vorschläge für eine Gesetzesänderung und eine gegebenenfalls erforderliche personelle Aufstockung der Wohnraumschutzabteilung in den Bezirken. Einleitend stellen Sie Thesen auf, denen nur zum Teil gefolgt werden kann. Konsensfähig ist, darüber brauchen wir gar nicht zu streiten, dass in den letzten Jahren zu wenig Wohnungen gebaut worden sind. Das ist nicht neu und auch schon in vielen Debatten in diesem Hause angesprochen worden. Aber der Ableitung, dass es dadurch zu weiter anziehenden Mieten kommt, kann so pauschal nicht gefolgt werden. Nach dem Hamburger Mietenspiegel 2009 war für die zwei zurückliegenden Jahre nur ein moderater Mietenanstieg zu verzeichnen, der geringfügig über dem Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten lag. Diese These ist schlichtweg falsch.

Bei den Angebotsmieten gibt es hingegen einen deutlichen Anstieg von circa 5 Prozent, das ist unbestreitbar zu verzeichnen, aber diese Angebotsmieten, das müssen Sie auch einmal ein bisschen differenzieren, umfassen nicht die großen Bestandshalter wie SAGA, GWG und einige Genossenschaften, bei denen unterstellt werden kann und es tatsächlich auch so ist, dass viele Wohnungen preisgünstiger vermietet werden. Zusammenfassend kann daher keine pauschale Aussage

über das gesamte Mietpreisniveau gemacht werden. Da haben Sie Ihrem Fraktionsvorsitzenden vorhin auch etwas Falsches für seine Debatte aufgeschrieben, Herr Grote.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Bei uns werden die Reden noch selbst geschrieben, das mag bei Ihnen anders sein!)

Richtig ist, dass innerstädtisches Wohnen zunehmend beliebt ist. Dies schlägt sich auch in den dort verlangten Mieten nieder. Richtig ist auch, dass es in den vergangenen Monaten Berichte über Wohnungsleerstände zum Beispiel im Schanzenviertel gegeben hat. Trotz des Hinweises darauf, dass es berechnete Gründe für diese Leerstände geben mag, nahmen Sie sie als Aufhänger für die Frage nach der ausreichenden Anwendung sowie nach der Verschärfung des Hamburger Wohnraumschutzgesetzes. Da haben Sie es sich zu einfach gemacht, weil Sie auch nicht den Beweis antreten konnten, dass es in jedem Einzelfall eben keine berechtigten Gründe für den Leerstand gab, und diesen Beweis haben Sie auch in den Beratungen des Stadtentwicklungsausschusses nicht antreten können.

Meine Damen und Herren! Ich will im Einzelnen nicht auf die vorgeschlagenen Änderungen eingehen, die wir in der Vergangenheit und kürzlich im Stadtentwicklungsausschuss schon ausführlich beleuchtet haben. Wir müssten dann schon eine stundenlange Fachdebatte führen,

(Jan Quast SPD: Eine Fachdebatte scheuen Sie ohnehin, weil Ihnen die Fachleute fehlen!)

die heute fehl am Platze und keinem zuzumuten ist, weil wir das hier auch schon mehrfach durchgekaut haben. Wir waren im Ausschuss bereit, darauf hinzuwirken, wie man außerhalb einer Gesetzesänderung zu einer Verfahrensbeschleunigung bei der Abhilfe von Leerständen kommen kann. Wir haben uns gleichermaßen darauf verständigt, das Petitum unseres Antrags zu ergänzen. Sie haben das eben schon erwähnt, ich brauche es nicht zu wiederholen, Herr Grote. Das ist der richtige Weg zur Lösung eines kleinen Problems. Damit werden Sie aber das Problem ausreichenden bezahlbaren Wohnraums, das Sie eingangs angesprochen haben, nicht lösen. Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch,

(Andy Grote SPD: Welche waren das noch einmal?)

ob Sie sie nun akzeptieren oder nicht. Wir warten jetzt auf Ihre Vorschläge, denn bislang ist von Ihnen noch nicht viel gekommen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte mich schon gefragt, aus welchem Grund ausgerechnet diese Debatte von der SPD angemeldet worden ist, nachdem wir das hier und auch im Stadtentwicklungsausschuss schon debattiert hatten. Meine Fantasie, warum Sie das Thema angemeldet haben, hat sich letztlich bewahrheitet. Sie wollen die Gelegenheit nutzen, im Wahlkampf noch einmal auf dieses Thema draufzuschlagen, und das haben Sie auf eine Art und Weise gemacht, die so wenig mit Inhalten befrachtet ist, wie es Ihnen eigentlich nicht zukommt. Sie wissen mehr, als Sie in Ihrem Beitrag gesagt haben, Herr Grote. Das finde ich ein bisschen schade, weil Sie auch wissen – wir haben das x-mal durchgekauft –, dass wir uns in einer schwierigen Wohnungsmarktsituation befinden und ein Umsteuern brauchen, nachdem jahrelang zu wenig gemacht worden ist, und das geht nicht von heute auf morgen. Auch wenn die SPD am 20. Februar gewählt sein sollte, dann stehen am 21. Februar nicht plötzlich viele Wohnungen bereit. Die Erfahrung werden Sie machen.

(Andy Grote SPD: Aber zwei Jahre später schon!)

Es ist auch in der Zeit dieses Senats eine ganze Menge gemacht worden, um umzusteuern. Wir haben die SAGA wieder als Bauherrn aktiviert, wir kaufen für die Wohnungsnotfälle Belegungsbindungen an und wir haben einen Wohnungsbaukoordinator eingesetzt. Auch das Flächenmanagement ändert sich, in den Bezirken werden die Baulücken gescannt und es werden sogar Grundstücke gescannt, die noch nicht einmal am Markt sind, sondern für die vielleicht irgendwann Entwicklungspotenzial da sein wird. Wir haben die Grundlagen dafür mit dem Wohnungsbauentwicklungsplan geschaffen und da ist jetzt einiges in Gang gekommen, das dann hoffentlich in Zukunft greifen wird. Sollten Sie in Zukunft die Verantwortung tragen, dann freue ich mich darauf, wenn von Ihnen auch wirklich große Taten folgen. Aber wie Sie diese großen Taten vollbringen wollen, das haben Sie bis jetzt nicht erzählt. Zu den Maßnahmen, die wir als Schwarz-Grün beschlossen haben, haben wir uns gemeinsam beraten lassen und eigentlich in vielen Punkten auch sehr große Übereinstimmung erzielt. Wir haben Experten als Ratgeber gehabt und diese haben dieselben Maßnahmen vorgeschlagen, die wir dann hinterher als machbar empfunden haben. Klappern gehört zum Handwerk, aber Sie übertreiben, wenn Sie so tun, als ob Sie hier Lösungen parat hätten. Die haben Sie nämlich nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich möchte auf den eigentlichen Beratungsinhalt, der auf der Tagesordnung steht, zurückkommen. Es geht um spekulativen Wohnungsleerstand und darüber sollten wir reden. Wohnungsleerstand ist

bei einem Mieterwechsel oder bei Renovierungen relativ normal. Worüber wir uns aufregen, und das auch zu Recht, ist spekulativer Wohnungsleerstand. Gerade in der jetzigen Situation ist jeder Fall einer zu viel. Die von Ihnen vorgeschlagene Lösung war eine Änderung des Wohnraumschutzgesetzes. Wir hatten eine andere Auffassung. Wenn man den Leuten sagt, dass man das Gesetz ändert, dann denken viele, dass sich da ganz viel ändert. Aber wir sind auch heute nach dem Ende der Koalition immer noch der Meinung, dass das nicht der richtige Weg ist, weil es auf der Handlungsebene nicht zum Erfolg führt. Wir wissen, dass es an den entsprechenden Stellen in den Bezirken eine oder vielleicht auch zwei Personen gibt, die mit der Bearbeitung befasst sind. Wenn sie jetzt Dutzende Meldungen über Leerstand, bedingt durch irgendwelche Maßnahmen, auf den Tisch bekommen, dann müssen sie diese Papierflut bearbeiten mit dem Ergebnis, dass 90 Prozent dieser Meldungen völlig korrekt und rechtmäßig sind. Es ist wesentlich effektiver, wenn diese wenigen Kräfte, die wir haben und die auch nicht mehr werden, konkret Anzeigen nachgehen, die vorgebracht werden, weil Leerstände auffällig geworden sind. Das ist an dieser Stelle wesentlich wirkungsvoller.

(Beifall bei Jörn Frommann CDU)

Als zweiten Punkt schlagen Sie vor, die Vermieter bei längeren Leerständen dazu zu verdonnern, Zwischenvermietungen vorzunehmen. Auch wir glauben nicht, dass es greift, denn ein Vermieter, der bestimmte spekulative Motive beim Leerstand des Wohnraumes verfolgt – also Umwandlung in Wohneigentum oder sein Haus verwahrlosen lassen, um es später abzureißen –, wird in einer solchen Situation immer ein Argument finden, warum es nicht zu einer Zwischenvermietung kommen muss. Deswegen ist Ihr Vorschlag zwar gut gemeint, geht in die richtige Richtung und stellt ein gewisses Drohpotenzial dar, aber wenn jemand tatsächlich ordnungswidrig handeln will, wird er das so machen können, dass man ihn ganz schwer greifen kann. Die Androhung von Bußgeldern ist keine wirkliche Abschreckung, wenn jemand spekuliert. Unseren Vorschlag, die Möglichkeit einer öffentlichen Unterbringung zu prüfen, was man dann auch ins Gesetz schreiben müsste, halten wir für einen wesentlich größeren Druck, den man an dieser Stelle auf die Eigentümer ausüben kann. Deswegen stehen wir nach wie vor zu dem Ergebnis dieser Ausschussberatungen und werden dem hier auch zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist unstrittig,

(Dr. Joachim Bischoff)

dass man in der Abstimmung Teilen dieses Antrages folgen wird. Herr Grote hat es zwar nicht genau so gesagt, aber es ist sehr deutlich geworden, dass die SPD eine Veränderung der gesetzlichen Bedingungen erreichen will, was wir unterstützen. Sie haben eben noch einmal gesagt, dass das mit Ihnen nicht zu machen ist, und haben insofern einen kleinen Passus mit aufgenommen.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind – und ich nehme an, die SPD auch – sehr skeptisch, ob bei dieser Sache etwas herauskommen wird, aber wir stimmen diesem Punkt selbstverständlich zu.

Der zweite Punkt, Herr Becker und Herr Roock, um den es jetzt noch einmal geht, ist, ob wir da überhaupt ein Problem haben. Offensichtlich leben wir in unterschiedlichen Stadtvierteln oder vielleicht auch in unterschiedlichen Welten. Ich möchte kurz aus dem Newsletter eines Mietervereins vom 30. November zitieren, der nämlich gerade den Leerstand von weiteren 60 Wohnungen angezeigt hat.

"Seit unserer letzten Leerstandsanzeige im August 2010 ist nicht viel passiert: Hundert Wohnungen hat [der Verein] MhM in den letzten Monaten als leerstehend gemeldet. Senat und Bezirke ignorieren das Problem, derweil selbst in gefragten Lagen wie im Schanzenviertel Wohnraum über längere Zeit leersteht."

Genauso wie zum Thema Mietpreisentwicklung lesen wir offensichtlich ganz unterschiedliche Zeitungen. Meine Wahrnehmung ist jedenfalls, dass Leerstand wie auch Mietpreissteigerungen momentan in dieser Stadt ein großes Problem sind. Der Hintergrund ist, dass wir ein Defizit an preiswerten Neubauwohnungen haben, der sich über Jahre aufgebaut hat, auch wenn Sie in den letzten Jahren immer erklärt haben, Sie würden eine Offensive starten; Herr Becker hat das wieder so vorgebracht. Ich kann allerdings nicht erkennen, wo da die Offensive ist. Herr Becker, Sie sagen, Sie hätten die SAGA GWG aktiviert, aber wenn ich das richtig deute, bekommen wir in diesem Jahr 2010 keine einzige neue Wohnung von diesem Verein. Unter Aktivierung stelle ich mir doch etwas völlig anderes vor.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern kann man jetzt nur feststellen – und es ist wichtig, das in dieser Debatte noch einmal festzuhalten –, dass Hamburg eine Reihe von Problemen hat, dass aber preiswerte Wohnungen, und dann auch noch für Problemgruppen oder für Notunterkünfte, in dieser Stadt ein massives Problem darstellen. Wir werden morgen noch einmal darauf kommen. Ich habe mich bei Ihrem Beitrag, Herr Becker – der war in der Tat genauso wie in den

letzten zwei Jahren –, dauernd gefragt, was wird sich denn ändern, wenn Sie zusammengehen und im März etwas auf den Weg bringen? Ich bin sehr dafür, dass wir eine Initiative zur Stärkung des Wohnungsbaus hinbekommen. Ich habe auch mehrfach im Ausschuss und hier im Plenum gesagt, dass es im Grunde optimal wäre, wenn wir das sogar parteienübergreifend als gemeinsame große Aufgabe sehen würden, weil die Lage hier so defizitär ist und es sich an diesem Punkt nicht lohnt, sich in parteipolitischen Strategien zu verhalten.

Ich kann nur an Sie als GAL appellieren, sich dieses Problem noch einmal vorzuknöpfen. Wenn es nach vorne gehen soll, dann muss sich das als Aufbruch darstellen und nicht von vornherein wieder so, wie wir das mit Herrn Ahlhaus gewohnt sind. Dann haben Sie die Chance, wirklich etwas Neues anzupacken. Und Sie können sicher sein, dass wir das unterstützen werden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 27 auf, Drucksache 19/7990: Bericht des Stadtentwicklungsausschusses zum Thema Winterdienst.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses zum Thema:

Winterdienst (Selbstbefassungsangelegenheit) – Drs 19/7990 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/8176 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der CDU:

Einsatz von Tausalzen und tausalzhaltigen Mitteln bei besonderen Gefahrenlagen zulassen – Drs 19/8176 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Frommann, bitte.

Jörn Frommann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kein Thema kann vielleicht aktueller sein als dieses. Vor wenigen Wochen haben wir noch darüber debattiert und jetzt hat uns der Winter tatsächlich fest im Griff. Während Herr Buschhüter am 10. November noch meinte, es wäre die Hoffnung auf eine Verbesserung, hat sich in den vergangenen Tagen gezeigt, dass mit dem neuen Winterdienstkonzept eine wirkliche Verbesserung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt in Kraft getreten ist.

(Beifall bei der CDU)

(Jörn Frommann)

Die Drucksache selbst haben wir – wir erinnern uns in diesen Tagen natürlich alle an den vergangenen Winter – als Konsequenz eines bürgerchaftlichen Ersuchens im Februar dieses Jahres beschlossen, im Oktober bereits wieder im Stadtentwicklungsausschuss beraten und dann anschließend kurz in einer Aktuellen Stunde.

Ich will noch einmal auf die wesentlichen Merkmale hinweisen, die dieses neue Konzept beinhaltet. Eines davon ist die Zentralisierung der Maßnahmen und Aufgaben hin zur Stadtreinigung und weg von den Bezirken. Und wer heute durch die Straßen fährt, wird trotz des Wetterumschwungs ganz deutlich sehen, dass sich diese Zentralisierung gelohnt hat. Zentralisierung kann in solchen Fällen also auch deutlich eine Verbesserung und Bürgerfreundlichkeit bedeuten.

(Beifall bei der CDU)

Die Wirkung der Maßnahmen ist zu erkennen, genau das, Herr Buschhüter, was Sie damals noch bezweifelt haben. Wir haben natürlich nicht nur theoretisch daran gearbeitet, sondern in der Konsequenz sind jetzt auf den Gehwegen, die in unserer Stadt ungefähr 1400 Kilometer ausmachen, die positiven Effekte sichtbar. Das gilt auch für die Bushaltestellen; dort ist es natürlich auch farblich im Moment besonders deutlich zu erkennen. Wir haben damit die Nutzbarkeit des ÖPNV in allen Bereichen gesichert. Die Radwege sind in dem neuen Konzept enthalten und wir haben eine verbesserte Kontrolle der Anlieger vorgesehen. Diese verbesserte Kontrolle wird nunmehr im Bereich der Bezirksämter die Hauptaufgabe werden und ich bin wirklich gespannt, ob sie dieser Kontrolle dann auch nachkommen können, um sichere Wege für die Bürger auch im privaten Bereich zu gewährleisten.

Weitere Maßnahmen sind unter anderem natürlich die bessere Informationspolitik gegenüber den Anliegern selbst, aber auch eine Task Force für solche Bereiche, wo es selbst in solchen Phasen etwas schwieriger werden könnte. Nichtsdestotrotz haben wir die Anliegerverantwortung, die nach wie vor bestehen bleibt, und werden das, wie eben angedeutet, auch weiter unter Beobachtung halten.

Insgesamt hat der Senat mit dieser Maßnahme zusätzliche Ausgaben pro Winter von rund 2 Millionen Euro eingestellt, das heißt, dass wir insgesamt im Jahr rund 10 Millionen Euro für den Winterdienst ausgeben werden. Ich wiederhole: Streckenerweiterungen, Streustoffsilos, Management bei der Stadtreinigung und die Vorhaltekosten von 120 weiteren Fahrzeugen für die Stadtreinigung machen es möglich, dass Hamburg auch im Winter auf den Straßen und Wegen sicher ist. Hamburg ist eine bürgerfreundliche Stadt und wird es unter der CDU auch weiter bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Buschhüter, Sie haben das Wort.

Ole Thorben Buschhüter SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie schon einige Vordredner bei anderen Debatten habe ich mich auch gefragt, warum wir ausgerechnet dieses Thema heute debattieren müssen,

(Jörn Frommann CDU: Wegen des Zusatzantrags! Weil Sie jetzt die Praxis haben!)

nachdem wir vor einem Monat schon genau darüber gesprochen hatten. Es lag zwar der Bericht noch nicht vor, aber die Ergebnisse schon. Ich möchte deshalb auch nur etwas zu dem Zusatzantrag sagen, zu dem Sie im Prinzip überhaupt nichts gesagt haben; vielleicht kommt das noch. Was das andere betrifft, so habe ich zu dem, was ich vor einem Monat gesagt habe, nichts hinzuzufügen.

Ich halte das, was Sie heute als Zusatzantrag vorlegen, für Wahlkampfgetöse.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist wirklich das einzig Neue, was hier heute zu debattieren wäre, und die Idee ist auch nicht neu. Sie tun so, als wäre das etwas ganz Neues. In Wirklichkeit hat die Kollegin Dr. Hochheim schon im August danach gefragt. Sie wird vielleicht gleich noch etwas dazu sagen und uns auch erzählen können, dass der Senat das, was Sie heute fordern, nämlich eine Prüfung der Lockerung des Tausalzverbots, bereits im September in der Senatsantwort angekündigt hat; übrigens damals noch mit der GAL-geführten Stadtentwicklungsbehörde.

(Jörn Frommann CDU: Ist das jetzt gut oder schlecht? Wollen Sie jetzt Tausalz?)

Nun kann man natürlich Zweifel haben, ob alles, was diese Behörde ankündigt, auch tatsächlich umgesetzt wird. Solche Zweifel haben wir auch, aber gerade in diesem Punkt sieht es wohl anders aus.

Ihr Antrag zielt aus unserer Sicht in die falsche Richtung. Wenn Sie den Senat auffordern, etwas zu prüfen, was er schon geprüft hat, dann ist das überflüssig. Sie sollten ihn lieber auffordern, das Ergebnis seiner Prüfung vorzulegen.

Ich will Ihnen einmal berichten, was Experten zu dem Thema sagen. Erstens wird seit 2006 in Hamburg ein Monitoring an ausgewählten Straßenbäumen durchgeführt, um zu prüfen, welche Auswirkungen der Salzeinsatz im Winter auf die Bäume hat. Es gibt Vitalitätsuntersuchungen, es werden Blattanalysen gemacht und so weiter. Im Jahr 2011 soll dieses Monitoring abgeschlossen sein.

(Jörn Frommann CDU: Derweil brechen sich alte Leute die Haxen!)

(Ole Thorben Buschhüter)

Erst dann will man mitteilen, ob man das machen kann oder nicht. Es ist nicht so, dass man dem nicht in gewisser Weise aufgeschlossen gegenüber stünde, aber man kann nicht erst sagen, man will ein Monitoring einführen und Daten erheben, ob das mit dem Tausalz geht oder nicht, und dann das Ganze vorzeitig abbrechen und politische Schlüsse daraus ziehen. Sie müssen doch anerkennen, dass gerade in Deutschland und in Hamburg besonders viele tausalzempfindliche Bäume stehen. Da können Sie nicht einfach sagen, das machen wir jetzt. Es gibt zudem noch Studien vom Bundesumweltamt, die besagen, dass der Einsatz von Streusalz gar keine zusätzliche Verkehrssicherheit bedeutet. Aber darum geht es Ihnen doch und das ist an sich auch richtig.

(Jörn Frommann CDU: Eben!)

Aber wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass Schneeräumen und das Streuen von salzfreien und abstumpfenden Mitteln wie Sand genauso wirksam ist wie Streusalz, dann muss man sich nicht für das Mittel entscheiden, was unsere Straßenbäume so sehr schädigt.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen ist es heute schon so, dass trotz des Verbots von Streusalz oder Tausalz auf Gehwegen gestreut wird und dass dies gar nicht richtig überwacht werden kann. Man muss einfach davon ausgehen, dass es passiert.

(Jörn Frommann CDU: Haben Sie das gesehen? Haben Sie das zur Anzeige gebracht?)

Und nach dem heftigen Salzeinsatz im letzten Winter auf den Fahrbahnen, wo es zulässig ist, hat man schon feststellen können, dass die Bäume sehr darunter gelitten haben.

Ich will Ihnen jetzt auch sagen, woher diese Erkenntnisse kommen, Herr Frommann. Sie reden immer so schön dazwischen, aber das habe ich nicht bei irgendeinem Umweltverband abgeschrieben, sondern es stammt – ich muss das jetzt sagen, weil Sie es überhaupt nicht wahrhaben wollen – aus einem Senatsdrucksachenentwurf, wo genau diese Forderung, man möge das überprüfen, schon beantwortet wurde. Das Ergebnis der Behörde liegt vor und Sie sollten lieber das vorlegen, was ich eben vorgelesen habe, und nicht so tun, als gäbe es etwas ganz anderes.

(Beifall bei der SPD)

Es passt in das Bild, das Sie in den letzten zwei Wochen abgegeben haben. Ich sagte es eben schon, es ist Wahlkampfgetöse und heiße Luft. Es passt auch genau in das Bild, wenn der Erste Bürgermeister sagt, das war im letzten Winter alles ganz schlimm, weil die Hajduk zu wenig Streusalz eingesetzt hat. Das ist wirklich lächerlich und einfach nur peinlich.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie sind peinlich, Herr Buschhüter!)

Wir werden es morgen sehen. Es wird angekündigt, dass es morgen zehn Zentimeter Neuschnee geben wird. Dann kann der Rumpfsenat, dann können Sie zeigen, ob Sie es wirklich im Griff haben oder ob sich das Eischaos des letzten Winters wiederholen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel: Die Abgeordnete Gregersen hat das Wort.

Martina Gregersen GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will das nicht alles wiederholen, aber fangen wir doch einmal an. Wir haben bereits in der vorletzten Bürgerschaftssitzung über den Winterdienst gesprochen. Aber gehen wir doch noch einmal auf die Neuerungen ein und sehen uns die an, die jetzt in der Praxis greifen.

Betrachten wir einmal den Antrag der CDU. Das Salzstreuen ist nicht, wie der Bürgermeister vor einigen Tagen Anja Hajduk in den Medien vorgeworfen hat, aus ideologischen Gründen verboten worden, sondern wenn man das im Hamburgischen Wegegesetz nachschlägt, durften Streusalz, Tausalze schon seit 30 Jahren auf Gehwegen in Hamburg keine Anwendung mehr finden.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD)

Von daher ist diese Behauptung, das sei eine grüne, vielleicht auch etwas spinnerte Idee, lächerlich und faktisch völlig falsch.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Wenn wir in andere Städte blicken, dann sehen wir, dass eine ganze Reihe Städte, auch die anderen großen Metropolen wie Berlin oder München, ein absolutes Verbot des Einsatzes von Tausalzen auf Gehwegen erlassen haben. Und das macht auch Sinn, denn worauf sind die Hamburger stolz? Auf den Michel, die Alster, ich will das Nächste nicht sagen, aber vor allem auf die vielen Bäume und dass ihre Stadt so eine grüne Metropole ist. Genau dazu dient auch der Schutz vor dem Salz, denn vor allem leiden darunter die Straßenbäume. Das Salz verdichtet den Boden, verdrängt wichtige Nährstoffe und erhöht den PH-Wert. Das von den Bäumen aufgenommene Salz führt später zum Absterben der Blätter von den Blatträndern her

(Jörn Frommann CDU: In welcher Mischung denn?)

und zu frühzeitigem Laubabfall. Tausalze belasten darüber hinaus das Grundwasser und führen zu

(Martina Gregersen)

Korrosionsschäden an Autos, Brücken und was immer sich im Straßenraum befindet.

(Wolfgang Beuß CDU: Frau Gregersen, seit wann sorgen Sie sich um Autos?)

Und sie führen obendrein noch zu schmerzenden Tierpfoten.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das stimmt!)

Abstumpfendes Granulat ist die Alternative und dazu eignet sich einiges. Wer aus dem letzten Winter gelernt hat, könnte zum Beispiel mit Kaminasche, Sägespänen oder Sand auch privat vorsorgen; es geht wirklich sehr viel.

Zu beachten ist natürlich auch, dass die echte Extremsituation mit Blitzeis nur sehr selten vorkommt und dass zudem der Gefrierpunkt des Salzes dabei so negativ wirkt, dass es gar nichts bringt, weil es zum Antauen und Wiedervereisen führt. Von daher ist es wirklich problematisch zu sagen, da sollte nicht der Schnee geräumt und kein abstumpfendes Material gestreut werden, sondern einfach nur Tausalz. Damit bewirken wir eine Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger. Die wissen dann gar nicht mehr, ob Salzstreuen eigentlich noch erlaubt ist oder verboten.

Ehrlich gesagt ist es schon erstaunlich, dass im letzten Winter Baumärkte mit großen Schildern warben, Salz sei wieder eingetroffen. Das Salzstreuen auf Gehwegen ist untersagt und es kann auch nicht sein, dass wir das für einige Tage oder Situationen aufweichen.

(Jörn Frommann CDU: Nur im Winter!)

Das führt zu Fehlinterpretationen der Bürgerinnen und Bürger. Von daher muss man einfach frühzeitig handeln. Es wäre schön, wenn die Bezirksämter das überwachen würden und wenn die CDU dazu beitragen würde, dass Hamburg auch in Zukunft eine grüne Metropole bleibt. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

(Jörn Frommann CDU: Hacki hat das Salz in der Tasche!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin begeistert über dieses Thema und die große Aufmerksamkeit dieses Hauses dazu.

(Beifall bei Thomas Böwer SPD)

Ich habe eigentlich ein kurzes Kolloquium zu den Fragen der Eiskristalle vorbereitet und der Salze, wie sie darauf wirken. Ich bin mir nicht so ganz sicher, ob dies dafür der richtige Ort ist. Ich möchte erst einmal damit anfangen, dass ich es mutig von

der CDU finde, dieses Thema angemeldet zu haben.

(Thomas Böwer SPD: Der Mut der Verzweiflung!)

Ich kann mich daran erinnern, dass Sie im letzten Winter praktisch darauf ausgerutscht sind. So richtig hingefallen sind Sie dann erst im Dezember, aber das war in gewisser Weise einer der wichtigen Anfänge davon, dass Sie auf diesem Eis ausgerutscht sind. Die gegenwärtige Situation mit dem Tausalz sehe ich – das ist eigentlich von meinen beiden Vorrednern schon angesprochen worden – eher als Ausdruck einer Panikattacke des Bürgermeisters oder der CDU, ein typisches CDU-Thema noch setzen zu können, nicht nur Polizeiorchester und Pferdestaffel, sondern auch noch Tausalz dazu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Dr. Hochheim hat das Wort.

Dr. Natalie Hochheim CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es schon interessant, wie Sie mit diesem sensiblen Thema doch relativ locker umgehen. Es ist überhaupt kein Wahlkampfgetöse, sondern Herr Buschhüter hat schon zu Recht gesagt, dass wir das Thema im August in der Koalition behandelt haben. In Wirklichkeit bewegen wir es schon seit über einem Jahr, als wir nämlich einen Winter hatten, wie es ihn in der Form in den letzten zehn Jahren nicht gab, und als viele ältere Menschen, die hier bislang überhaupt keine Erwähnung fanden, gefallen sind. Es gab schwere Stürze, die dazu führten, dass die Menschen ins Altenheim mussten und dort teilweise ein schweres Schicksal hatten. Damit stand infrage, ob man das Gesetz überprüft beziehungsweise ob es irgendwelche Ansätze gibt, wie man die Stadt sicherer machen kann. So habe ich mir das Hamburgische Wegegesetz angesehen und festgestellt, dass Salz auf den Gehwegen überhaupt nicht erlaubt ist. Festzuhalten ist – man könnte fast meinen, dass man überhaupt kein Salz streuen dürfe in der Stadt, aber das stimmt gar nicht –, dass auf der Straße Salz gestreut wird. Dass die Autos diese Sicherheit haben, das finden Sie als Rot-Grün und LINKE in Ordnung.

(Thomas Böwer SPD: Das ist doch etwa keine opportunistische Wegelagererei?)

Für die Gehwege finden Sie es nicht in Ordnung, dass für die Fußgänger Salz gestreut werden darf.

(Thomas Böwer SPD: Und das wollt Ihr jetzt in Hamburg umsetzen?)

Des Weiteren darf ich nach der jetzigen Gesetzeslage auf privaten Grundstücken so viel Salz streuen

(Dr. Natalie Hochheim)

en wie ich möchte. Wenn er möchte, kann der Eigentümer ganze Salzberge anhäufen, das ist alles erlaubt. Auch dazu haben Sie nichts gesagt. Zum anderen ist es mitnichten so, dass das vollkommene Streuverbot, wie wir es in Hamburg haben, bundesweit Anwendung findet. Bundesweit gibt es sehr unterschiedliche Regelungen, von absoluter Liberalität beim Salzstreuen bis zum anderen Extrem wie hier in Hamburg.

Ich meine, dass eine Regelung vernünftig wäre, wie sie in Hannover Anwendung findet. Dort ist im Gesetz ein Ausnahmetatbestand vorgesehen und bei Blitzeis gibt der Staat, die Stadt Hannover, eine Nachricht an die Medien heraus, dass vorübergehend Salz gestreut werden darf, um die Sicherheit insbesondere der älteren Bürger zu erhöhen; danach ist dann das Salzstreuen grundsätzlich wieder verboten. Ich halte diesen Ansatz für abgewogener und angemessener. Es bleibt alles in Staats-hand, es entstehen dadurch gar keine Gefahren, aber die Sicherheit insbesondere für die älteren Leute ist wesentlich besser gewährleistet.

(Beifall bei der CDU)

Die Fachleute sind sich im Übrigen nicht so einig, wie Sie es darstellen. Das sieht man einmal daran, dass es bundesweit ganz unterschiedliche gesetzliche Regelungen gibt. Zum anderen sieht man es an den Pressemeldungen der Umweltämter. Zum Beispiel gab es das ganze Jahr über und auch jetzt aktuell wieder vom Umweltamt Wandsbek eine Pressemeldung, in der steht, dass es bei extremen Wittersituationen wie dem sogenannten Blitzeis gerechtfertigt sei, aus Sicherheitsgründen den Einsatz von Salz-Sand-Gemisch zu erlauben.

(Thomas Böwer SPD: In Wandsbek?)

– Das gibt es auch in anderen Bezirksamtern, das habe ich nur als Beispiel genommen.

Ich habe dann beim Umweltamt, Herr Böwer, angerufen und dargelegt, dass die Rechtslage wohl eine andere sei. Das Interessante war, dass man dort sagte – und das war der Fachbereich –, das könne man sich gar nicht vorstellen, das müsse man noch einmal nachschauen. Aber spontan sagten die Angesprochenen, wie soll ich denn sonst die älteren Leute vor Stürzen schützen, das kann doch gar nicht angehen. Ich fand es ganz interessant, dass selbst Fachleute das aus dem gesunden Menschenverstand heraus sofort sagten. Es gibt einfach Situationen, wo man das durchaus zulassen muss, um Leib und Leben zu retten. Und in dem Sinne sollte eine Ausnahmeregelung, wie wir sie vorschlagen, die zeitlich begrenzt ist und von staatlicher Seite vorgegeben werden kann, durchaus ermöglicht werden.

(Beifall bei der CDU)

Die bisher erfolgte Prüfung ist nicht genügend abgewogen worden. Ich habe auch mit der Fachab-

teilung in der Stadtentwicklungsbehörde gesprochen. Dort wurde gesagt, es seien die Ämter Gewässerschutz, Bodenschutz, das Naturschutzreferat und noch irgendein anderes Umweltreferat eingebunden worden

(Christiane Schneider DIE LINKE: Nun aber mal genauer!)

und die seien natürlich alle zu dem gleichen Ergebnis gekommen. Dann gab ich zurück: Wie ist es denn mit Leib und Leben insbesondere der älteren Mitbürger?

(Zuruf von Thomas Böwer SPD)

– Herr Böwer, ich verstehe, dass Sie keinen Sinn dafür haben, ältere Mitbürger zu schützen.

(Thomas Böwer SPD: Ich höre Ihnen mit Aufmerksamkeit als Einziger im Parlament zu!)

– Sie hören eben gerade nicht zu, sondern Sie sehen es gar nicht ein. Für Sie als SPD sind ältere Mitbürger überhaupt kein Thema.

(Beifall bei der CDU)

Als ich fragte, wie das denn mit dem notwendigen Schutz der älteren Mitbürger abgewogen würde – das sind nämlich die Betroffenen, die auch bei Blitzeis-Situationen einmal einkaufen gehen wollen –, war die klare Antwort meines Gesprächspartners, das sei nicht seine Profession.

Unsere Profession als CDU ist es aber, auch Minderheitenmeinungen zur Geltung zu bringen. Und es ist fast eine Minderheitenmeinung, dass Menschen, die nicht so mobil sind wie wir alle in diesem Haus, auch ein Recht darauf haben, bei extremen Witterungssituationen das Haus verlassen zu können. Dass wir hier keine Ausnahmesituation haben wollen, sondern dass es dafür bundesweit viele gute Beispiele gibt und das erfolgreich praktiziert wird, habe ich dargestellt. Und es würde Ihnen gut anstehen, dieses Thema auch einmal aus der Perspektive derjenigen zu betrachten, die nicht so mobil sind wie Sie alle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, wir kommen dann zur Abstimmung.

Zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 19/8176. Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/7990 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 18 a auf, Drucksache 19/8032, Senatsmitteilung: Neuorgani-

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

sation der Organisationsstrukturen im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II).

[Senatsmitteilung:**Neuorganisation der Organisationsstrukturen im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)**

– Drs 19/8032 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Badde, bitte.

Elke Badde SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, dass wir über die Organisation der Arbeitsverwaltung diskutieren, aber es ist das erste Mal, dass wir hierzu den richtigen Weg einschlagen. Hamburg hat sich nämlich endlich zur gemeinsamen Einrichtung bekannt und teilt uns den Vertragsentwurf zwischen der Agentur für Arbeit und der Freien und Hansestadt Hamburg mit. Im Wesentlichen können die Organisationsstrukturen der ARGE bestehen bleiben und dies nennen wir Sozialdemokraten ein Glück, denn wir können uns auf die Verbesserung der Leistungen für Arbeitslose konzentrieren, anstatt uns in der zeitaufwendigen und teuren Umorganisation zur Optionskommune zu verfangen, Zeit und Geld, das den Leistungsempfängern verloren gegangen wäre und das wir sowieso nicht besitzen, wenn wir die Haushaltslage betrachten.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Entschuldigung, wenn ich da kurz einhaken darf. Ich würde um etwas mehr Ruhe im Plenarsaal bitten. Setzen Sie sich doch hin, wenn Sie zuhören wollen. Und wenn Sie nicht zuhören wollen, gehen Sie einfach hinaus. – Danke.

Elke Badde (fortfahrend): Es ist also die richtige Entscheidung und die gemeinsame Einrichtung bringt gegenüber der ARGE auch weitere Vorteile. Sie wird organisatorisch so weit wie möglich verselbstständigt. Ich sage, so weit wie möglich, weil bei einer gemischten Verwaltung, in der überwiegend Bundesmittel fließen, nicht alles aus einem Guss erfolgen kann. Die unterschiedlichen Zielrichtungen können aber auch bereichernd sein, auf der einen Seite die vermittlungsorientierte Agentur und auf der anderen Seite die sozial orientierte Stadt, die für alle flankierenden Leistungen zuständig ist. Diese flankierenden sozialen Leistungen sind aber gerade bei dem noch amtierenden Senat so weit in den Hintergrund gerückt worden, dass sie gar nicht mehr erkennbar wurden. Das wird sich hoffentlich bald ändern.

Die Verselbstständigung bedeutet, die Geschäftsführung erhält mehr Kompetenzen und Weisungsrechte, um Ziele einheitlich verfolgen zu können. Dazu hat sie alle dienst-, personal- und arbeitsrechtlichen Befugnisse. Es wird eine einheitliche Personalvertretung geben und die bisherige Struktur zweier sich gegenseitig hemmender Personalräte wird es Gott sei Dank nicht mehr geben. Es wird eine Beauftragte beziehungsweise einen Beauftragten für Chancengleichheit geben. Ganz wichtig ist aber die einheitliche Steuerung und Abstimmung in Landes- und Bundesgremien. Hieran hat es in der Vergangenheit immens gehapert. Der Arbeitslose in Bayern konnte sich nicht darauf verlassen, dass er die gleichen Leistungen in vergleichbarer Weise erhält wie der Arbeitslose in Hamburg oder Mecklenburg-Vorpommern. Dies gilt übrigens auch für Optionskommunen, ein ganz wesentlicher Punkt, der in der Diskussion der Vergangenheit von den Optionsbefürwortern, sprich CDU und GAL, vollkommen vernachlässigt wurde.

Was uns neben diesen strukturellen Änderungen sonst noch vom Senat mitgeteilt wird, muss hier allerdings als Geschichtsklitterung bezeichnet werden. Hier lobt sich ein Senat der konsequenten Vorbereitung der Optionskommune, die nur am Votum der Bürgerschaft gescheitert sei. Alle, die sich mit der Sache auch nur halbwegs befassen haben, wissen, dass dies haarscharf an der Wahrheit vorbeigeht. Egal, was meine Nachfolgerednerinnen und -redner noch sagen werden, um diesen Eindruck zu verstärken, es war die damalige Koalition selbst, die ihren Antrag auf Option zurückgezogen hat, weil der Senat längst andere Wege gegangen war. Weil der Senat weder finanziell noch organisatorisch die Option bewerkstelligen konnte, hatte er bereits vor der Antragstellung der damaligen Koalition den Schwenk vollzogen und die Verständigung mit der Agentur gesucht. Nur die Politiker in CDU und GAL hatten das gar nicht mitbekommen. Ein CDU-Senator hat seine arbeitsmarktpolitische CDU-Sprecherin voll ins Messer laufen lassen. So abgestimmt erfolgte hier die Arbeitsmarktpolitik der damaligen Koalition mit der Konsequenz, dass die Arbeitsmarktsprecherin entnervt zurückgetreten ist; so weit zum Wahrheitsgehalt der Drucksache. Aber wir von der SPD sind nicht nachtragend und lassen dem Senat die Trostorte in der Drucksache stehen. Am Ende ist etwas Gutes herausgekommen, wenn man die Vereinbarung zwischen Agentur und Stadt betrachtet.

Was aber gar nicht gut läuft, ist die momentane Exekution der Bundeskürzungen in der ARGE beziehungsweise bald in der gemeinsamen Einrichtung. Hier rächt sich zweierlei, zum einen die fehlende Bedeutung Hamburgs auf Bundesebene. Man hat keinen Einfluss auf die Festlegung der Sparsbereiche. Es sind die Schwachen, die es wieder einmal trifft. Neben etlichen Sozialleistungen – zum Beispiel kein Elterngeld mehr für Empfänger

(Elke Badde)

von unterstützenden SGB-II-Leistungen – soll die Arbeitsmarktpolitik den Großteil der Einsparungen schultern. Ich habe dies schon einmal betont. Schlimm sind schon die Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung, schlimmer aber noch ist die fehlende Gegenwehr des Senats, von dem man kein Wort der Kritik vernommen hat. Kommentarlos ließ er die Kürzungen im Bundesrat passieren.

Zum anderen rächt sich hier auch die brutale Absenkung der Arbeitsmarktmittel auf Landesebene. Waren im Jahr 2001 noch 100 Millionen Euro für Arbeitsmarktmittel eingeplant, sind es im Jahr 2010 nur noch 38 Millionen Euro. Die sind im Wesentlichen eingebunden in Mittel des Europäischen Sozialfonds. Vergebens sucht man eine Handschrift des Senats bei Arbeitsmarktmaßnahmen; es gibt keine. Es ist so, als würden Arbeitslose für den Hamburger Senat kaum existieren. Der Abbau der Mittel war die Zuversicht, dass die Bundesmittel schon fließen würden und das Hamburger Manko überdecken. Jetzt, geehrte Kolleginnen und Kollegen, stehen wir mit leeren Händen vor den Arbeitslosen und müssen wichtige Sozialprojekte streichen, eine Kurzsichtigkeit, die sich bitter rächen wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Stemmann, Sie haben das Wort.

Hjalmar Stemmann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen von der SPD, ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich mehr als verwundert darüber bin,

(Wilfried Buss SPD: Ja, wir auch!)

dass Sie diese Senatsmitteilung heute zur Debatte angemeldet haben. Haben Sie denn gar keine eigenen Themen, die wir debattieren sollten?

(Wilfried Buss SPD: Das müssen Sie gerade sagen!)

Müssen Sie jetzt schon Senatsmitteilungen zum Anlass für eine Debatte nehmen? Ich verstehe es auch deswegen nicht, da Sie doch erreicht haben, was Sie wollten, nämlich die gemeinsame Einrichtung, das heißt, eine überwiegend vom Bund gesteuerte und vorgegebene Arbeitsmarktpolitik. Sie, liebe Frau Badde, haben heute Morgen bei einer gemeinsamen Podiumsdiskussion und soeben auch noch einmal betont, dass die SPD gegen die Option gestimmt hätte, wohingegen die CDU ganz klar für eine Optionskommune gestimmt hätte, damit wir Arbeitsmarktmaßnahmen speziell für Hamburg in Hamburg machen können. Damit sind wir in den letzten Jahren sehr gut gefahren und die Optionskommune hätte uns künftig noch stärker die Möglichkeiten gegeben, Geld und Maßnahmen

zur Integration auf dem Arbeitsmarkt optimal zu nutzen.

(Wolfgang Rose SPD: Fragen Sie mal Ihren Senat!)

In Hamburg geht es um die Integration von rund 200 000 erwerbsfähigen Menschen in den Arbeitsmarkt, die nach dem SGB II eine grundsichernde Unterstützung, ALG II, erhalten und die aus verschiedenen Gründen nur schwer in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Für diese Menschen brauchen wir besondere Maßnahmen, die sich an ihren Bedürfnissen orientieren. Wir stehen jetzt vor einer großen und nicht ganz leichten Aufgabe, denn der Bund hat diese Einsparungen, die Frau Badde auch eben erwähnte, in Höhe von rund 30 Prozent angekündigt.

Vor diesem Hintergrund wird es schwierig werden, Hamburger Arbeitsmarktpolitik in Berlin und Nürnberg durchzusetzen. Wir werden aber alles daran setzen, die gemeinsame Einrichtung durch Bund und Kommunen erfolgreich zu gestalten, mit einer geteilten Verantwortung, aber mit genügend Einfluss für Hamburg. Die Wirtschaftsbehörde, die Arbeitsagentur und team.arbeit.hamburg arbeiten derzeit daran, alle möglichen Schritte für die jetzt notwendigen Umsetzungen zu erledigen. Wir haben aber auch schon heute sehr gut laufende Programme und Instrumente, die an den Hamburger Arbeitsmarkt angepasst sind. Für sie werden wir uns auch zukünftig stark machen. Die Stadt wird mit der Bundesagentur einen Vertrag schließen, mit dem sich die bisher erfolgreiche gemeinsame Arbeit fortführen lässt.

Heute Morgen bei der Podiumsdiskussion gab es einen Stadtstaaten-Vergleich, der uns von einer Bremer Wissenschaftsgruppe vorgestellt wurde und der zeigte, dass von den drei Stadtstaaten in Hamburg die Zahl der Langzeitarbeitslosen am deutlichsten zurückgegangen ist. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir, die CDU, werden uns weiterhin stark für den Arbeitsmarkt einsetzen. Wir werden alles dafür tun, um integrationsfähigen Menschen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt zu helfen und für Betroffene, die für den Arbeitsmarkt verloren erscheinen, neue Perspektiven zu entwickeln. Das sind zwei unserer wichtigsten Anliegen. Einer weiteren Diskussion verweigern wir uns nicht, Ihrem Überweisungsbegehren stimmen wir zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Möller, Sie haben das Wort.

Antje Möller GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! An dieser Drucksache kann man vielerlei erkennen. Unter anderem kann man daran erkennen, dass auch hier schon die politische

(Antje Möller)

Steuerung innerhalb der schwarz-grünen Koalition nicht mehr funktioniert hat. Frau Badde, Sie sagten, das sei Geschichtsklitterung, da ist viel dran. Es ist mitnichten so gewesen – Herr Stemmann, das wissen Sie auch –, dass es noch eine politische Zustimmung gab. Ob nun der Impuls von den Behörden gekommen ist, es nicht umzusetzen, oder ob es mangelnde Steuerung und Durchsetzungsfähigkeit innerhalb des Senats gab – der Wirtschaftssenator kann vielleicht noch einmal beschreiben, wie es eigentlich zu dieser Situation gekommen ist –, hier ist jedenfalls ein gemeinsam beschlossenes politisches Projekt nicht weiter verfolgt worden.

Anders als die SPD finde ich das Ergebnis überhaupt nicht erfreulich. Ich bin sehr froh, dass die Drucksache nur zur Kenntnis gegeben wird, damit wir sie nicht abstimmen müssen. Aber gleichzeitig brauchen wir dringend ein Instrument, um überhaupt im Parlament in den parlamentarischen Ausschüssen etwas bewegen und steuern zu können, das können wir jetzt nämlich überhaupt nicht. Wenn man sich den Vertrag anschaut, dann steht dort, dass es möglich sein wird, dass Mitglieder der Trägerversammlung in die parlamentarischen Ausschüsse gehen könnten und dass Daten erhoben werden könnten, wenn die FHH oder das Parlament diese haben möchte. Es steht aber nichts von systematischer und ständiger Zusammenarbeit darin, nichts von Berichtspflicht und auch nichts von konzeptioneller Darlegung dessen, was die Trägerversammlung beispielsweise in ihren Zielvereinbarungen, völlig ohne Beteiligung des Parlaments, entscheiden wird.

Ich möchte ein Beispiel geben, das vielleicht auch denen, die nicht so sehr an dieser Arbeitsmarktdébatte beteiligt sind, deutlich macht, was diese gemeinsame Einrichtung für uns bedeuten wird. Hamburg hat jetzt schon einen überdurchschnittlich hohen Anteil von sogenannten Aufstockern und Aufstockerinnen, sprich Menschen, die einen Vollzeitjob haben, deren Einkommen aber so gering ist, dass sie zusätzliche, ergänzende Leistungen bekommen. Diese trägt Hamburg. Das ist das kleine Paket, das sich hinter den flankierenden Leistungen versteckt. Das bedeutet, alles, was die Bundesagentur für Arbeit machen kann und machen wird, um Menschen in Arbeit zu bringen, ist nur teilweise hilfreich. Der Bundesagentur für Arbeit kann es egal sein, wie viel jemand verdient bei einem Vollzeitarbeitsplatz, weil die Zuständigkeit für die aufstockenden Leistungen bei der Kommune liegt. Das halte ich für ein großes Dilemma und wird uns eine riesige Finanzierungsproblematik bescheren.

Im Übrigen möchte ich noch einmal – im Dissens mit Frau Badde – deutlich machen, dass das Thema Optionskommune tatsächlich eines ist, an dem die Hamburger Arbeitsmarktpolitik der letzten zweieinhalb Jahre gescheitert ist. Wir sind jedoch weit

gekommen mit dem Ansatz, in die Quartiere umzusteuern und ein Drittel der Arbeitsmarktmaßnahmen in die Quartiere hineinfließen zu lassen. Ich sehe das als die wichtigste Aufgabe, an der wir, unabhängig von der politischen Konstellation, als Hansestadt Hamburg weiterarbeiten müssen.

(Beifall bei der GAL und bei *Dora Heyenn*
DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Bevor ich jetzt Herrn Joithe das Wort gebe, bitte ich noch einmal um etwas mehr Ruhe. – Herr Joithe, bitte.

Wolfgang Joithe-von Krosigk *DIE LINKE*.* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat legt uns eine fertige Vereinbarung zur näheren Ausgestaltung und Organisation der zukünftigen gemeinsamen Einrichtung vor, wie sie nach der Änderung unseres Grundgesetzes – darauf sollte man noch einmal hinweisen – möglich geworden ist. Man sollte auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Hinweise, die das Bundesverfassungsgericht uns gegeben hat, in dieser Ausgestaltung nicht beachtet wurden. Die Verhandlungen sind parallel betrieben worden, als der Senat noch die Optionskommune favorisiert hat. Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen, das ist der sogenannte Plan B.

Es ist aber sehr wohl etwas dagegen zu sagen, dass in der Darstellung des Senats in der Mitteilung so getan wird, als ob die gemeinsame Einrichtung den Einfluss Hamburgs genauso gut wahren konnte wie angeblich die Option. Der Senat hätte nach der Regelung in Paragraph 44b SGB II die Vereinbarung zur gemeinsamen Einrichtung auch unter vorheriger Einbeziehung der Bürgerschaft vorbereiten können. Bei gemeinsamen Einrichtungen unter Beteiligung von kommunalen Trägern in den Flächenländern ist nämlich eine Einschaltung der Kommunalparlamente gewährleistet. In Hamburg wurde die Bürgerschaft jedoch übergangen.

Der Senat war schon bei dem Versuch, die Option einzuführen, nicht bereit – darauf sollte man noch einmal gesondert hinweisen –, eigene Landesmittel zur aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung zu stellen. Nun stehen die Kürzungen der Bundesmittel fest und die gemeinsame Einrichtung wird ebenfalls nicht mit eigenen Landesmitteln ausgestattet. Das ist ein Armutszeugnis für die boomende Stadt. Wir sind der Ansicht, dass die angeblich auf Hamburg angewandte politische Verantwortung bei der gemeinsamen Einrichtung mit finanziell sichtbaren Veränderungen im Einsatz der Haushaltsmittel einhergehen müsste.

Insgesamt ist die Vereinbarung über die gemeinsame Einrichtung sehr offen und stellt lediglich eine Rahmenvereinbarung dar. Es wird insofern noch erheblicher Anstrengungen bedürfen, eine stärkere Kooperation mit den Landesbehörden zu errei-

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

chen. Hier ist außer einer Absichtserklärung nicht ersichtlich, wie in Zukunft eine bessere Abstimmung und Abgrenzung zwischen der Sozialpolitik der Stadt und den arbeitsmarktpolitischen Lösungen der gemeinsamen Einrichtung erfolgen sollen. Das heißt, die Chance für eine echte Verbesserung wurde nicht genutzt. Es sieht alles danach aus, als ob vor allem die bisherige Arbeit von team.arbeit.hamburg mit nunmehr erheblich reduzierten Eingliederungsmitteln weitergeführt werden soll. Es ist aber entschieden zu wenig. Die Hartz-IV-Geschädigten hätten eine echte Veränderung erwartet und sind wieder einmal enttäuscht worden.

Frau Badde, wenn Sie sagen, dass etwas Gutes herausgekommen sei, dann muss ich Ihnen sagen, dass eigentlich die Fortschreibung des rechtswidrigen Chaos der ARGE dabei herausgekommen ist. Wenn Sie fragen, was an Sozialprojekten gestrichen werden müsste, dann müssten wir einmal darüber diskutieren, was Sie unter Sozialprojekten verstehen.

Frau Möller muss ich in wesentlichen Punkten zustimmen. Die gemeinsame Einrichtung wird mit weiteren Aufstockern zu tun haben und wird große Schwierigkeiten haben, das mit dem jetzigen Personalkontingent zu leisten, abgesehen von der Software und weiteren Problemen, die nach wie vor bei der ARGE bestehen.

Meine Fraktion wird einer Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zustimmen. – Ich danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Senator Karan, Sie haben das Wort.

Senator Ian Karan: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Wie Sie alle wissen, standen zur Umsetzung des SGB II in Hamburg zwei grundsätzlich unterschiedliche Trägerschaftsmodelle zur Verfügung. Eines ist die zweigeteilte Trägerschaft, zusammengeführt durch eine gemeinsame Einrichtung von Arbeitsagentur und Kommune, das zweite ist die kommunale Gesamtträgerschaft durch zugelassene kommunale Träger, die sogenannte Option.

Infolgedessen hat der Senat in diesem Jahr geprüft, ob die kommunale Gesamtträgerschaft in der Freien und Hansestadt Hamburg eingeführt werden sollte und eine Analyse der Vor- und Nachteile sowie der notwendigen Entscheidungskriterien erstellt. Davon ausgehend wurden die langfristigen Risiken und Chancen abgewogen und eine Grundlage für die Entscheidungsfindung hin zur gemeinsamen Einrichtung gefunden. Im Mittelpunkt der jetzt gefundenen Lösung steht die gemeinsame Vereinbarung zwischen der Agentur für Arbeit und der Stadt Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Vereinbarung konnte der Senat im Rahmen der gesetzlichen Grenzen des SGB II viele seiner Vorstellungen durchsetzen. Dort ist festgeschrieben, dass auch in Zukunft das Vor-Ort-Wissen und die Interessen der regionalen Arbeitsmarktpolitik der Freien und Hansestadt Hamburg in die gemeinsame Einrichtung eingebracht werden. Damit wird die Erfolgchance einer gemeinsamen Einrichtung bei den Menschen vor Ort erhöht.

Auch sollen erfolgreiche Arbeitsmarktprogramme wie zum Beispiel das Hamburger Modell und die Stadtteilorientierung der Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt werden. Die Vereinbarung bindet die beiden Träger der gemeinsamen Einrichtung, stellt eine gute Basis für eine konstruktive Zusammenarbeit dar und zeigt die Richtung der Entwicklung der künftigen gemeinsamen Einrichtung. Leitgedanke der Vereinbarung ist, dass sich die Freie und Hansestadt Hamburg und die Bundesagentur für Arbeit in der Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe begegnen.

Seien Sie versichert, dass der Senat gegenüber der Agentur für Arbeit seinen Handlungsspielraum maximal ausgenutzt hat und möglichst alle für Hamburg wichtigen Themen auch in der Vereinbarung zum Ausdruck gebracht hat. Ich denke, wir haben mit der Vereinbarung ein tragfestes Fundament, das es erlaubt, dass team.arbeit.hamburg auch im kommenden Jahrzehnt erfolgreich Menschen in Arbeit bringt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich nun all das zusammenfasse, dann stelle ich fest, dass wir in Hamburg bisher den uns zur Verfügung stehenden Spielraum genutzt haben und unseren Interessen weit im Voraus Gehör verschafft haben. Jetzt haben wir mit der gemeinsamen Einrichtung ab dem 1. Januar 2011 eine Organisationsstruktur, die uns den größtmöglichen Spielraum bei gleichzeitig geteilter Verantwortung lässt. Damit schlagen wir ab dem 1. Januar 2011 ein neues Kapitel der Hamburger Arbeitsmarktpolitik auf. Ab dann werden für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt circa 2300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei team.arbeit.hamburg ihr Bestes tun, um möglichst unbürokratisch jeden bei seinem Wunsch zu unterstützen, eine Arbeitsstelle zu finden. Ich bin mir sicher, dass ab dem 1. Januar 2011 die gemeinsame Einrichtung nach der Neuorganisation erfolgreich startet. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/8032 an den Wirtschaftsausschuss zu? – Ge-

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

genprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich stelle jetzt das Ende des ersten Sitzungstages fest.

Ende: 18.48 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Bülent Ciftlik, Lydia Fischer und Mehmet Yildiz